



Statistisches Bundesamt

Wirtschaft und Statistik

Aus dem Inhalt

- Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden
- Entwicklungen im deutschen Außenhandel
- Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet
- Wohngeld in Deutschland
- Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes
- Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland
- Preisentwicklung

2

Februar

2001

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung:

Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@statistik-bund.de

Verlag:

Metzler Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 4343,
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/93 53 35
Internet: <http://www.s-f-g.com>
E-Mail: stba@s-f-g.com

Druck

Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich
Erschienen im März 2001
Einzelpreis: DM 21,70; EUR 11,10
Jahresbezugspreis: DM 222,-; EUR 113,51
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-01102
ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 0611/75 24 05
- Telefax: 0611/75 33 30
- E-Mail: info@statistik-bund.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2001

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
. . .	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt	Seite
Kurznachrichten	81
Textteil	
Ergebnisse der Material- und Wareneingangs- erhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1998	87
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 2000	97
Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet	102
Wohngeld in Deutschland 1999	109
Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes	116
Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2 ..	121
Preisentwicklung im Jahr 2000	138
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	149
Tabellenteil	
Inhalt	1*
Statistische Monatszahlen	2*

Herausgeber

Statistisches Bundesamt

Verlag

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents	Page
News in brief	81
 Texts	
Results of the survey of materials and commodities received in manufacturing and mining as well as in mining and quarrying, 1998	87
Trends in German foreign trade, 2000	97
Declarations for intra-Community trade statistics with "w3stat" via Internet	102
Housing allowances in Germany, 1999	109
Tasks and development of special federal funds	116
Distribution of income and financial assets of households in Germany – Part 2	121
Price movements in 2000	138
 List of the contributions published in the current year	 149
 Tables	
Summary	1*
Monthly statistical figures	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990.

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West.

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

In eigener Sache

■ „Wirtschaft und Statistik“ online

Mit der Ausgabe Januar 2001 wurde die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ auf ein neues Produktionsverfahren umgestellt (siehe auch WiSta 1/2001, S. 3). Seitdem wird die Zeitschrift auch in elektronischer Form im Internet angeboten. Im kostenfreien Bereich des Internetangebotes können neben dem Inhaltsverzeichnis und den Kurznachrichten die Zusammenfassungen der Aufsätze eingesehen werden. Über den Statistik-Shop kann der Textteil komplett zum Preis von 15 DM als PDF-Datei heruntergeladen werden (benötigt Acrobat Reader 3 oder höher). Alle Aufsätze können auf diese Weise im Originallayout auf jedem Computer ausgedruckt werden. Der Tabellenteil von „Wirtschaft und Statistik“ steht schon seit längerem als „Statistische Wochenberichte“ – mit wöchentlicher Aktualisierung – im Statistik-Shop zur Verfügung.

Das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes erreichen Sie unter <http://www.statistik-bund.de>.

Aus dem Inland

■ Erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit wird fortgesetzt

Am 15. Februar 2001 unterzeichneten der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, und der Geschäftsführer der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Dr. Bernd Eisenblätter, einen Vertrag über die Fortsetzung der technischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der amtlichen Statistik. Mit der Vertragsunterzeichnung wird die seit 1995 erfolgreiche Zusammenarbeit beim Aufbau leistungsfähiger Statistiksysteme in Entwicklungsländern fortgesetzt. Wichtigstes gemeinsames Projekt ist die 1996 begonnene Neuorganisation der Industrie- und Verkehrsstatistik in der Volksrepublik China. Das Vorhaben ist mit einem Gesamtvolumen von 18 Mill. DM auf sechs Jahre terminiert. Die chinesische Seite trägt zwei Drittel der Kosten, was deren großes Interesse an dieser Zusammenarbeit zeigt. Das Projekt ist Teil eines umfangreichen Reformprogramms für die chinesische Wirtschaft.

Seit 1995 haben in diesem Rahmen 23 Experteneinsätze in China, 7 Delegationsbesuche und Hospitationsaufenthalte aus China sowie 7 Seminare in Deutschland stattgefunden. An den Fortbildungs- und Beratungsmaßnahmen in China und Deutschland nahmen bisher etwa 500 chinesische Statistiker teil. Wichtige Zwischenergebnisse sind die Einführung eines monatlichen Produktionsindex und der Erzeugerpreisstatistik für Produkte des produzierenden Gewerbes in der amtlichen Statistik in China.

Auf einem Seminar des Internationalen Währungsfonds (IWF) im vergangenen Jahr in Peking wurde das Projekt als beispielhaft für eine partnerschaftliche und zielorientierte Kooperation hervorgehoben. Es entspricht nach Ansicht des IWF in vorbildlicher Weise den Empfehlungen der Vereinten Nationen über technische Zusammenarbeit im Bereich der Statistik.

Derzeit wird ein weiteres gemeinsames Projekt von Statistischem Bundesamt und GTZ zur Modernisierung des kroatischen Statistiksystems vorbereitet. Das kroatische Statistikamt wird im Rahmen des Stabilitätspaktes Südosteuropa von deutscher Seite beim Aufbau eines Statistiksystems unterstützt, das den methodischen und inhaltlichen Standards für Statistik der Europäischen Union entspricht. Das Projekt soll im Frühjahr 2001 beginnen und im Juni 2003 abgeschlossen sein.

Weitere Auskünfte erteilt
Wolfgang Schulze, Telefon (0 1888) 6 43 89 12.

■ Neue Gesundheitsausgabenrechnung des Bundes

In einem Pressegespräch in Berlin am 14. Februar 2001 hat der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, aktuelle Ergebnisse der neuen Gesundheitsausgabenrechnung vorgestellt:

Im Jahr 1998 wurden in Deutschland insgesamt 412,7 Mrd. DM für Gesundheit ausgegeben. Das entsprach 10,9% des Bruttoinlandsprodukts.

Von 1992 bis 1998 sind die Gesundheitsausgaben nominal (in jeweiligen Preisen) um insgesamt 92,1 Mrd. DM gestiegen (+28,7%). Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt als Wert aller im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen hat sich im gleichen Zeitraum nominal um 22,9% erhöht.

1998 wurden in Deutschland insgesamt 5 030 DM je Einwohner für Gesundheitsleistungen ausgegeben, darunter 1 300 DM für ärztliche Leistungen und 720 DM für Arzneimittel. Im Jahr 1996 waren es 4 960 DM je Einwohner, 1 290 DM für ärztliche Leistungen und 680 DM für Arzneimittel.

Der mit Abstand größte Ausgabenträger war im Jahr 1998 die gesetzliche Krankenversicherung mit 231,7 Mrd. DM, das waren 56,1% der Gesundheitsausgaben. Es folgen die privaten Haushalte (45,5 Mrd. DM) und die öffentlichen Haushalte (34,6 Mrd. DM).

Zwischen 1996 und 1998 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung unterdurchschnittlich um 1,4% angewachsen. Nach Angaben des Bundesministeriums für Gesundheit haben sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung von 1998 bis 1999 nochmals um 2,7% erhöht.

Bei der gesetzlichen Pflegeversicherung stiegen die Ausgaben um 43,2%. Dies ist auf die Einführung der zweiten

Kurznachrichten

Stufe der Pflegeversicherung zum 1. Juli 1996 zurückzuführen. Seit diesem Zeitpunkt werden auch Leistungen der stationären Pflege von der Pflegeversicherung übernommen. Auch der Ausgabenanstieg in der privaten Krankenversicherung (+10,4%) wurde davon beeinflusst. Wegen der Einführung der zweiten Pflegestufe sind die Ausgaben der öffentlichen Haushalte (-23,0%) und der gesetzlichen Rentenversicherung (-28,7%) zurückgegangen.

Am meisten gaben die Ausgabenträger 1998 mit 107,5 Mrd. DM für die Leistungsart Waren aus. Unter diesem Oberbegriff werden Arzneimittel, Hilfsmittel, Zahnersatz sowie Implantate, Blutprodukte und medizinischer Bedarf zusammengefasst. An zweiter Stelle folgten ärztliche Leistungen mit 106,7 Mrd. DM. Pflegerische und therapeutische Leistungen kosteten 88,1 Mrd. DM.

Von 1996 bis 1998 stiegen die Ausgaben für Waren um 4,4%, für ärztliche Leistungen um 1,4% und für pflegerische und therapeutische Leistungen um 2,0%.

Für Leistungen in Arztpraxen, Apotheken und anderen ambulanten Einrichtungen wurden 1998 186,7 Mrd. DM (45,2% der Gesundheitsausgaben) aufgewendet. Die Ausgaben für Leistungen in Krankenhäusern und sonstigen stationären und teilstationären Einrichtungen beliefen sich auf 157,9 Mrd. DM, das entspricht einem Anteil von 38,2% an den Gesundheitsausgaben. Die sonstigen Wirtschaftszweige – hierunter werden zum Beispiel Privatpersonen, die pflegerische Leistungen erbringen, oder Einrichtungen des Gesundheitsfachhandels (wie Sanitätshäuser) erfasst – trugen Leistungen in Höhe von 15,2 Mrd. DM bei.

Die Ausgaben für Einrichtungen der ambulanten sowie der stationären und teilstationären Gesundheitseinrichtungen sind zwischen 1996 und 1998 um 3,5 bzw. 2,0% angestiegen.

Neben den Gesundheitsausgaben wurden 1998 116,7 Mrd. DM Einkommensleistungen gezahlt. Einkommensleistungen sind zum Beispiel Zahlungen von Krankengeldern, vorzeitige Renten bei Erwerbsunfähigkeit sowie Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Mutterschaft. Auch die Beiträge zur Rentenversicherung für private Pflegepersonen fallen darunter.

Die Arbeitgeber trugen 1998 mit 53,5 Mrd. DM fast die Hälfte aller Einkommensleistungen, darunter allein 44,8 Mrd. DM für die Entgeltfortzahlung. Fast 11 von 15,1 Mrd. DM Einkommensleistungen wurden von der gesetzlichen Krankenversicherung als Krankengeld gezahlt. Die private Krankenversicherung gab 2,4 Mrd. DM, die gesetzliche Pflegeversicherung 2,3 Mrd. DM aus.

Die Einkommensleistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung stiegen von 1996 bis 1998 kräftig an (+26,1%). Ursache ist im Wesentlichen die erhöhte Zahl der Pflegepersonen, für die Beitragszahlungen zur Rentenversicherung erbracht wurden. Entsprechendes gilt für den Anstieg bei der privaten Krankenversicherung (+9,0%), in der die private Pflegepflichtversicherung enthalten ist.

Demgegenüber steht ein erheblicher Rückgang der Einkommensleistungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung (-22,7%), den öffentlichen Haushalten (-10,9%) und den Arbeitgebern (-4,7%), da deren Einkommensleistungen im Zusammenhang mit Krankheit infolge des Rückgangs der Arbeitsunfähigkeitstage der Beschäftigten gesunken sind.

Diese und weitere Daten finden Sie ab sofort auch unter der Adresse www.gbe-bund.de im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes.

Weitere Auskünfte erteilt
Natalie Zifonun, Telefon (01888) 6438123.

Kompakt

■ Erste Regionalergebnisse zur Erwerbstätigkeit 2000

Erste vorläufige Regionalergebnisse zur Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2000 wurden vom Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vorgelegt: Danach profitierten die Bundesländer von der Zunahme der Erwerbstätigkeit im Jahr 2000 um 584000 Personen oder 1,5% auf 38,5 Mill. Erwerbstätige mit Arbeitsort in Deutschland sehr unterschiedlich. Der Zuwachs beschränkte sich auf die Länder des früheren Bundesgebietes und Berlin (+2,1%), während sich die Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern (ohne Berlin) gegenüber dem Vorjahr um 1,7% verringerte.

Im Zeitraum 1991 bis 1996 verzeichnete die Erwerbstätigkeit für die Länder des früheren Bundesgebietes und Berlin einen Rückgang um 407000 Arbeitsplätze oder 1,3%. 1997 nahm erstmals nach fünf Jahren die Erwerbstätigkeit wieder zu, wenn auch nur in geringem Maße (+6000). Ab 1998 verbesserte sich die Situation am Arbeitsmarkt im Vorjahresvergleich wieder deutlicher (1998: +1,1%; 1999: +1,2%; 2000: +2,1%). Für den gesamten Zeitraum betrachtet, konnten im früheren Bundesgebiet und Berlin zwischen 1991 und 2000 993000 neue Arbeitsplätze (+3,1%) geschaffen werden. Von dieser positiven Entwicklung profitierten die neuen Bundesländer nicht. Hier gingen zwischen 1991 und 2000 per saldo 921000 Arbeitsplätze (-13,6%) verloren.

Weitere Auskünfte erteilen
Stephan Lücken, Telefon (0611) 752016 und
Margrit Thiele, Telefon (0611) 752673.

■ 163 Mill. m³ Wasser für künstliche Bewässerung in der Landwirtschaft

Im Jahr 1998 wurden in Deutschland rund 163 Mill. m³ Wasser für die zusätzliche Bewässerung von landwirtschaftlichen Kulturen, Dauerkulturen und im Gartenbau verbraucht. Das geht aus einer erstmaligen Erhebung bei

Kurznachrichten

rund 9 000 Betrieben und Bewässerungsverbänden, die eigene Wasserförderanlagen betreiben, hervor. Vergleichsweise entspricht diese Menge dem jährlichen Haushaltswasserbedarf von Berlin. Zu drei Vierteln (120 Mill. m³) wurde der Bewässerungsbedarf aus Grund- bzw. Quellwasserressourcen gedeckt. Die restliche Wassermenge (43 Mill. m³) stammte aus Oberflächenwasser wie Fluss-, See- und Niederschlagswasser. Regionale Bewässerungsschwerpunkte lagen insbesondere in Nord- und Südwestdeutschland. Zwei Drittel des für Bewässerungszwecke gewonnenen Wassers entfielen auf Niedersachsen (56 Mill. m³), Hessen (26 Mill. m³) und Rheinland-Pfalz (23 Mill. m³).

Der Zusatzwasserbedarf wird neben den zu bewässernden Kulturen in erster Linie durch die Niederschlagshöhe im Berichtsjahr bestimmt. 1998 war nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes, Offenbach, mit Niederschlägen in Höhe von 896 mm im Vergleich zum langjährigen Mittel (1961 bis 1990: 790 mm) ein regenreiches Jahr. Dementsprechend gering (58 mm) fielen die Bewässerungsgaben im Durchschnitt der Bundesländer aus. Regional wurden – je nach der in der Vegetationsperiode anfallenden Regenmenge sowie der zu bewässernden Kulturen – sehr unterschiedliche Volumina an Zusatzwasser benötigt. Die Bewässerungsgaben lagen zwischen 30 mm in Niedersachsen und 550 mm in Bremen.

Tatsächlich bewässert wurden 237 000 ha; das sind etwa 1,4% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass den befragten Bewässerungsverbänden und Genossenschaften die Größe der bewässerten Fläche nicht immer bekannt ist. Die für Bewässerungen erschlossene Fläche schätzt der Bundesfachverband für Feldbegrünung, Wendeburg, auf rund 500 000 ha. Diese Fläche wird auf Grund von Anbaupausen, betrieblichen Veränderungen und der Fruchtfolge jedoch nur etwa zur Hälfte künstlich bewässert.

Insgesamt hat der Zusatzwasserbedarf für Bewässerungen in Deutschland quantitativ nur eine nachgeordnete Bedeutung. Gleichwohl können nachhaltige Einflüsse auf den Wasserhaushalt in den regionalen Bewässerungsschwerpunkten nicht ausgeschlossen werden.

Weitere Auskünfte erteilt
Hermann Knichel, Telefon (0 18 88) 6 43 82 19.

■ Rindfleischerzeugung zum Jahresende 2000 um die Hälfte zurückgegangen

Im Dezember 2000 wurden mit 169 000 Rindern (ohne Kälber) 51,4% weniger Tiere als im entsprechenden Vorjahresmonat geschlachtet. Damit sank – nach den ab Ende November 2000 in Deutschland festgestellten BSE-Fällen – die Menge des erzeugten Rindfleisches gegenüber Dezember 1999 um 50,7% auf 55 600 t. Am prozentual stärksten gingen die Schlachtungen bei Kühen (Tiere: –58,9%, Schlachtmenge: –59,1%) zurück, etwas weni-

ger ausgeprägt bei Kälbern (Tiere: –28,1%, Schlachtmenge: –27,1%).

Auch die Zahl der geschlachteten Schweine verringerte sich, jedoch lag die Abnahme im Dezember mit 4,6% etwa im Rahmen des Verlaufs im gesamten Jahr 2000 (–3,1% gegenüber 1999).

Hingegen stieg die Zahl der im Dezember 2000 geschlachteten Schafe um 9,7% bzw. die Menge des dabei erzeugten Fleisches um 12,5%.

Die insgesamt erzeugte Fleischmenge (ohne Geflügelfleisch) ist damit im Dezember 2000 gegenüber dem Dezember des Vorjahres um 15,6%, im gesamten Jahr 2000 gegenüber 1999 um 3,5% zurückgegangen.

Das endgültige, fachlich und regional weiter untergliederte Ergebnis der Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik für das Jahr 2000 wird voraussichtlich im Mai 2001 vorliegen und in der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, Reihe 4.2.1 „Schlachtungen und Fleisch-erzeugung“ veröffentlicht (Bezugsmöglichkeiten siehe Impressum).

Weitere Auskünfte erteilt
Tordis Kühn, Telefon (0 18 88) 6 43 86 27.

■ Straßenverkehrsunfallbilanz 2000

Auf Deutschlands Straßen wurden im Jahr 2000 bei Verkehrsunfällen rund 504 000 Personen verletzt und 7 487 Personen getötet. Gegenüber 1999 waren das 3% weniger Verletzte und 4% bzw. 285 weniger Getötete. Seit Einführung der Statistik der Straßenverkehrsunfälle im früheren Bundesgebiet 1953 wurden damit im Jahr 2000 in Deutschland die wenigsten Verkehrstoten registriert. Die meisten Verkehrstoten wurden 1970 in Deutschland ermittelt, nämlich 21 332 (19 193 im früheren Bundesgebiet und 2 139 in der ehemaligen DDR).

Insgesamt ereigneten sich im Jahr 2000 in Deutschland 382 800 Unfälle mit Personenschaden (–3% gegenüber 1999) und 132 500 schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (–4%). Die Polizei registrierte insgesamt 2,3 Mill. Straßenverkehrsunfälle, 3% weniger als 1999.

Weniger Personen getötet wurden im vergangenen Jahr vor allem in Hamburg, im Saarland, in Schleswig-Holstein, in Berlin und in Brandenburg; mehr Verkehrstote wurden in Bremen und Bayern ermittelt. Je eine Million Einwohner wurden im Jahr 2000 im Bundesdurchschnitt 91 Menschen im Straßenverkehr getötet. Weit über diesem Durchschnitt lagen die Werte in Mecklenburg-Vorpommern mit 204, Brandenburg mit 162 und Thüringen mit 132, weit darunter in den Stadtstaaten Hamburg (19), Berlin (26) und Bremen (35).

Weitere Auskünfte erteilt
Rudolf Kaiser, Telefon (06 11) 75 24 98.

■ Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen 1998 wie in den Vorjahren bei 8 200 DM

Für die Ausbildung eines Schülers an öffentlichen Schulen wendeten die öffentlichen Haushalte 1998 durchschnittlich 8 200 DM auf, dies entspricht den Ausgaben der Jahre 1996 und 1997.

Die Ausgaben je Schüler differieren stark nach Schularten. 1998 wurden innerhalb der Allgemeinbildenden Schulen 6 700 DM je Schüler an den Grundschulen aufgewendet. Die Realschulen lagen mit 8 300 DM fast im Durchschnitt aller Schulen, während bei Gymnasien 10 000 DM und bei Sonderschulen 20 200 DM ausgegeben wurden.

Die öffentlichen Beruflichen Schulen (z. B. Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachgymnasien) wendeten im Bundesdurchschnitt 6 100 DM je Schüler auf. Wegen des Teilzeitunterrichts ergibt sich bei den Berufsschulen ein vergleichsweise niedriger Betrag von 4 100 DM je Schüler. Die Ausgaben je Schüler bei den öffentlichen Beruflichen Schulen der neuen Bundesländer lagen mit 4 400 DM deutlich unter denen der Flächenländer des früheren Bundesgebietes (6 500 DM) und der Stadtstaaten (7 000 DM).

Der größte Anteil an den Gesamtausgaben je Schüler in öffentlichen Schulen entfiel 1998 mit 6 700 DM auf die Personalausgaben. In den neuen Bundesländern waren es 5 500 DM, mit dem niedrigsten Wert in Sachsen (5 200 DM) und dem höchsten in Thüringen (6 200 DM). Demgegenüber lagen in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes die Personalausgaben bei durchschnittlich 6 900 DM, wobei es hier kaum Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gab. Die Personalausgaben je Schüler der Stadtstaaten waren mit 7 900 DM am höchsten.

Bei einem Ländervergleich ist zu beachten, dass die Unterrichtsversorgung unterschiedlich sein kann. Daher werden die Personalausgaben nicht nur auf die Zahl der Schüler, sondern auch auf die pro Woche erteilten Unterrichtsstunden bezogen. Im Jahr 1998 betrug die Personalausgaben je wöchentlich erteilter Unterrichtsstunde 5 200 DM im Bundesdurchschnitt. Im Ländervergleich steigt der Wert von 3 800 DM in Sachsen über 4 500 DM in Thüringen, 5 200 DM in Berlin auf bis zu 6 200 DM in Hamburg.

Auch die übrigen Ausgabearten hatten in den einzelnen Ländern ein unterschiedliches Gewicht. Auf den laufenden Sachaufwand entfielen im Bundesdurchschnitt 800 DM je Schüler, mit einer Streuung von 600 DM in Bremen bis 1 300 DM in Hamburg. Die Investitionsausgaben betrug durchschnittlich 700 DM je Schüler, wobei die Werte zwischen 300 DM im Saarland und 1 000 DM in Sachsen-Anhalt differierten.

Weitere Auskünfte erteilt
Pascal Schmidt, Telefon (06 11) 75 41 46.

■ Heimerziehung für fast 90 000 junge Menschen

1999 erhielten insgesamt 206 000 junge Menschen (d. h. Personen unter 27 Jahren) eine stationäre oder teilstationäre „erzieherische Hilfe außerhalb des Elternhauses“, 4% mehr als 1998. Darunter waren 89 900 junge Menschen, die stationär in Heimen erzogen wurden, 2% mehr als 1998.

Die 206 000 Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen setzten sich wie folgt zusammen:

Überwiegend waren die jungen Menschen männlich (57%); 23% waren bereits volljährig. Der Anteil der Ausländer belief sich auf 8%.

Von den erzieherischen Hilfen außerhalb des Elternhauses wurden im Laufe des Jahres 1999 rund 40 700 Hilfen beendet, und zwar aus folgenden Gründen:

34% nach vollständiger Durchführung; 20% durch vorzeitigen Abbruch auf Wunsch des Sorgeberechtigten bzw. volljährigen Hilfeempfängers und 16% durch Überleitung in eine andere Art von erzieherischer Hilfe. Die Abgabe an ein anderes Jugendamt war bei 12% der Fälle entscheidend und bei 19% kamen andere Gründe zum Tragen.

Zur Herkunft der jungen Menschen, deren Hilfemaßnahme 1999 endete, ergab sich folgendes Bild:

42% kamen aus Familien mit beiden Eltern oder einem Stiefelternteil (aber weniger als die Hälfte kehrte dorthin zurück); 35% kamen aus Familien mit einem allein erziehenden Elternteil (auch hier deutlich reduzierter Umfang an Rückkehrern) und 10% waren bereits vorher in einem anderen Heim gewesen. 7% der jungen Menschen lebten entweder bei den Großeltern oder Verwandten, in einer Wohngemeinschaft oder einer eigenen Wohnung; 5% lebten bei einer Pflegefamilie und 2% waren ohne feste Unterkunft.

Die einzelnen erzieherischen Hilfen außerhalb des Elternhauses entwickelten sich wie folgt:

Erzieherische Hilfen ¹⁾ außerhalb des Elternhauses			
Hilfeart	1995	1998	1999
Erziehung in einer Tagesgruppe	14 851	22 794	24 988
Vollzeitpflege in einer anderen Familie .	58 405	63 020	64 963
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform	94 082	107 709	111 547
dar.: in einem Heim	82 101	88 321	89 903
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	2 101	3 840	4 521
Insgesamt	169 439	197 363	206 019

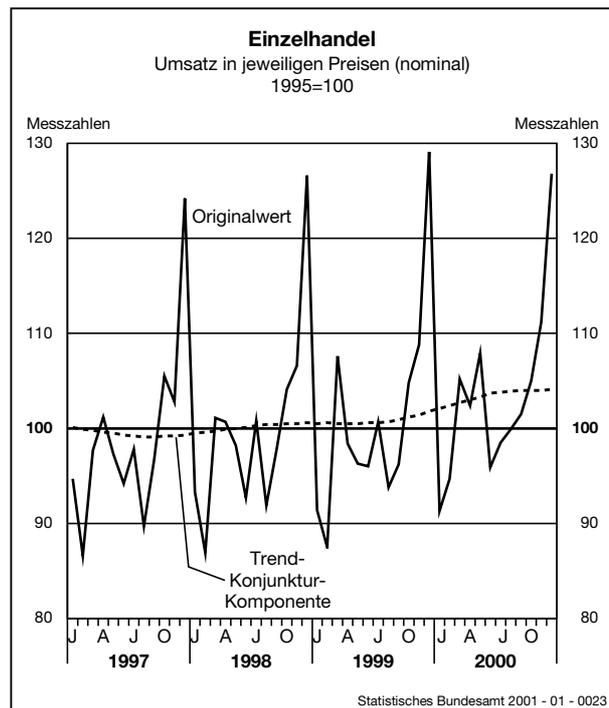
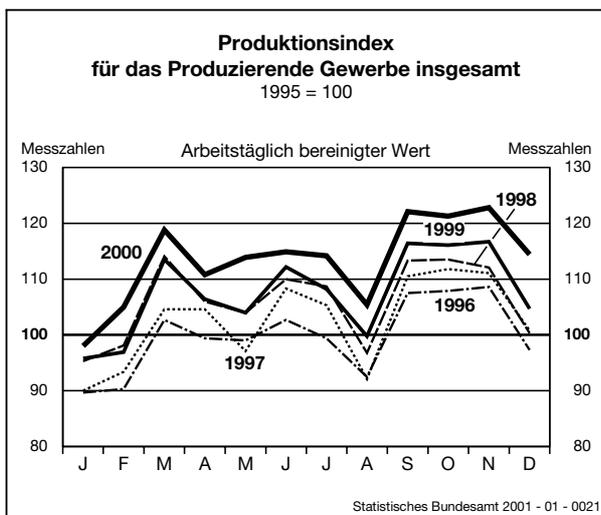
1) Beendete und über das Jahresende andauernde Hilfen.

Weitere Auskünfte erteilt
Fritz Paalzow, Telefon (0 1888) 6 43 81 67.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im *Dezember 2000* mit einem Stand von 114,4 (1995 = 100) um 9,3% höher als im Dezember 1999.



Im Dezember 2000 wurde im Vergleich zum November 2000 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 0,5% und real 0,8% weniger abgesetzt.

Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im *Jahr 2000* nominal 2,5% und real 1,3% mehr als 1999 um. Damit konnte der Einzelhandel das dritte Jahr in Folge eine positive Umsatzentwicklung verbuchen (1999 gegenüber 1998: nominal +0,8%, real +0,6%; 1998 gegenüber 1997: nominal +1,9%, real +1,1%) und erzielte das beste Ergebnis seit 1991.

Im *Dezember 2000* setzten die Einzelhandelsunternehmen nominal 1,8% und real 2,9% weniger als im Vorjahresmonat um. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im letzten Dezember zwei verkaufsoffene Tage weniger als im Dezember 1999 gab. Nur zwei Branchen des Einzelhandels erzielten zumindest nominal knapp höhere Umsätze als im Dezember 1999: der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken (nominal +0,2%, real -0,6%) und der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem sowohl der Versandhandel wie auch der Brennstoffhandel zählen (nominal +0,2%, real -9,3%). Nominal und real unter den Umsatzwerten des Vorjahresmonats lagen der sonstige Facheinzelhandel, der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter (u. a. Möbel, Elektrogeräte, Bekleidung) anbietet (nominal -1,9%, real -2,2%), der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal -2,2%, real -2,9%) und der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal -4,4%, real -5,2%).

Außenhandel

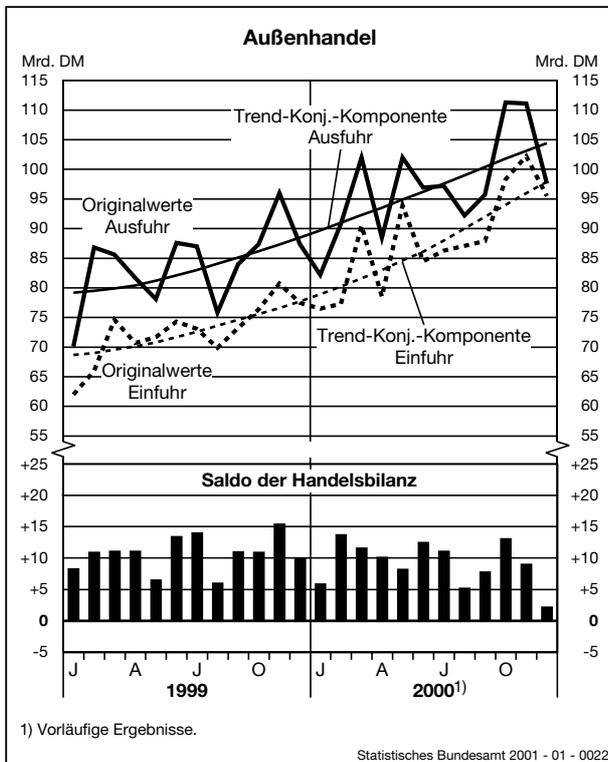
Im *Dezember 2000* wurden von Deutschland Waren im Wert von 97,6 Mrd. DM ausgeführt und Waren im Wert von 95,5 Mrd. DM eingeführt. Gegenüber dem Dezember 1999 stiegen die deutschen Ausfuhren im Dezember 2000 um 11,6% und die Einfuhren um 23,3%. Diese Zuwächse sind teilweise auch Ergebnis der Preisentwicklung. Der Index der Ausfuhrpreise stieg binnen Jahresfrist um 3,3% und der Index der Einfuhrpreise – maßgeblich beeinflusst durch den Preis von Erdöl und Mineralölprodukten – um 8,2%.

Der Ausfuhrüberschuss in Höhe von 2,1 Mrd. DM reichte nicht aus, um die anderen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Bilanzen der Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie Laufende Übertragungen) auszugleichen. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank schloss die Leistungsbilanz im Dezember mit einem Defizit von 15,3 Mrd. DM ab.

Im gesamten *Jahr 2000* exportierte Deutschland Waren im Wert von 1167,5 Mrd. DM und importierte Waren im Wert von 1058,5 Mrd. DM. Damit wurde erstmals in einem Jahr in beiden Lieferrichtungen die Billionengrenze überschritten. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausfuhren um 17,0% und die Einfuhren um 21,7%. Dem Ausfuhrüberschuss von 109,0 Mrd. DM standen negative Salden für Dienstleistungen einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr (-96,2 Mrd. DM), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (-16,9 Mrd. DM) sowie für Über-

Kurznachrichten

tragungen (-53,3 Mrd. DM) gegenüber. Das Leistungs-
bilanzdefizit in Höhe von 57,4 Mrd. DM war damit deut-
lich höher als das des Jahres 1999 (35,9 Mrd. DM).
Dies war insbesondere auf höhere Defizite der Dienst-
leistungsbilanz zurückzuführen.



Die Weihnachtsfeiertage sowie „Brückentage“ dürften im Dezember 2000 wichtige Gründe darstellen, weshalb die Aus- und Einfuhrwerte um 12,1 bzw. 6,6% niedriger waren als im November 2000. Kalender- und saisonbereinigt waren gegenüber dem Vormonat Zuwächse von 0,6 bzw. 0,8% festzustellen. In langfristiger Betrachtung befindet sich der deutsche Außenhandel weiterhin auf deutlichem Wachstumskurs. Dies belegt insbesondere die nach dem „Berliner Verfahren, Version 4“ durchgeführte Zeitreihenzerlegung. Die Trend-Konjunktur-Komponente verzeichnete im Dezember 2000 gegenüber dem Vormonat einen Anstieg um 1,3% bei der Ausfuhr sowie um 2,0% bei der Einfuhr. ■

Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1998

Die Material- und Wareneingangserhebung wird alle vier Jahre zentral vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Sie liefert Angaben über die warenmäßige Zusammensetzung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und ermöglicht dadurch Aussagen über die gütermäßigen Verflechtungen zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen.

Aktuelle Daten über die Struktur des Wareneingangs werden vor allem von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen benötigt. Sie sind dort eine wichtige Grundlage für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen.

Der folgende Beitrag informiert über die wichtigsten Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung 1998. Dabei wird unter anderem aufgezeigt, wie sich der Wareneingangswert einer Güterabteilung auf die einzelnen Branchen verteilt und welche Bedeutung einzelne Waren bei der Produktion in den verschiedenen Wirtschaftszweigen haben.

Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden in Deutschland bezogen 1998 Materialien im Wert von insgesamt 1 191 Mrd. DM; davon entfielen allein 137,6 Mrd. DM auf Metalle und Halbzeug daraus, 133,8 Mrd. DM auf Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie 122,1 Mrd. DM auf chemische Erzeugnisse. Zusammen genommen erreichten diese Rohstoffe 1998 einen Anteil am gesamten Wareneingang des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden von rund 33%.

Dipl.-Volkswirt Peter Kraßnig

Vorbemerkung

Die Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden wird auf Grundlage des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe¹⁾ in vierjährigen Abständen vom Statistischen Bundesamt als zentrale Bundesstatistik durchgeführt. Für die Jahre 1978, 1982, 1986, 1990 liegen detaillierte und methodisch vergleichbare Angaben über die warenmäßige Zusammensetzung der Vorleistungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe für das *frühere Bundesgebiet* vor. 1994 wurden erstmals auch die Unternehmen aus den neuen Ländern und Berlin-Ost einbezogen, so dass die Ergebnisse – methodisch unverändert – auch für *Deutschland* insgesamt nachgewiesen werden konnten.

Bis einschließlich 1994 wurde die Material- und Wareneingangserhebung gütermäßig auf Grundlage des Warenverzeichnisses für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe (WE), Ausgabe 1978, und nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (Stand 1976), durchgeführt.

Ab Berichtsjahr 1998 werden die Ergebnisse erstmals nach dem Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, Ausgabe 1995, und der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), nachgewiesen. Durch diese Änderungen in den Klassifikationen ist ein Vergleich mit den

Ergebnissen von 1978 bis 1994 nicht mehr möglich. Dies gilt auch für Vergleiche mit ähnlichen Erhebungen aus der Zeit vor der Reform der Statistiken des Produzierenden Gewerbes²⁾ im Jahr 1976. Wegen erheblicher methodischer Unterschiede waren zum Beispiel die Nettoleistungserhebung 1954 und die Material- und Wareneingangserhebung in der Industrie 1967 nur sehr eingeschränkt mit den Ergebnissen ab 1978 vergleichbar³⁾. Dabei wirkten sich u.a. unterschiedliche Wareneingangssystematiken und Erfassungsgrenzen sowie die Nicht-einbeziehung des Produzierenden Handwerks aus.

Das System der Statistiken im Produzierenden Gewerbe weist Outputgrößen wie Produktion und Umsatz monatlich, vierteljährlich und jährlich in einer tiefen fachlichen Gliederung nach; Daten über den Material- und Wareneingang, jedoch nur als Gesamtgröße, liefern die jährlich stattfindenden Kostenstrukturstatistiken. Ebenso wie die Produktionsstatistik die warenmäßige Zusammensetzung der Angebotsseite durchleuchtet, weist die Material- und Wareneingangserhebung detaillierte Angaben über die warenmäßige Zusammensetzung der Nachfrageseite nach. Diese sind eine unerlässliche Voraussetzung für die Beobachtung der gütermäßigen Verflechtung zwischen den einzelnen Branchen. Mit diesen Angaben können die Lieferströme und die Wechselbeziehungen zwischen Anbietern und Nachfragern von Gütern und Leistungen analysiert und die Auswirkungen von Veränderungen in einer Branche auf andere Branchen und die Gesamtwirtschaft quantifiziert werden.

Die Erhebung liefert außerdem wichtige Informationen über die gütermäßige Aufteilung der Vorleistungen der einzelnen Produktionsbereiche in den Input-Output-Tabellen, die in einer Gesamtdarstellung der Güterströme der Volkswirtschaft die Verflechtung der Wirtschaftszweige

1) Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2036), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300).

2) Siehe Sobotschinski, A.: „Die Neuordnung der Statistik des Produzierenden Gewerbes“ in WiSta 7/1976, S. 405 ff.; Jäger, M.: „Die Statistiken im Produzierenden Gewerbe nach Abschluß der Reform“ in „Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel“, Band 1 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 1984, S. 63 ff.

3) Siehe Laux, G.: „Material- und Wareneingang in der Industrie“ in WiSta 10/1969, S. 559 ff.; Laux, G.: „Material- und Wareneingang in der Industrie nach Warengruppen“ in WiSta 8/1970, S. 393 ff.

untereinander aufzeigen und dann als Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen dienen.

Auch für die Unternehmen selbst liefert die Erhebung Entscheidungshilfen für die eigene Absatz- und Preispolitik und zeigt außerdem, wie sich Preisänderungen bei Vorprodukten auf die Herstellungskosten des Endprodukts auswirken.

Methodische Fragen der Erhebung sind bereits in früheren Aufsätzen umfassend dargestellt worden⁴); auf entsprechende detaillierte Ausführungen soll deshalb an dieser Stelle verzichtet werden.

Bevor auf die wichtigsten Ergebnisse des Jahres 1998 eingegangen wird, soll kurz beschrieben werden, wie die Umstellung der Klassifikationen bei der Material- und Wareneingangserhebung im Statistischen Bundesamt durchgeführt wurde.

Ausgangspunkt waren 43 Fragebogen, bei denen die Rohstoffe und sonstigen Vorprodukte sowie Hilfsstoffe auf der Grundlage des Warenverzeichnisses für den Material- und Wareneingang im Produzierenden Gewerbe, Ausgabe 1978, branchenspezifisch untergliedert worden waren, um den Firmen das Ausfüllen zu erleichtern. Dadurch wurden zum Beispiel dem Ernährungsgewerbe die Wareneingänge für die Nahrungsmittelproduktion und der Chemischen Industrie die Rohstoffe für die Herstellung von Chemikalien zugeordnet.

Die umfassenden Änderungen bei der Wirtschaftszweig- und Warengliederung hatten zur Folge, dass die branchenspezifischen Fragebogen neu zugeschnitten werden mussten. Ziel war es, die bestehenden Strukturen so weit als möglich zu erhalten und die Gliederungstiefe der Wirtschaftszweige je Fragebogen auf die Dreistellerebene der WZ 93 zu begrenzen. Mit dieser Konzeption der 40 neuen Fragebogen ist es nun möglich, die Ergebnisse auf Vier- und Dreistellerebene der Wirtschaftszweige vollständig nachzuweisen.

Um die Bedeutung der einzelnen Wareneingangspositionen für die verschiedenen Wirtschaftszweige abschätzen zu können, wurden die Ergebnisse 1990 für jeden (alten) Fragebogen nach der damals gültigen Systematik der Wirtschaftszweige (Stand 1976) gegliedert. Anschließend erfolgte die Umschlüsselung des Einzelmateriale von der WZ 76 auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, der WZ 93. Dadurch war es möglich, die Ergebnisse 1990 für jeden (alten) Fragebogen nach (alter) Warengliederung, jedoch nach der neuen Wirtschaftsgliederung, der WZ 93, darzustellen. Dabei entsprachen die sich daraus ergebenden Wirtschaftszweige nach der WZ 93 natürlich nicht mehr in allen Fällen der Zuordnung zu den neu abgegrenzten Fragebogen; so konnte ein WZ 93-Viersteller in mehreren (alten) Fragebogen vorkommen. Deshalb war es erforderlich, die Zuordnung der Waren zu den Wirtschaftszweigen neu vorzuneh-

men. Dabei kam es vor, dass in einen neuen Fragebogen Warenpositionen aus zwei oder mehr alten Fragebogen eingingen. Je nach der Bedeutung für den neuen Fragebogen – gemessen an der Zahl der Unternehmen und der Höhe des Material- und Wareneingangs – wurde zwischen Haupt- und Nebenbogen unterschieden. Diese Unterlage diente auch dazu, die Warenpositionen mit einem geringeren Gewicht zu streichen und den Fragenkatalog um rund 10% zu reduzieren.

Im nächsten Schritt wurden die Wirtschaftszweige der Nebenbogen mit ihren Güterklassen in den Hauptbogen integriert. Damit umfasste jeder der 40 branchenspezifischen Fragebogen die entsprechenden Wirtschaftszweige nach der WZ 93. Auf der Grundlage eines Umsteigeschlüssels wurden nunmehr die alten Warennummern auf das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP 95) umgeschlüsselt. Auf dieser Basis erfolgte die Fragebogenerstellung. Die Vorgabe war hierbei, die wichtigsten Wareneingänge numerisch tiefer zu gliedern (maximal bis auf die Ebene der Sechssteller) und den Rest auf Zweistellerebene darzustellen. Parallel hierzu wurde ein Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden, Ausgabe 1995, als Auszug aus der Statistischen Güterklassifikation, Ausgabe 1995 (GP 95), erstellt. Die Tiefengliederung erfolgte generell bis auf die Ebene des Vierstellers. In den Fällen, in denen die Positionen der Fragebogen bis zur Fünf- bzw. Sechsstellerebene gehen, wurden sie auch auf der entsprechenden Ebene im Warenverzeichnis nachgewiesen. Dabei wurden die Texte des GP 95 gekürzt bzw. zusammengefasst und die Inputs in den Vordergrund gestellt. Das neue Warenverzeichnis (WE 95) bildete dann die Grundlage für die Textgestaltung der Positionen der neuen Fragebogen. Die branchentypischen Beispiele aus den alten Fragebogen wurden so weit als möglich übernommen.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung 1998 dargestellt werden. Wie bereits erwähnt sind wegen der umfangreichen Änderungen in den Klassifikationen Vergleiche mit früheren Erhebungen *nicht* möglich. Die Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung lassen zwei grundsätzliche Aussagemöglichkeiten zu. Einmal kann die Struktur des Wareneingangs einer Wirtschaftsabteilung⁵), und damit die Bedeutung einzelner Stoffe für die Produktion, dargestellt werden. Zum anderen sind Aussagen über die Verteilung des gesamten Eingangswertes einer Güterabteilung⁶) auf die einzelnen Branchen möglich. Die folgende Darstellung greift beide Analysevarianten auf. Sie geht zunächst von den wichtigsten Güterabteilungen aus, zeigt ihre Verteilung auf einzelne Wirtschaftsabteilungen und beschreibt anschließend die Warenstruktur in ausgewählten Branchen.

4) Siehe Laux, G.: „Methoden und Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 1978“ in WiSta 12/1981, S. 835 ff.; Kraßnig, P.: „Methode und Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 1986“ in WiSta 11/1988, S. 769 ff. Ausführliche Ergebnisse für die Jahre 1978 und 1982 sind in der Fachserie 4 „Produzierendes Gewerbe“, Reihe S.5 „Material- und Wareneingang im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe 1978 bzw. 1982“, die Ergebnisse für die Jahre 1986, 1990 und 1994 in der Fachserie 4, Reihe 4.2.4, veröffentlicht worden.

5) Gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

6) Gemäß Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, Ausgabe 1995 (WE 95).

Einflussfaktoren des Material- und Wareneingangs

Die Produktion und die Handelstätigkeit des laufenden und kommenden Geschäftsjahres bestimmen zum großen Teil die Struktur der Material- und Warenbezüge eines Unternehmens. Veränderungen in der Produktionstiefe wirken sich ebenso auf die Zusammensetzung der bei der Fertigung eingesetzten Materialien aus wie auch die Breite der Produktionspalette. Günstige Einkaufspreise verstärken die Bereitschaft zum Materialeinkauf und zur Lagerhaltung in gleicher Weise wie die Erwartung steigender Rohstoffpreise. Dies führt auch dazu, dass Warenverbrauch und Wareneinkauf eines Geschäftsjahres nicht in jedem Falle übereinstimmen müssen. Technischer Fortschritt, der Umstieg auf Substitutionsgüter und die Anwendung neuer Produktionsverfahren bestimmen in hohem Maße Struktur und Art des Wareneingangs. Auch die unternehmerische Entscheidung, die Vorprodukte auf einer höheren Fertigungsstufe einzukaufen, führt zu einer Änderung der Vorleistungsstrukturen, ohne dass sich dies auf die Produktpalette auswirken muss oder beim Endprodukt eine Änderung auftritt.

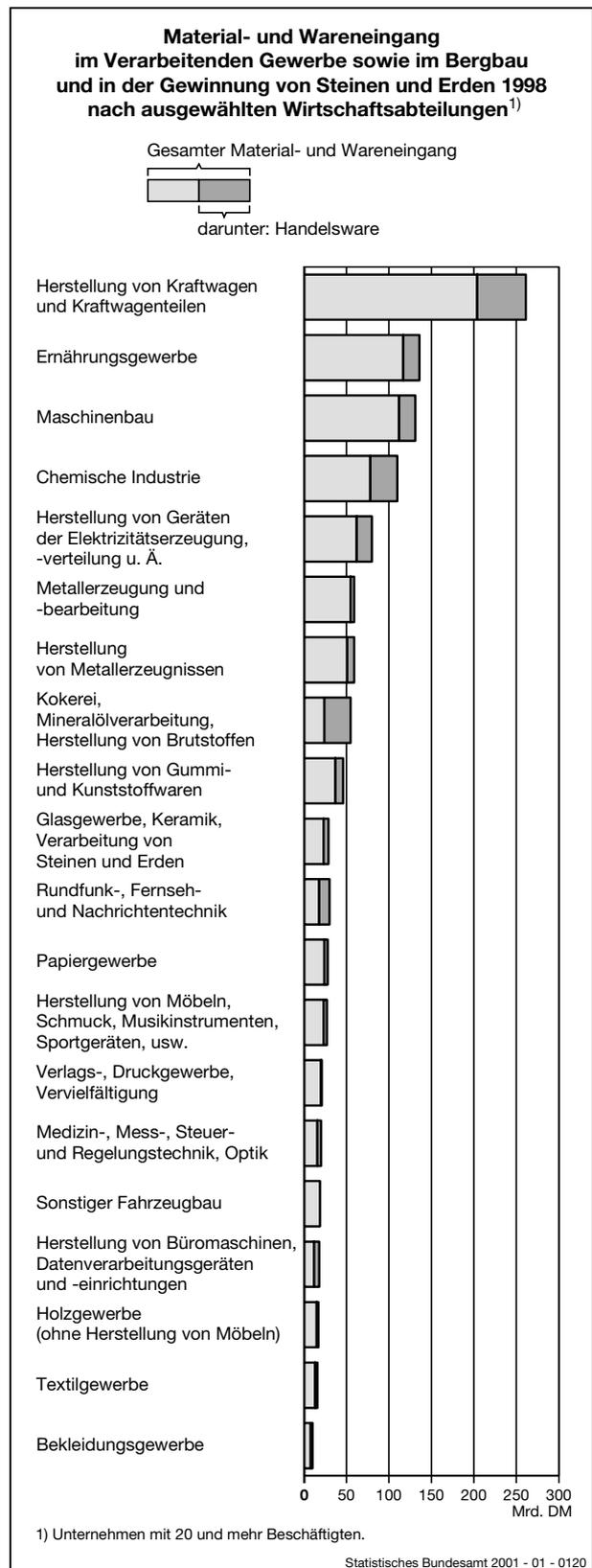
Material- und Wareneingang in Deutschland

Bezug von Handelsware

Im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden⁷⁾ gaben 38038 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 1998 insgesamt 1191 Mrd. DM für Material und Waren aus. Bei einem Bruttoproduktionswert in Höhe von 2348 Mrd. DM bedeutet dies einen Anteil von knapp 51%. Damit ist der Materialeinsatz im Verarbeitenden Gewerbe nach wie vor der wichtigste Kostenfaktor und hat gegenüber 1994 (48%) noch an Bedeutung zugenommen.

Hierin enthalten sind auch die Bezüge von Handelsware, die 1998 im Verarbeitenden Gewerbe knapp über 10% des Bruttoproduktionswertes ausmachten. Die Bedeutung dieser Produkte, die im Allgemeinen unbearbeitet weiter verkauft werden, ist allerdings in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Mit 28,6% – gemessen am Bruttoproduktionswert – hatten sie bei den Unternehmen der Kokerei und Mineralölverarbeitung den höchsten Anteil. Darüber hinaus spielten die Handelsgeschäfte auch bei der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (22%), den Herstellern von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (19,1%), den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (14,2%) und bei der Chemischen Industrie (13,5%) eine wichtige Rolle, sicherlich nicht zuletzt, um das eigene Sortiment zu vervollständigen (siehe Schaubild 1). Insgesamt wurde im Verarbeitenden Gewerbe 1998 für 246 Mrd. DM Handelsware bezogen. Das meiste davon kauften die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (57,2 Mrd. DM). Nimmt man die Chemische Industrie (31,8 Mrd. DM), die Kokerei und Mineralölverarbeitung (31,0 Mrd. DM), das

Schaubild 1



Ernährungsgewerbe (19,5 Mrd. DM), den Maschinenbau (18,8 Mrd. DM) und die Hersteller von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung (17,8 Mrd. DM) hinzu,

7) Der im Folgenden vereinfachend verwendete Begriff „Verarbeitendes Gewerbe“ schließt, sofern nichts anderes vermerkt ist, grundsätzlich den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden mit ein.

Tabelle 1: Material- und Wareneingang an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen 1998 nach Wirtschaftsabteilungen
Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Wirtschaftsabteilung ¹⁾	Insgesamt		Roh- und Hilfsstoffe, fremdbezogene Vorprodukte ²⁾		Betriebsstoffe (ohne Verpackungsmaterial) ³⁾		Verpackungsmaterial		Brenn- und Treibstoffe sowie Energie		Anteil des Material- und Wareneingangs am Umsatz
	Mill. DM	% ⁴⁾	Mill. DM	% ⁴⁾	Mill. DM	% ⁴⁾	Mill. DM	% ⁴⁾	Mill. DM	% ⁴⁾	%
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	4 818,2	26,9	1 297,8	26,9	2 370,8	49,2	40,9	0,9	1 108,7	23,0	38,4
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	701,7	75,9	532,9	75,9	105,0	15,0	0,3	0,0	63,6	9,1	19,3
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	2 388,7	58,8	1 404,7	58,8	313,0	13,1	71,7	3,0	599,3	25,1	30,3
Ernährungsgewerbe	136 532,8	85,3	116 439,0	85,3	3 025,2	2,2	13 423,8	9,8	3 644,8	2,7	59,8
Tabakverarbeitung	6 210,7	91,1	5 658,5	91,1	165,8	2,7	334,2	5,4	52,2	0,8	20,8
Textilgewerbe	15 850,6	90,4	14 321,8	90,4	524,4	3,3	208,1	1,3	796,4	5,0	50,6
Bekleidungs-gewerbe	10 329,8	96,4	9 955,9	96,4	168,3	1,6	100,2	1,0	105,4	1,0	46,6
Ledergewerbe	4 218,2	96,1	4 052,3	96,1	64,5	1,5	43,0	1,0	58,4	1,4	59,2
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln) ..	16 709,9	92,9	15 515,6	92,9	388,8	2,3	152,2	0,9	653,3	3,9	53,5
Papiergewerbe	27 457,2	84,8	23 279,3	84,8	1 095,2	4,0	773,4	2,8	2 309,3	8,4	50,9
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	21 262,2	93,3	19 830,9	93,3	565,2	2,7	193,9	0,9	672,2	3,2	27,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	55 186,7	97,8	53 978,1	97,8	488,3	0,9	94,2	0,2	626,2	1,1	50,8
Chemische Industrie	110 243,7	84,3	92 886,5	84,3	5 601,4	5,1	4 771,0	4,3	6 984,8	6,3	47,2
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren ..	45 769,7	90,4	41 377,4	90,4	1 606,9	3,5	880,2	1,9	1 905,2	4,2	48,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	29 504,1	78,3	23 096,5	78,3	1 773,3	6,0	971,6	3,3	3 662,7	12,4	42,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	59 238,5	80,7	47 825,6	80,7	3 602,6	6,1	542,7	0,9	7 267,6	12,3	55,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	58 131,5	91,2	53 037,7	91,2	2 224,7	3,8	718,9	1,2	2 150,2	3,7	41,7
Maschinenbau	130 459,3	94,9	123 839,9	94,9	3 010,1	2,3	1 087,2	0,8	2 522,0	1,9	46,0
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen ...	17 615,7	95,4	16 799,7	95,4	649,0	3,7	71,8	0,4	95,3	0,5	55,4
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	79 533,5	95,5	75 973,2	95,5	1 701,3	2,1	579,4	0,7	1 279,5	1,6	49,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik ..	29 390,2	95,2	27 964,3	95,2	867,8	3,0	124,9	0,4	433,2	1,5	56,5
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	20 447,1	93,1	19 044,3	93,1	831,5	4,1	207,0	1,0	364,3	1,8	40,7
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	261 434,4	95,5	249 560,1	95,5	8 317,2	3,2	719,6	0,3	2 837,5	1,1	65,4
Sonstiger Fahrzeugbau	19 058,8	95,7	18 238,0	95,7	418,8	2,2	36,4	0,2	365,6	1,9	46,5
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	26 904,1	93,5	25 156,1	93,5	609,4	2,3	532,5	2,0	606,0	2,3	49,2
Recycling	1 406,6	89,6	1 260,0	89,6	47,9	3,4	4,2	0,3	94,6	6,7	52,6
Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾ insgesamt ...	1 190 803,6	90,9	1 082 325,9	90,9	40 536,0	3,4	26 683,5	2,2	41 258,2	3,5	51,0

1) Wirtschaftsgliederung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). – 2) Einschl. Handelsware. – 3) Einschl. Küchen- und Kantinenwaren, ohne Brenn- und Treibstoffe sowie Energie. – 4) Anteil am Material- und Wareneingang insgesamt. – 5) Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

dann entfallen auf diese Branchen zusammen knapp 72% der von den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes eingekauften Handelswaren.

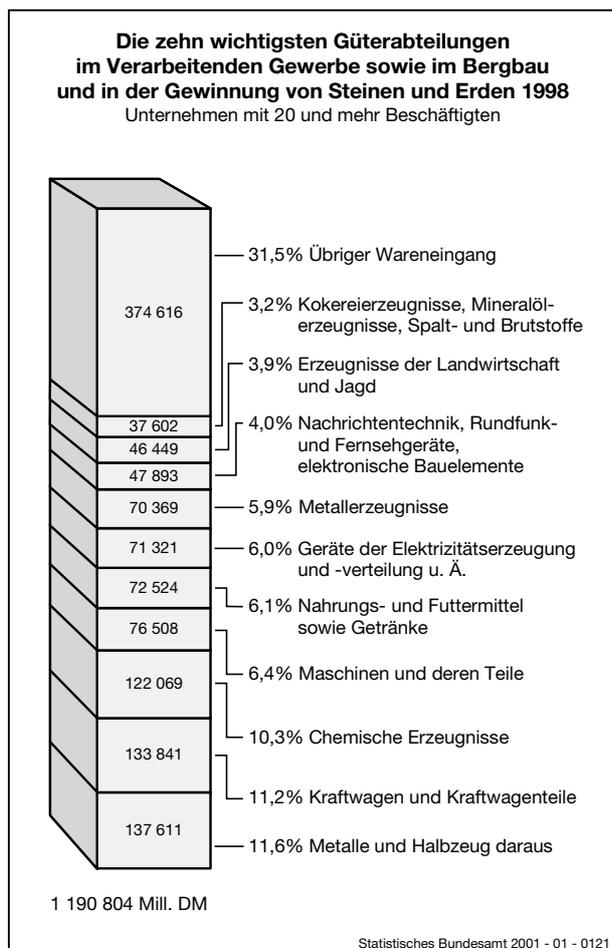
Die wichtigsten Rohstoffe

Vom gesamten Wareneingang des Jahres 1998 (1 191 Mrd. DM) wurden 1 082 Mrd. DM (90,9%) für Rohstoffe, Vorprodukte und Hilfsstoffe aufgewendet. Betrachtet man den Material- und Wareneingang der einzelnen Wirtschaftsabteilungen (siehe auch Anhangtabelle auf S. 94 ff.), so zeigt sich, dass in den meisten Wirtschaftsabteilungen die Güter der eigenen Branche zu den wichtigsten Einsatzgütern der Unternehmen gehören. Dies lässt auf eine hohe Spezialisierung innerhalb der Branchen schließen. Halbfertigprodukte, Bauteile und Zubehör werden von Unternehmen der folgenden Fertigungsstufe bezogen, um daraus Endprodukte herzustellen. Ein gewisser Anteil der Bezüge von Erzeugnissen der eigenen Branche dürfte auch auf die Handelsware entfallen.

Metalle und Halbzeug daraus waren 1998 die wichtigsten Rohstoffe in der Industrie. Mit einem Warenwert von 137,6 Mrd. DM erreichten diese Produkte einen Anteil am gesamten Wareneingang des Verarbeitenden Gewerbes von 11,6%. Mehr als ein Viertel davon (28,1%) wurden von der Metallerzeugung und -bearbeitung selbst bezogen (38,7 Mrd. DM). In dieser Branche sind natürlich bei den Erzeugern von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen und Rohrherstellern auch Roheisen und Stahl sowie Ferrolegierungen wichtigster Rohstoff.

Bei der Erzeugung und ersten Bearbeitung von NE-Metallen sind hingegen Aluminium, Blei, Zink und Zinn sowie Kupfer von großer Bedeutung. Aber auch für andere große Branchen waren Metalle ein bedeutender Rohstoff; so überwies zum Beispiel die Hersteller von Metallerzeugnissen 24,9 Mrd. DM auf die Konten der Metallerzeuger. Ein wichtiger Abnehmer von Metallen waren auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die 18,1% aller vom Verarbeitenden Gewerbe 1998 bezogenen metallischen Rohstoffe einkauften und dafür rund 24,9 Mrd. DM ausgaben. Gemessen am gesamten

Schaubild 2



Wareneingang dieser Branche in Höhe von 261,4 Mrd. DM entspricht dies einem Anteil von 9,5%. Metalle rangierten hier hinter den Kraftwagen und Kraftwagenteilen (49,1%) an zweiter Stelle.

Auch der Maschinenbau kann naturgemäß auf Rohstoffe aus Metall nicht verzichten. Mit einem Anteil von 16,5% – gemessen am gesamten Metallbezug des Verarbeitenden Gewerbes – waren die Maschinenbauunternehmer 1998 viertgrößter Bezieher von Metallen, die damit für die Maschinenbaubranche den zweitwichtigsten Rohstoff darstellten (22,7 Mrd. DM). Daneben waren aber auch Metallerzeugnisse (16,7 Mrd. DM) und Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (17,9 Mrd. DM) für die Maschinenbauer unverzichtbar. Zusammengefasst kauften diese vier Branchen nahezu 81% aller vom Verarbeitenden Gewerbe bezogenen Metalle.

Ein weiterer wichtiger Lieferant für die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 1998 die Hersteller von *Kraftwagen und Kraftwagenteilen* mit einem Anteil von 11,2% am gesamten Warenbezug. Von den 133,8 Mrd. DM, die vom gesamten Verarbeitenden Gewerbe 1998 für diese Waren ausgegeben wurden, flossen 96% in die Kassen der eigenen Branche. Neben Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren (81,4 Mrd. DM) sind hier in erster Linie komplette Fahrzeuge und Motoren (41,3 Mrd. DM) sowie Karosserien, Aufbauten und Anhänger (5,7 Mrd. DM) bezogen und verarbeitet worden. Daneben führte der Einsatz von Geräten der Elek-

trizitätserzeugung und -verteilung in Höhe von 23,1 Mrd. DM dazu, die Kraftwagen komfortabler zu machen.

Mit einem Gesamtwert von 122,1 Mrd. DM nahmen die *chemischen Erzeugnisse* in der Skala der wichtigsten bezogenen Erzeugnisse den dritten Rang ein. Mit 59% Anteil am gesamten Bezug chemischer Erzeugnisse waren die Chemieunternehmen selbst wichtigster Bezieher der eigenen Rohstoffe. Ein Großteil dieser Bezüge waren organische und anorganische Grundstoffe und Chemikalien mit einem Anteil von 43%, gemessen am gesamten Wareneingang der Chemischen Industrie (47,4 Mrd. DM). Hierzu zählen neben den sonstigen organischen Grundstoffen und Chemikalien (20,3%) auch Kunststoffe in Primärformen (10,1%), sonstige anorganische Grundstoffe (6,4%), Farbstoffe und Pigmente (3,4%), Düngemittel und Stickstoffverbindungen (1,7%) sowie Industriegase (1,1%). Daneben spielen die pharmazeutischen Erzeugnisse mit einem Warenwert von 12,9 Mrd. DM (11,7%) als Rohstoff in der Chemischen Industrie eine bedeutende Rolle. Wichtiger Abnehmer von chemischen Erzeugnissen waren auch die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren, die 13,6% aller im Verarbeitenden Gewerbe 1998 bezogenen chemischen Rohstoffe einkauften und dafür rund 16,6 Mrd. DM ausgaben. Gemessen am gesamten Wareneingang dieser Branche in Höhe von rund 45,8 Mrd. DM entspricht dies einem Anteil von 36,4%.

Für *Maschinen und Maschinenteile* gab die Industrie 1998 rund 76,5 Mrd. DM aus, 64,3% davon wurden vom Maschinenbau selbst verwendet. Der größte Teil davon entfiel auf Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (17,9 Mrd. DM). Aber auch die Hersteller von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung (9,1 Mrd. DM) und die Kraftwagenhersteller (6,6 Mrd. DM) orderten Maschinen und Maschinenteile in größerem Umfang.

Von den insgesamt 72,5 Mrd. DM, die an *Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken* im Verarbeitenden Gewerbe eingekauft wurden, gingen naturgemäß 95,1% (69 Mrd. DM) in das Ernährungsgewerbe. Gemessen am Wareneingang der Branche insgesamt war das ein Anteil von 50,5%. Aber auch die Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd gingen zu 91,9% an Unternehmen des Ernährungsgewerbes und waren dort mit 31,3% zweitwichtigster Rohstoff.

Für *Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung* gaben die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 1998 71,3 Mrd. DM aus. Hauptabnehmer waren hier die Kraftwagenhersteller, die fast ein Drittel dieser Geräte bezogen. Aber auch für die Elektrizitätserzeuger selbst (31,5%), den Maschinenbau (22,1%) und die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (5,3%) waren die Geräte ein wichtiges Vorprodukt für die eigene Produktion.

Betriebsstoffe und Verpackung

Natürlich haben die Roh- und Hilfsstoffe und die fremdbezogenen Vorprodukte, die als Haupt- oder Nebenbestandteil in die Endprodukte eingehen, mit 90,9% (1 082 Mrd. DM) den höchsten Anteil am gesamten Warenbezug. 40,5 Mrd. DM oder 3,4% des gesamten Materialbedarfs

Tabelle 2: Material- und Wareneingang 1998 nach Güterabteilungen für ausgewählte Wirtschaftsabteilungen
Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
Mill. DM

Güterabteilungen ¹⁾	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Ernährungsgewerbe	Chemische Industrie	Metallerzeugung und -bearbeitung	Herstellung von Metall-erzeugnissen	Maschinenbau	Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. Ä.	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen
Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	46 449,3	42 692,5	796,7	-	-	-	-	.
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	3 174,4	-	.	-	-	-	.	-
Fische und Fischereierzeugnisse	272,5	272,3	.	-	-	-	-	-
Kohle und Torf	1 149,8	.	94,8	156,4	-	.	.	-
Erdöl und Erdgas	18 527,8	.	1 147,7	-	.	-	-	-
Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-	-
Erze	3 865,2	-	399,9	3 454,4	-	-	-	-
Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	7 323,5	88,1	897,0	711,5	19,3	27,2	.	.
Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke ...	72 524,2	68 955,1	2 194,5	.	.	34,3	-	-
Tabakerzeugnisse	4 139,5	7,1	-	-	-	.	-	-
Textilien	21 723,8	8,5	388,5	.	142,3	143,4	79,4	1 961,4
Bekleidung	2 589,7	3,9	9,1	-	.	27,5	0,8	.
Leder und Lederwaren	4 308,4	-	0,9	-	6,4	16,8	0,1	411,9
Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren	14 229,1	14,4	18,1	0,3	480,4	74,9	34,6	352,9
Papier	30 095,4	12,7	1 260,9	19,7	41,7	185,4	179,1	25,4
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	7 314,2	10,7	23,1	-	26,6	34,0	7,5	0,0
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	37 602,1	2,9	3 659,4	214,2	18,5	12,6	48,8	35,5
Chemische Erzeugnisse	122 069,1	2 762,1	72 042,8	1 569,6	1 809,0	1 986,8	1 975,4	4 789,8
Gummi- und Kunststoffwaren	55 683,0	366,5	2 131,2	174,5	2 666,0	5 162,1	3 908,3	18 617,3
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden ...	22 899,5	84,4	617,2	719,5	1 169,7	659,5	980,8	2 802,3
Metalle und Halbzeug daraus	137 611,2	.	4 628,6	38 713,2	24 949,9	22 688,4	8 506,4	24 897,6
Metallerzeugnisse	70 368,9	27,5	81,5	430,8	16 724,9	16 689,6	4 121,8	20 070,1
Maschinen und deren Teile	76 508,2	55,5	323,5	575,1	1 834,6	49 215,0	9 080,9	6 590,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	17 340,0	-	29,7	-	6,6	170,7	.	.
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä.	71 320,7	.	167,2	122,1	1 323,0	15 747,2	22 454,8	23 078,9
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte, elektronische Bauelemente .	47 893,4	.	.	.	94,2	2 284,1	14 038,1	5 036,7
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren	19 075,0	7,2	978,5	2,4	84,1	3 473,5	2 793,1	3 518,8
Kraftwagen und Kraftwagenteile	133 840,6	.	-	275,8	230,3	3 656,6	34,6	128 432,2
Sonstige Fahrzeuge	7 843,4	-	-	.	34,4	62,0	.	94,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	13 783,6	98,4	36,7	.	.	8,0	52,3	5 641,1
Energie	7,9	.	2,3	-	-	.
Wasser	106,6	86,4	1,8	.	-	-	-	-
Übrige Rohstoffe, sonstige Vorprodukte sowie Hilfsstoffe	12 713,7	875,0	886,5	613,2	600,7	1 476,6	616,5	3 198,5
Betriebsstoffe (ohne Brenn- und Treibstoffe) ...	64 764,6 ³⁾	16 448,9	10 372,4	4 145,3	2 943,6	4 097,4	2 280,8	9 036,7
Brenn- und Treibstoffe sowie Energie	41 258,2	3 644,8	6 984,8	7 267,6	2 150,2	2 522,0	1 279,5	2 837,5
Insgesamt ...	1 190 803,6	136 532,8	110 243,7	59 238,5	58 131,5	130 459,3	79 533,5	261 434,4

1) Laut Warenverzeichnis für den Material- und Wareneingang im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden (WE 95). – 2) Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. – 3) Ohne die nach Güterarten aufgegliederten Betriebsstoffe des Bergbaus; diese sind in den vorgenannten Güterabteilungen enthalten.

mussten die Firmen allerdings auch für Betriebsstoffe, wie Schmieröle und -fette, Büro- und Werbematerial, Arbeits- und Schutzbekleidung, Reinigungsmaterial u. Ä., aufwenden. Diese Betriebsstoffe gehen nicht in das Produkt ein, sondern werden beim Ablauf des Produktionsprozesses verbraucht oder zur Unterhaltung des Produktionsapparates benötigt. Für Waren im Werte von 100 DM mussten die deutschen Industrieunternehmen 1998 durchschnittlich rund 1,70 DM für *Betriebsstoffe* in ihre Kalkulation einsetzen.

Auch das *Verpackungsmaterial* spielte in einigen Branchen als Kostenfaktor eine nicht unerhebliche Rolle. Im Durchschnitt gaben die Industrieunternehmen 1998 für die Verpackung der Waren etwa 1,10 DM je 100 DM Warenwert aus. Am aufwändigsten verpackt waren die Güter des Ernährungsgewerbes, hier lag der Aufwand für die Verpackung bei knapp 5,90 DM je 100 DM Warenwert.

Überdurchschnittlich hoch waren die Verpackungskosten auch in der Chemischen Industrie (2% des Bruttoproduktionswertes), im Papiergewerbe sowie im Glasgewerbe und der Keramik mit jeweils 1,4%.

Brenn- und Treibstoffe, Energie

Rund 41,3 Mrd. DM wendeten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes 1998 für Brenn- und Treibstoffe sowie Energie auf; dies waren 3,5% des gesamten Wareneingangs. Für ein Produkt im Wert von 100 DM mussten die deutschen Industrieunternehmen 1,76 DM für den Bezug von Energie ausgeben. Wichtigste Energieart war 1998 der elektrische Strom. 54% aller Energieausgaben wurden 1998 von der Industrie an die Stromerzeuger überwiesen. Elektrischer Strom war 1998 nicht nur für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt, sondern

Tabelle 3: Material- und Wareneingang an Brenn- und Treibstoffen sowie an Energie 1998 nach ausgewählten Wirtschaftsabteilungen
Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Wirtschaftsabteilung	Brenn- und Treibstoffe sowie Energie										
	insgesamt	Feste Brennstoffe		Flüssige Brenn- und Treibstoffe		Gas		Elektrischer Strom		Fernwärme (Dampf und Pressluft)	
	Mill. DM		%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	599,3	34,3	5,7	223,1	37,2	63,9	10,7	268,2	44,7	9,8	1,6
Ernährungsgewerbe	3 644,8	67,4	1,8	791,3	21,7	921,7	25,3	1 791,8	49,2	72,7	2,0
Papiergewerbe	2 309,3	108,7	4,7	133,9	5,8	784,0	33,9	1 165,6	50,5	117,1	5,1
Chemische Industrie	6 984,8	162,8	2,3	880,6	12,6	1 855,9	26,6	3 138,8	44,9	946,6	13,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1 905,2	5,1	0,3	155,4	8,2	281,6	14,8	1 401,3	73,6	61,8	3,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 662,7	383,8	10,5	570,6	15,6	1 079,9	29,5	1 596,0	43,6	32,4	0,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	7 267,6	2 046,5	28,2	427,1	5,9	1 472,7	20,3	3 231,6	44,5	89,8	1,2
Herstellung von Metallerzeugnissen	2 150,2	4,3	0,2	289,5	13,5	441,2	20,5	1 394,6	64,9	20,7	1,0
Maschinenbau	2 522,0	16,4	0,7	387,8	15,4	391,3	15,5	1 640,6	65,1	85,9	3,4
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	1 279,5	1,0	0,1	204,6	16,0	134,1	10,5	911,3	71,2	28,5	2,2
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2 837,5	8,9	0,3	370,2	13,0	414,5	14,6	1 719,3	60,6	324,7	11,4
Recycling	94,6	1,8	1,9	36,1	38,1	8,3	8,8	46,7	49,4	1,7	1,7
Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾ ...	41 258,2	2 860,7	6,9	5 384,7	13,1	8 639,8	20,9	22 283,3	54,0	2 089,6	5,1

1) Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

auch für alle Wirtschaftsabteilungen der wichtigste Energieträger. Hauptabnehmer von elektrischem Strom waren die Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung (3,2 Mrd. DM) und der Chemischen Industrie (3,1 Mrd. DM). Beide Branchen zusammen verbrauchten nahezu 29% des gesamten an die Industrie gelieferten Stroms.

Aber auch Gas hatte 1998 mit einem Anteil von 20,9% – gemessen an den gesamten Energieausgaben der Industrie – eine große Bedeutung als Energieträger (8,6 Mrd. DM). Auch bei dieser Energieart waren die Chemische Industrie (1,9 Mrd. DM) und die Metallerzeugung und -bearbeitung (1,5 Mrd. DM) die größten Abnehmer.

Die flüssigen Brenn- und Treibstoffe erzielten 1998 mit 5,4 Mrd. DM einen Anteil von 13,1% aller Energieausgaben. Mit 38,1% – gemessen an den Energieausgaben – hatte diese Energieart beim Recycling und bei der

Gewinnung von Steinen und Erden (37,2%) die größte Bedeutung.

Feste Brennstoffe sind insbesondere bei der Metallerzeugung und -bearbeitung von großer Bedeutung. Von den 2,9 Mrd. DM Ausgaben für feste Brennstoffe, die von der Industrie 1998 getätigt wurden, entfielen allein 2 Mrd. DM (71,5%) auf diese Branche. Daneben kauften lediglich Unternehmen des Glasgewerbes, der Keramik und der Verarbeitung von Steinen und Erden in größerem Umfang feste Brennstoffe.

Von den 2,1 Mrd. DM, die von der Industrie für Fernwärme ausgegeben wurden, entfiel der größte Teil auf die Chemische Industrie (45,3%) und auf die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (15,5%). Gemessen an den gesamten Energieausgaben des Verarbeitenden Gewerbes hatte die Fernwärme mit 5,1% von allen Energieträgern 1998 den geringsten Anteil. ■

Anhangtabelle: Material- und Wareneingang 1998 nach Wirtschafts- und Güterabteilungen
Mill. DM

Güterabteilungen	Wirtschaftsabteilungen										
	Kohlen- bergbau, Torf- gewinnung	Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienst- leistungen	Bergbau auf Uran- und Thorium- erze	Erzbergbau	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungs- gewerbe	Tabakver- arbeitung	Textil- gewerbe	Be- kleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	
Nr.	Bezeichnung	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	4,4	-	-	-	-	42 692,5	1 485,3	891,8	29,8	19,9
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	0,0	-	-	-	-	-	-	-	.
05	Fische und Fischereierzeugnisse	-	-	-	-	-	272,3	-	-	-	-
10	Kohle und Torf	715,0	-	-	-	5,8	.	-	-	.	-
11	Erdöl und Erdgas	-	-	-	.	-	-	-	-
12	Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
13	Erze	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
14	Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	20,6	.	-	-	866,1	88,1	-	1,0	-	-
15	Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke ..	.	-	-	-	-	68 955,1	-	90,8	2,2	334,2
16	Tabakerzeugnisse	-	-	-	-	-	7,1	3 614,2	-	-	-
17	Textilien	17,0	-	-	-	.	8,5	-	8 677,7	6 731,7	210,3
18	Bekleidung	25,3	0,8	-	-	-	3,9	-	116,8	2 383,4	8,6
19	Leder und Lederwaren	-	-	-	-	.	6,6	125,7	2 823,6
20	Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren	4,1	.	-	-	.	14,4	.	17,9	.	10,4
21	Papier	2,2	-	-	-	12,7	261,8	61,2	3,1	8,3
22	Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	-	-	-	-	10,7	-	.	.	11,9
23	Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	40,0	1,6	-	-	49,7	2,9	-	-	.	-
24	Chemische Erzeugnisse	239,7	26,8	-	-	23,9	2 762,1	229,3	3 403,3	44,7	188,5
25	Gummi- und Kunststoffwaren	179,3	5,5	-	-	.	366,5	-	434,2	125,5	199,8
26	Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden .	176,2	0,6	-	-	352,9	84,4	-	236,1	.	0,5
27	Metalle und Halbzeug daraus	151,6	11,8	-	-	.	.	-	31,0	-	14,2
28	Metallerzeugnisse	550,7	61,3	-	-	.	27,5	.	47,6	112,1	86,4
29	Maschinen und deren Teile	746,8	45,0	-	-	.	55,5	-	19,9	.	.
30	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	25,7	0,6	-	-	-	-	-	-	.	.
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä.	194,5	19,2	-	-	-	.	-	10,7	.	.
32	Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte, elektronische Bauelemente	.	.	-	-	-	.	-	-	-	.
33	Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren	19,9	.	-	-	-	7,2	-	33,7	7,1	3,7
34	Kraftwagen und Kraftwagenteile	-	-	.	.	-	-	-	.
35	Sonstige Fahrzeuge	40,0	.	-	-	-	-	-	-	-	-
36	Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren, sonstige Erzeugnisse	-	-	-	-	98,4	.	98,7	318,2	31,7
40	Energie	-	-	.	.	-	-	-	-
41	Wasser	9,5	3,0	-	-	-	86,4	-	.	-	.
	Übrige Rohstoffe, sonstige Vorprodukte sowie Hilfsstoffe	1,6	-	-	15,6	875,0	.	138,1	41,6	84,6
	Betriebsstoffe (ohne Brenn- und Treibstoffe) ¹⁾	58,7	.	-	-	384,7	16 448,9	500,0	732,4	268,5	107,5
	Brenn- und Treibstoffe sowie Energie	1 108,7	.	-	-	599,3	3 644,8	52,2	796,4	105,4	58,4
	Material- und Wareneingang insgesamt	4 818,2	701,7	-	-	2 388,7	136 532,8	6 210,7	15 850,6	10 329,8	4 218,2

1) Die von den Wirtschaftsabteilungen 10 – 13 bezogenen Betriebsstoffe werden den jeweiligen Gütergruppen zugeschlagen, soweit sie nach Warenarten gegliedert gemeldet worden sind.

noch: Material- und Wareneingang 1998 nach Wirtschafts- und Güterabteilungen
Mill. DM

Güterabteilungen	Wirtschaftsabteilungen										
	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	Papier- gewerbe	Verlags-, Druck- gewerbe, Vervielfältigung	Kokerei, Mineralöl- verarbeit- ung, Herstellung von Brutstoffen	Chemische Industrie	Herstellung von Gummi- und Kunststoff- waren	Glas- gewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	Metall- erzeugung und -bearbei- tung	Herstellung von Metall- erzeug- nissen	Maschinen- bau	
Nr.	Bezeichnung	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	-	.	-	-	796,7	490,9	.	-	-	-
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	2 512,5	514,4	-	-	.	-	-	-	-	-
05	Fische und Fischereierzeugnisse	-	-	-	-	.	-	-	-	-	-
10	Kohle und Torf	-	-	-	.	94,8	-	14,2	156,4	-	.
11	Erdöl und Erdgas	-	-	-	16 930,9	1 147,7	-	.	-	.	-
12	Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
13	Erze	-	-	-	-	399,9	-	9,7	3 454,4	-	-
14	Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	19,0	582,2	-	-	897,0	64,6	3 971,4	711,5	19,3	27,2
15	Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke ..	-	142,0	-	.	2 194,5	.	7,1	.	.	34,3
16	Tabakerzeugnisse	-	-	-	.	-	.	-	-	-	.
17	Textilien	75,1	150,6	42,3	-	388,5	1 278,0	366,6	.	142,3	143,4
18	Bekleidung	-	.	-	9,1	.	.	-	.	27,5
19	Leder und Lederwaren	56,0	30,2	4,5	-	0,9	40,6	-	-	6,4	16,8
20	Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren	7 845,6	32,6	.	-	18,1	275,8	104,2	0,3	480,4	74,9
21	Papier	604,2	15 590,0	10 650,9	-	1 260,9	708,7	220,5	19,7	41,7	185,4
22	Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	399,3	6 639,1	-	23,1	11,7	45,8	-	26,6	34,0
23	Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	4,3	.	-	33 145,6	3 659,4	2,8	168,9	214,2	18,5	12,6
24	Chemische Erzeugnisse	1 281,1	3 930,6	1 603,5	929,4	72 042,8	16 644,6	2 443,6	1 569,6	1 809,0	1 986,8
25	Gummi- und Kunststoffwaren	923,4	1 013,5	362,6	.	2 131,2	14 497,8	810,2	174,5	2 666,0	5 162,1
26	Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden .	561,8	9,5	0,8	.	617,2	644,1	12 052,6	719,5	1 169,7	659,5
27	Metalle und Halbzeug daraus	268,8	197,9	93,2	73,5	4 628,6	2 595,5	908,5	38 713,2	24 949,9	22 688,4
28	Metallerzeugnisse	957,8	78,0	11,3	-	81,5	2 141,5	899,4	430,8	16 724,9	16 689,6
29	Maschinen und deren Teile	47,0	296,1	30,2	.	323,5	638,2	150,5	575,1	1 834,6	49 215,0
30	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	2,2	43,0	-	29,7	142,9	-	-	6,6	170,7
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä.	56,4	.	0,6	.	167,2	265,4	409,9	122,1	1 323,0	15 747,2
32	Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte, elektronische Bauelemente	-	-	95,1	.	.	108,5	19,5	.	94,2	2 284,1
33	Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren	.	37,8	-	-	978,5	77,4	42,7	2,4	84,1	3 473,5
34	Kraftwagen und Kraftwagenteile	-	.	.	-	170,7	.	275,8	230,3	3 656,6
35	Sonstige Fahrzeuge	-	-	-	-	-	-	-	.	34,4	62,0
36	Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren, sonstige Erzeugnisse	144,7	19,9	14,6	-	36,7	45,1	35,3	.	.	8,0
40	Energie	-	-	-	.	7,9	-	.	.	2,3	-
41	Wasser	-	-	-	-	1,8	.	4,1	.	-	-
	Übrige Rohstoffe, sonstige Vorprodukte sowie Hilfsstoffe	148,7	243,8	234,9	1 031,3	886,5	529,2	396,3	613,2	600,7	1 476,6
	Betriebsstoffe (ohne Brenn- und Treibstoffe) ¹⁾	541,0	1 868,6	759,1	582,5	10 372,4	2 487,1	2 744,9	4 145,3	2 943,6	4 097,4
	Brenn- und Treibstoffe sowie Energie	653,3	2 309,3	672,2	626,1	6 984,8	1 905,2	3 662,7	7 267,6	2 150,2	2 522,0
	Material- und Wareneingang insgesamt	16 709,9	27 457,2	21 262,2	55 186,7	110 243,7	45 769,7	29 504,1	59 238,5	58 131,5	130 459,3

1) Die von den Wirtschaftsabteilungen 10 – 13 bezogenen Betriebsstoffe werden den jeweiligen Gütergruppen zugeschlagen, soweit sie nach Warenarten gegliedert gemeldet worden sind.

noch: Material- und Wareneingang 1998 nach Wirtschafts- und Güterabteilungen
Mill. DM

Güterabteilungen		Wirtschaftsabteilungen								
		Herstellung von Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräten und -einrich- tungen	Herstellung von Geräten der Elektrizi- tätserzeu- gung, -ver- teilung u. Ä.	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichten- technik	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- teilen	Sonstiger Fahrzeug- bau	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumente, Sportgeräte usw.	Recycling	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
Nr.	Bezeichnung	30	31	32	33	34	35	36	37	insgesamt (10 – 37)
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	-	-	-	-	.	-	36,6	.	46 449,3
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	-	.	-	-	-	-	108,7	-	3 174,4
05	Fische und Fischereierzeugnisse	-	-	-	-	-	-	.	-	.
10	Kohle und Torf	-	.	-	-	-	-	-	-	1 149,8
11	Erdöl und Erdgas	-	-	-	.	-	-	-	-	18 527,8
12	Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-	-	-
13	Erze	-	-	.	.	-	-	-	-	3 865,2
14	Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	-	.	-	.	.	.	45,6	1,8	7 323,5
15	Nahrungs- und Futtermittel sowie Getränke ..	-	-	-	-	-	.	10,5	-	72 524,2
16	Tabakerzeugnisse	-	-	-	-	-	-	-	-	4 139,5
17	Textilien	79,4	.	88,8	1 961,4	15,8	1 326,7	3,5	21 723,8
18	Bekleidung	-	0,8	.	2,8	.	.	3,5	2,7	2 589,7
19	Leder und Lederwaren	-	0,1	0,3	22,6	411,9	2,5	745,3	-	4 308,4
20	Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren	34,6	5,4	17,9	352,9	123,3	4 804,7	3,6	14 229,1
21	Papier	2,2	179,1	40,4	.	25,4	.	152,0	22,8	30 095,4
22	Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	9,4	7,5	3,3	44,9	0,0	0,6	38,0	2,5	7 314,2
23	Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	-	48,8	.	15,1	35,5	0,8	154,8	.	37 602,1
24	Chemische Erzeugnisse	753,4	1 975,4	713,9	1 001,0	4 789,8	378,4	1 293,0	4,9	122 069,1
25	Gummi- und Kunststoffwaren	300,3	3 908,3	630,1	946,1	18 617,3	362,5	1 834,5	25,4	55 683,0
26	Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden .	1,8	980,8	726,9	612,4	2 802,3	65,7	403,6	17,1	22 899,5
27	Metalle und Halbzeug daraus	199,3	8 506,4	714,8	1 774,4	24 897,6	2 580,4	2 489,9	1 096,6	137 611,2
28	Metallerzeugnisse	449,2	4 121,8	586,2	1 486,6	20 070,1	1 626,9	3 095,8	31,5	70 368,9
29	Maschinen und deren Teile	708,7	9 080,9	369,4	1 199,8	6 590,4	3 228,2	1 340,7	4,0	76 508,2
30	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	9 570,8	.	548,7	161,3	.	22,0	.	11,3	17 340,0
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä.	640,1	22 454,8	3 750,2	1 587,2	23 078,9	1 078,5	395,4	5,2	71 320,7
32	Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte, elektronische Bauelemente	3 193,1	14 038,1	18 717,7	3 259,9	5 036,7	810,4	76,8	1,4	47 893,4
33	Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren	812,8	2 793,1	745,5	5 724,8	3 518,8	620,8	81,5	-	19 075,0
34	Kraftwagen und Kraftwagenteile	34,6	17,9	.	128 432,2	58,0	43,5	21,6	133 840,6
35	Sonstige Fahrzeuge	-	.	-	254,5	94,9	6 908,3	-	0,7	7 843,4
36	Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren, sonstige Erzeugnisse	13,5	52,3	.	84,7	5 641,1	72,1	6 281,8	0,0	13 783,6
40	Energie	-	-	.	.	.	-	-	-	.
41	Wasser	-	-	-	-	-	-	-	-	106,6
	Übrige Rohstoffe, sonstige Vorprodukte sowie Hilfsstoffe	140,9	616,5	369,3	326,3	3 198,5	280,9	392,0	3,5	12 713,7
	Betriebsstoffe (ohne Brenn- und Treibstoffe) ¹⁾	.	2 280,8	992,7	1 038,5	9 036,7	455,2	1 141,9	52,0	64 764,6
	Brenn- und Treibstoffe sowie Energie	1 279,5	433,2	364,3	2 837,5	365,6	606,0	94,6	41 258,2
	Material- und Wareneingang insgesamt	17 615,7	79 533,5	29 390,2	20 447,1	261 434,4	19 058,8	26 904,1	1 406,6	1 190 803,6

1) Die von den Wirtschaftsabteilungen 10 – 13 bezogenen Betriebsstoffe werden den jeweiligen Gütergruppen zugeschlagen, soweit sie nach Warenarten gegliedert gemeldet worden sind.

Entwicklungen im deutschen Außenhandel 2000

Der deutsche Außenhandel profitierte im Jahr 2000 von einem außerordentlich günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld. Dieses war geprägt von einem verstärkten Wirtschaftswachstum in den europäischen Ländern und der kräftigen Nachfrage auf wichtigen Drittlandsmärkten wie den Vereinigten Staaten und Asien. Insbesondere die ASEAN-Ländergruppe war im Berichtsjahr wieder ein attraktiver Absatzmarkt für deutsche Exportgüter.

Die Exporte expandierten nach den bisher vorliegenden Ergebnissen im Zeitraum Januar bis November 2000 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum mit der Rekord-Wachstumsrate von nominal 17,5%. Noch stärker legten im gleichen Zeitraum die nominalen Einfuhren mit einem Zuwachs um 22,3% zu. Hier fiel aber auch die Erhöhung der Einfuhrpreise stark ins Gewicht. In den ersten elf Monaten des Jahres 2000 betrug der Wert der Ausfuhren 1 069,5 Mrd. DM; damit wurde erstmals ein Jahresausfuhrwert von 1 Billion DM erreicht bzw. übertroffen. Die Einfuhren beliefen sich im gleichen Zeitraum auf 969,1 Mrd. DM.

Dipl.-Volkswirt Andreas Kuhn

Der deutsche Außenhandel als Stütze des Wirtschaftswachstums

Der deutsche Außenhandel profitierte im Jahr 2000 von einem außerordentlich günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld. Dieses war geprägt von einem verstärkten Wirtschaftswachstum in den europäischen Ländern und der kräftigen Nachfrage auf wichtigen Drittlandsmärkten wie den Vereinigten Staaten und Asien. Der boomende deutsche Export fügt sich in das Bild eines expandierenden Welthandels. So rechnet die Welthandelsorganisation World Trade Organization (WTO) für das Jahr 2000 mit einem Zuwachs des weltweiten Warenhandels um rund 10%, womit die Zuwachsrate des Vorjahres um das Doppelte übertroffen würde.¹⁾ Gestützt wurde der lebhafteste deutsche Export durch eine verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf den Auslandsmärkten, die auf die Schwäche des Euro und moderate inländische Lohnabschlüsse zurückzuführen war.

Der Beitrag beschreibt zunächst die Grundtendenzen des deutschen Außenhandels und stellt anschließend den Außenhandel mit ausgewählten Ländern bzw. Ländergruppen dar. Schließlich zeigt er, welche Warenarten den Außenhandel bestimmen. Am Ende wird ein kurzer Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung des deutschen Außenhandels gegeben.

Der Außenhandel war im Jahr 2000 eine der Triebfedern des kräftigen deutschen Wirtschaftswachstums: Der Außenbeitrag (Exporte – Importe) trug im Jahr 2000 ein knappes Drittel zum realen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes (+3,1% gegenüber 1999) bei und damit ebenso stark wie die privaten Konsumausgaben.²⁾ Eine Betrachtung des Index des Auftragseingangs zeigt, dass die inländische Konjunktur im gesamten Jahr 1999 stärkere Impulse aus dem Ausland als aus dem Inland erhielt, während bis in den Herbst 1999 beide Teilindizes einen nahezu synchronen Verlauf aufgewiesen hatten.

1) Pressemitteilung der WTO vom 20. November 2000.

2) Siehe Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 11. Januar 2001: „3,1% Wirtschaftswachstum im Jahr 2000“. Der Außenbeitrag und seine Komponenten beinhalten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch die Dienstleistungen.

3) Im Jahresdurchschnitt 2000 lag der Index der Ausführpreise um 3,5% über dem Stand des Vorjahres; dies war der stärkste jahresdurchschnittliche Anstieg seit 1984 (siehe Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 25. Januar 2001). Von dort stammt auch die Information zu den Einfuhrpreisen.

Die Exporte expandierten im bislang vorliegenden Zeitraum Januar bis November 2000 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um nominal 17,5% und damit noch weit stärker als im Jahr 1997, das den zuvor höchsten Exportzuwachs aufgewiesen hatte (damals +12,6% gegenüber 1996). Der im Jahresverlauf 2000 eingetretene Anstieg der Außenhandelspreise deutet bereits auf gewisse Kapazitätsengpässe in Teilbereichen der deutschen Exportwirtschaft hin.³⁾ Die Einfuhren legten nominal mit einem Zuwachs um 22,3% im Zeitraum Januar bis November 2000 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum noch stärker zu. Hier fiel aber auch die Erhöhung der Einfuhrpreise stark ins Gewicht, die im Jahresdurchschnitt 2000 um 11,2% über dem Vorjahresstand lagen. Dies war der kräftigste Anstieg der Einfuhrpreise seit 1981 (+13,7%).

Im Zeitraum Januar bis November 2000 kamen die Impulse für den deutschen Außenhandel in stärkerem Maß aus den Drittländern. Vor allem die Einfuhr aus den Drittländern entwickelte sich – auch wegen der Preissteigerungen beim Erdöl – weit kräftiger als die Einfuhr aus den Ländern der Europäischen Union (EU). Detaillierte Länderergebnisse lagen bei Redaktionsschluss erst für den Zeitraum Januar bis Oktober 2000 vor; sie werden im zweiten Abschnitt dargestellt.

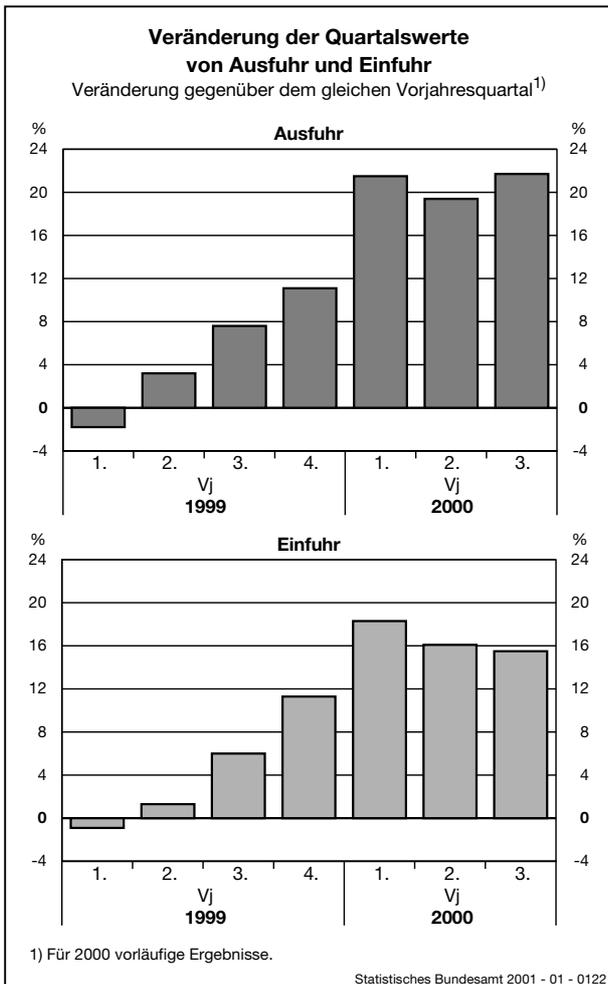
	Veränderungsraten Januar/November 2000 gegenüber Januar/November 1999	
	%	
	Ausfuhr	Einfuhr
EU-Länder	+ 15,2	+ 16,5
Drittländer	+ 20,6	+ 30,3
Insgesamt ...	+ 17,5	+ 22,3

Kräftige Expansion des Außenhandels seit dem vierten Quartal 1999

In den ersten elf Monaten des Jahres 2000 betrug der Wert der Ausfuhren 1 069,5 Mrd. DM; damit wurde erst-

mals ein Jahresausfuhrwert von 1 Billion DM erreicht bzw. übertroffen. Die Einfuhren beliefen sich im gleichen Zeitraum auf 969,1 Mrd. DM. Begünstigt wurden die deutschen Ausfuhren im Berichtsjahr von der *Euro-Schwäche*: Während der Euro-Durchschnittskurs in allen Monaten des Jahres 1999 noch über 1 US-Dollar lag, sank er im Jahresverlauf 2000 stetig, erreichte im Oktober 2000 mit 0,86 US-Dollar seinen Tiefpunkt und stieg anschließend wieder leicht, da sich zu diesem Zeitpunkt das Wirtschaftsklima in den Vereinigten Staaten abschwächte. Ende Januar 2001 entsprach ein Euro wieder mehr als 0,90 US-Dollar. Die Entwicklung des Euro-Außenwertes gegenüber dem US-Dollar spiegelt somit die Verringerung des Wachstumsunterschieds zwischen der Euro-Region und den Vereinigten Staaten wider.

Schaubild 1

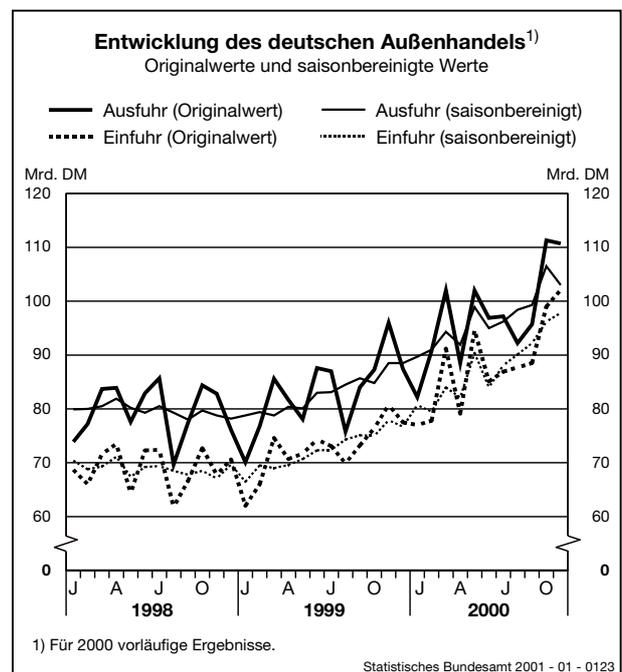


Aufgrund des schwachen Euro, der gestiegenen Ölpreise und der daraus resultierenden Verteuerung zahlreicher Vorprodukte – beispielsweise für die chemische Industrie – stiegen die Importpreise und damit die nominalen Importe kräftig an. Im Zeitraum Januar bis November 2000 erhöhten sich die Einfuhren gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 176,6 Mrd. DM, die Ausfuhren hingegen nur um 159,4 Mrd. DM. Daraus resul-

tierte eine Verringerung des Ausfuhrüberschusses um 17,2 Mrd. DM auf nun 100,4 Mrd. DM.

Eine mittelfristige Betrachtung der Quartalsergebnisse zeigt, dass der Außenhandel in beiden Verkehrsrichtungen nach den schwächeren ersten beiden Quartalen des Jahres 1999 deutlich an Schwung gewonnen hat; seit dem dritten Quartal 1999 lagen die Zuwächse gegenüber dem Vorjahresquartal durchweg oberhalb 10%. Die höchsten Zuwächse stellten sich im ersten Quartal 2000 ein (Ausfuhr: +18,3%, Einfuhr: +21,5%); im zweiten und dritten Quartal sanken die Zuwachsraten geringfügig (siehe Schaubild 1). Schaubild 2 verdeutlicht allerdings, dass die hohen Zuwächse des Berichtsjahres 2000 auch darauf beruhen, dass sich der deutsche Außenhandel im Jahr 1999 – insbesondere in der ersten Jahreshälfte – wenig schwungvoll entwickelt hatte, also ein Basisjahreffekt auftrat.⁴⁾

Schaubild 2



Der Außenhandel mit ausgewählten Ländergruppen und Ländern

Die deutsche Exportwirtschaft profitierte im Jahr 2000 von ihrer Länderstruktur, da der größte Teil der deutschen Ausfuhren in europäische Länder geliefert wird und diese im vergangenen Jahr einen deutlichen konjunkturellen Aufschwung verzeichneten. So belief sich der Anteil der europäischen Länder an den deutschen Ausfuhren im Zeitraum Januar bis Oktober 2000 auf 73,5%, und der Anteil der EU-Länder auf 56,7%. Bemerkenswerterweise ist der deutsche Außenhandel hinsichtlich seiner Länderstruktur gar nicht so stark „globalisiert“: Der Anteil der EU-Länder am Welt-Bruttoinlandsprodukt beläuft sich nämlich nur auf rund 20%.⁵⁾ Da in einem früheren Heft

4) Siehe Koufen, S.: „Entwicklungen im deutschen Außenhandel 1999“ in WiSta 2/2000, S. 847 ff., und Kuhn, A.: „Neue Entwicklungen im Außenhandel mit der Eurozone“ in WiSta 11/2000, S. 105 ff.

5) Siehe Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2000/01: „Chancen auf einen höheren Wachstumspfad“, Tabelle 50 auf S. 162.

dieser Zeitschrift⁶⁾ bereits über die Konjunkturverläufe in verschiedenen EU-Ländern im ersten Halbjahr 2000 berichtet wurde, sei an dieser Stelle nur auf die Streuung der Exportzuwächse in die verschiedenen EU-Länder verwiesen, die von +11,9% für Exporte nach Österreich bis +20,1% für Exporte nach Spanien reichten. Der im Zeitraum Januar bis Oktober 2000 erzielte Anstieg der Exporte in die EU-Länder um 15,5% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum resultierte bei Betrachtung der Quartale aus einem kräftigen Zuwachs im ersten Quartal 2000 (+17,6%). Danach flaute der Exportboom etwas ab (+14,1% im zweiten Quartal 2000, +11,8% im dritten Quartal 2000, jeweils gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal).

Enorme Zuwächse wurden beim Export in wichtige mittel- und osteuropäische Länder erzielt, so bei den Lieferungen nach Polen (+20,3% auf 23,4 Mrd. DM), in die Tschechische Republik (+27,6% auf 20,3 Mrd. DM) und nach Russland (+33,1% auf 10,3 Mrd. DM). In den erstgenannten mitteleuropäischen Ländern hat das Wirtschaftswachstum kräftig an Fahrt gewonnen, und auch in Russland wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr

1999 kräftig, nachdem es ein Jahr zuvor rückläufig gewesen war. Noch stärker nahmen die Einfuhren aus diesen drei Ländern zu, wobei der Einfuhrzuwachs aus Russland (+76,7% auf 22,7 Mrd. DM) auf die erhöhten Rohölpreise zurückzuführen ist.

Ebenfalls zur Expansion des deutschen Außenhandels trug das boomende Exportgeschäft mit den Vereinigten Staaten bei (+21,3% auf 98,6 Mrd. DM), womit sich der Exportanteil dieses Partnerlandes im Berichtszeitraum Januar bis Oktober 2000 auf 10,3% erhöhte (Anteil im gleichen Vorjahreszeitraum: 10,0%). Allerdings flachten die Zuwachsraten bei der Ausfuhr in die Vereinigten Staaten seit dem ersten Quartal des Jahres 2000 ab, was die Abkühlung des Wirtschaftsklimas im Partnerland widerspiegelt.⁷⁾ In ähnlichem Umfang wie die deutschen Exporte in die Vereinigten Staaten nahmen im Berichtszeitraum auch die Importe von dort zu (+23,2% auf 73,6 Mrd. DM). Die deutschen Ausfuhren in die Vereinigten Staaten dürften in nächster Zeit schwächer zulegen, da in das Partnerland traditionell überwiegend Investitionsgüter geliefert werden und dort die privaten Investitionen gegenwärtig nur schwach wachsen. Generell wird

Tabelle 1: Außenhandel nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

Ländergruppe	Ausfuhr				Einfuhr			
	Januar/Oktober 1999	Januar/Oktober 2000 ¹⁾	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahreszeitraum	Anteil Januar/Oktober 2000 an insgesamt	Januar/Oktober 1999	Januar/Oktober 2000 ¹⁾	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahreszeitraum	Anteil Januar/Oktober 2000 an insgesamt
	Mill. DM		%		Mill. DM		%	
Europa	602 624	704 318	+ 16,9	73,5	510 793	608 480	+ 19,1	70,2
darunter:								
EU-Länder	470 772	543 937	+ 15,5	56,7	385 642	449 043	+ 16,4	51,8
darunter:								
Eurozone	362 269	419 338	+ 15,8	43,7	308 603	355 624	+ 15,2	41,0
Frankreich	94 420	109 613	+ 16,1	11,4	73 795	83 015	+ 12,5	9,6
Niederlande	55 102	61 994	+ 12,5	6,5	57 892	76 221	+ 31,7	8,8
Italien	61 253	72 982	+ 19,1	7,6	53 527	58 535	+ 9,4	6,8
Spanien	36 304	43 596	+ 20,1	4,5	23 316	26 390	+ 13,2	3,0
Österreich	45 625	51 071	+ 11,9	5,3	29 347	33 370	+ 13,7	3,8
Belgien und Luxemburg Großbritannien und Nordirland	46 274	52 615	+ 13,7	5,5	36 836	44 234	+ 20,1	5,1
EFTA-Länder ²⁾	69 329	80 202	+ 15,7	8,4	48 960	60 613	+ 23,8	7,0
darunter:								
Norwegen	43 519	49 570	+ 13,9	5,2	38 639	46 976	+ 21,6	5,4
Schweiz	6 222	6 937	+ 11,5	0,7	10 525	15 660	+ 48,8	1,8
Türkei	36 485	41 386	+ 13,4	4,3	27 181	30 219	+ 11,2	3,5
Russland	9 143	13 105	+ 43,3	1,4	9 020	9 925	+ 10,0	1,1
Polen	7 722	10 277	+ 33,1	1,1	12 841	22 692	+ 76,7	2,6
Tschechische Republik ...	19 500	23 449	+ 20,3	2,4	14 584	19 162	+ 31,4	2,2
Ungarn	15 871	20 250	+ 27,6	2,1	15 866	20 516	+ 29,3	2,4
Afrika	13 574	16 501	+ 21,6	1,7	14 379	16 723	+ 16,3	1,9
Amerika	16 038	16 638	+ 3,7	1,7	13 378	19 144	+ 43,1	2,2
dar.: NAFTA-Länder ³⁾	109 502	129 635	+ 18,4	13,5	78 336	95 830	+ 22,3	11,1
dar.: Vereinigte Staaten ..	93 599	113 495	+ 21,3	11,8	66 260	81 477	+ 23,0	9,4
Asien	81 278	98 572	+ 21,3	10,3	59 702	73 557	+ 23,2	8,5
darunter:								
ASEAN-Länder ⁴⁾	78 086	99 025	+ 26,8	10,3	105 725	139 427	+ 31,9	16,1
China ⁵⁾	12 967	17 009	+ 31,2	1,8	18 927	25 682	+ 35,7	3,0
Japan	10 981	14 452	+ 31,6	1,5	21 577	29 281	+ 35,7	3,4
Republik Korea	16 396	21 362	+ 30,3	2,2	34 705	43 175	+ 24,4	5,0
Taiwan	5 023	7 070	+ 40,8	0,7	6 601	9 185	+ 39,1	1,1
Australien und Ozeanien ...	6 821	8 230	+ 20,7	0,9	8 725	11 310	+ 29,6	1,3
Insgesamt ...	6 004	6 575	+ 9,5	0,7	2 718	3 006	+ 10,6	0,3
Insgesamt ...	814 141	958 840	+ 17,8	100	711 805	867 040	+ 21,8	100

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz. – 3) Kanada, Mexiko, Vereinigte Staaten. – 4) Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam. – 5) Ohne Taiwan und Hongkong.

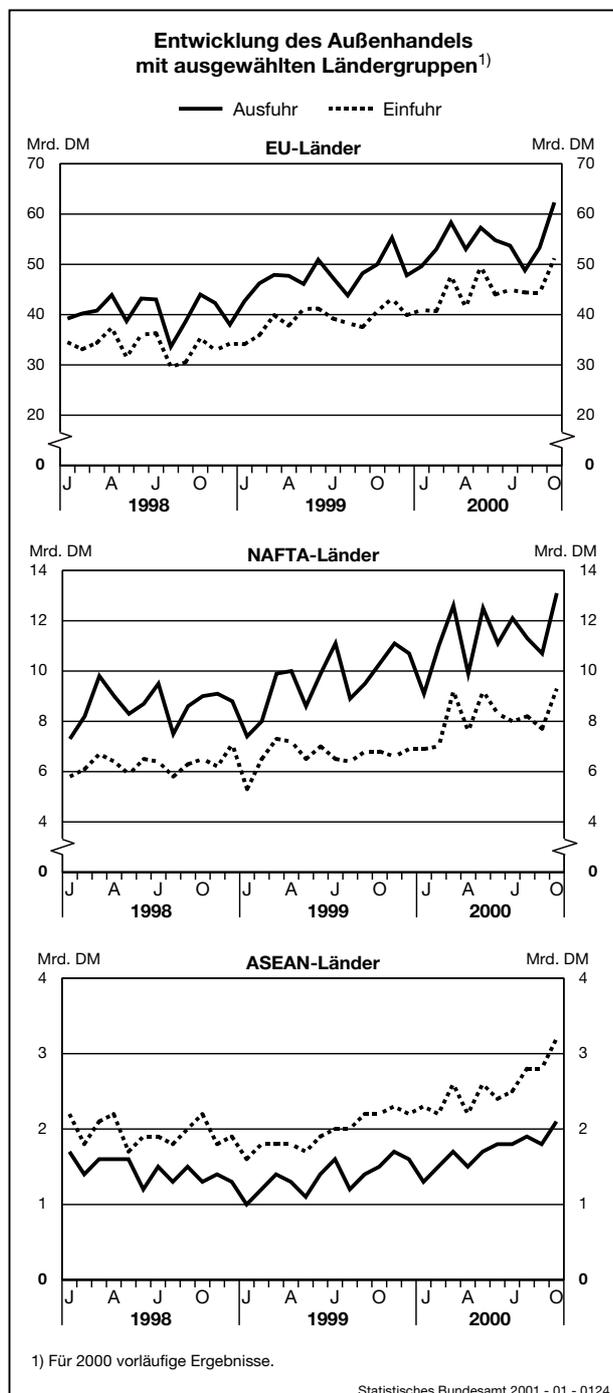
6) Siehe Fußnote 4.

7) Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den Vereinigten Staaten betrug laut Monatsbericht der Europäischen Zentralbank vom Dezember 2000 im zweiten Quartal noch 5,6%, im dritten Quartal nur noch 2,4%.

für das Jahr 2001 ein gegenüber dem Jahr 2000 stark abgeschwächtes Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten prognostiziert.⁸⁾

Wie Tabelle 1 zeigt, hat die deutsche Ausfuhr nach Asien bei einer Betrachtung nach Ländergruppen am stärksten zugenommen (+26,8% auf 99,0 Mrd. DM).

Schaubild 3



Die Überwindung der Wirtschaftsflaute im asiatischen Raum zeigt sich auch beim deutschen Exporterfolg auf den wichtigsten asiatischen Märkten Japan (+30,3% auf 21,4 Mrd. DM) und China (+31,6% auf 14,5 Mrd. DM). Ebenfalls kräftig expandierte die deutsche Ausfuhr in die ASEAN-Ländergruppe (+31,2% auf 17,0 Mrd. DM). Hier ist bemerkenswert, dass sich die deutschen Ausfuhren entgegen dem Trend der deutschen Gesamtausfuhr von Quartal zu Quartal verstärkten. Da allerdings die Einfuhren aus den ASEAN-Ländern im Berichtszeitraum noch stärker wuchsen als die Ausfuhren, erhöhte sich der von Deutschland registrierte Einfuhrüberschuss mit dieser Ländergruppe in den ersten drei Quartalen des Jahres 2000 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 2,4 Mrd. DM auf 7,6 Mrd. DM (siehe Schaubild 3). Wesentlich für den asiatischen Wirtschaftsraum ist die japanische Wirtschaft, die nach Jahren der Stagnation im Jahr 2000 deutliche Anzeichen der Erholung zeigte, deren weitere Aussichten aber angesichts struktureller Schwächen gegenwärtig als unsicher beurteilt werden.⁹⁾

Der Außenhandel nach Warengruppen

Schwerpunkte der deutschen Exportwirtschaft sind traditionell Kraftfahrzeuge, Maschinen und chemische Erzeugnisse. Auf diese drei Produktgruppen entfielen im Zeitraum Januar bis Oktober 2000 44,3% der deutschen Exporte. Die Ergebnisse des Jahres 2000 für Waren werden sich aufgrund von Nachmeldungen zur Außenhandelsstatistik erfahrungsgemäß noch erhöhen; die nach Warengruppen gegliederten Veränderungsdaten zwischen den aktuellen (vorläufigen) Ergebnissen für Januar/Oktober 2000 und den (endgültigen) Ergebnissen für Januar/Oktober 1999 werden damit beim Vorliegen endgültiger Ergebnisse für das Jahr 2000 etwas höher ausfallen. Auffallend ist, dass der Exportzuwachs bei der wichtigsten Gütergruppe, den Kraftwagen und Kraftwagenteilen, mit 13,1% (auf 168,6 Mrd. DM) kräftiger ausfiel als der Zuwachs beim Export von Maschinen (+10,3% auf 135,2 Mrd. DM).

Die Automobilbranche profitierte im gesamten Jahr 2000 von einer lebhaften Auslandsnachfrage, die die schwächere inländische Orderentwicklung kompensierte.¹⁰⁾ Die im Jahr 2000 erzielte Umsatzsteigerung der Automobilindustrie ist letztlich auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen.¹¹⁾ Die Exportquote für den gesamten Kraftwagenbereich beläuft sich nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie derzeit auf zwei Drittel, was die hohe Auslandsorientierung dieses wichtigen Wirtschaftszweiges verdeutlicht. Der Ausfuhrüberschuss bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen konnte im Zeitraum Januar bis Oktober 2000 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum laut Außenhandelsstatistik um 17,3 Mrd. DM auf 92,4 Mrd. DM gesteigert werden.

8) Siehe Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: 5,1% realer Zuwachs im Jahr 2000, 2,3% im Jahr 2001.

9) Siehe Monatsbericht der Europäischen Zentralbank für Dezember 2000, S. 63.

10) Der vom Statistischen Bundesamt berechnete preisbereinigte Umsatzindex für den Fahrzeugbau erhöhte sich im Zeitraum Januar bis November 2000 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum insgesamt um 7,6%. Dieser Anstieg setzte sich aus einem Zuwachs des Inlandsumsatzes um 2,0% und des Auslandsumsatzes um 12,3% zusammen (siehe Fachserie 4 „Produzierendes Gewerbe“, Reihe 2.2 „Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes –, November 2000, S. 98).

11) Siehe Pressemitteilung des Verbandes der Automobilindustrie vom 12. Dezember 2000: „Stabilisierung der inländischen Pkw-Nachfrage zum Jahresende“. Die Angaben, mit deren Hilfe sich die Exportquote berechnen lässt, finden sich auf der Homepage des Verbandes (www.vda.de) und umfassen den Zeitraum Januar bis November 2000.

Tabelle 2: Außenhandel nach ausgewählten Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (Ausgabe 1995)

Warenbenennung	Ausfuhr				Einfuhr			
	Januar/Oktober 1999	Januar/Oktober 2000 ¹⁾	Veränderung gegenüber entsprechen- dem Vorjahres- zeitraum	Anteil Januar/Oktober 2000 an insgesamt	Januar/Oktober 1999	Januar/Oktober 2000 ¹⁾	Veränderung gegenüber entsprechen- dem Vorjahres- zeitraum	Anteil Januar/Oktober 2000 an insgesamt
	Mill. DM		%		Mill. DM		%	
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd; Forstwirtschaftliche Erzeugnisse; Fische und Fischereierzeugnisse	7 109	7 762	+ 9,2	0,8	26 281	24 939	- 5,1	2,9
Erdöl und Erdgas	1 682	2 591	+ 54,0	0,3	26 572	51 284	+ 93,0	5,9
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	31 719	32 570	+ 2,7	3,4	38 733	38 156	- 1,5	4,4
Textilien und Bekleidung	28 612	29 457	+ 3,0	3,1	47 466	49 145	+ 3,5	5,7
Chemische Erzeugnisse	105 050	120 880	+ 15,1	12,6	72 217	78 396	+ 8,6	9,0
Gummi- und Kunststoffwaren	27 229	29 905	+ 9,8	3,1	19 464	20 361	+ 4,6	2,3
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	37 713	47 308	+ 25,4	4,9	35 907	45 273	+ 26,1	5,2
Metallerzeugnisse	26 277	28 640	+ 9,0	3,0	18 017	18 867	+ 4,7	2,2
Maschinen	122 563	135 194	+ 10,3	14,1	52 900	57 618	+ 8,9	6,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	21 076	27 755	+ 31,7	2,9	42 021	46 832	+ 11,4	5,4
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä.	41 905	47 898	+ 14,3	5,0	30 259	37 227	+ 23,0	4,3
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernseh- geräte sowie elektronische Bauelemente ...	36 928	52 111	+ 41,1	5,4	38 496	54 601	+ 41,8	6,3
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren	31 092	35 836	+ 15,3	3,7	20 292	24 260	+ 19,6	2,8
Kraftwagen und Kraftwagenteile	148 989	168 561	+ 13,1	17,6	73 904	76 174	+ 3,1	8,8
Sonstige Fahrzeuge	31 380	37 793	+ 20,4	3,9	27 878	36 051	+ 29,3	4,2

1) Vorläufiges Ergebnis.

Noch deutlicher als die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen legten die Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen zu (+15,1% auf 120,9 Mrd. DM). Nach Angaben des Verbandes der Chemischen Industrie¹²⁾ hatten am guten Auslandsgeschäft der Branche alle wichtigen Regionen Anteil. Besonders stark, nämlich um über 20%, stiegen nach Angaben des Verbandes die Exporte nach Asien, was mit der wirtschaftlichen Erholung dieser Region begründet wurde. Deutliche Zuwächse des produktbezogenen Ausfuhrüberschusses wurden allerdings auch bei den Maschinen (+7,9 Mrd. DM auf 77,6 Mrd. DM) und den chemischen Erzeugnissen (+9,7 Mrd. DM auf 42,5 Mrd. DM) erzielt.

Der höchste Zuwachs bei den Einfuhren stellte sich – bedingt durch die Preissteigerungen – im Berichtszeitraum bei Erdöl und Erdgas ein: +93,0% auf 51,3 Mrd. DM. Damit gehört diese Warengruppe mit einem Anteil von 5,9% an den Einfuhren im Zeitraum Januar bis Oktober 2000 zu den fünf wichtigsten. Wirtschaftsanalytiker sind sich dahingehend einig, dass von den derzeit hohen Ölpreisen zwar dämpfende konjunkturelle Effekte auf das Wirtschaftswachstum ausgehen, die allerdings nicht mehr mit denjenigen vergangener Ölkrisen vergleichbar sind.¹³⁾

Ausblick

Das weltweite Konjunkturklima hat sich zu Beginn des Jahres 2001 gegenüber dem Jahr 2000 etwas abgekühlt. Insbesondere in den Vereinigten Staaten, die in

den vergangenen Jahren Impulsgeber der Weltwirtschaft gewesen sind, hat sich das Wirtschaftswachstum merklich verringert. Die Frage, ob die Wirtschaft der Vereinigten Staaten auf niedrigerem Niveau weiter wachsen oder aber stagnieren wird, wird den Außenwert des Euro und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportprodukte beeinflussen. Sollten die europäischen Volkswirtschaften kräftiger wachsen als die des nordamerikanischen Partnerlandes, wird dies zu einer Aufwertung des Euro führen und damit den deutschen Export tendenziell belasten. Ein Unsicherheitsfaktor ist auch die weitere Entwicklung des Ölpreises, die zu einer Verteuerung der Herstellungskosten in einigen Branchen führen könnte, insbesondere in der für den deutschen Export so wichtigen chemischen Industrie.¹⁴⁾

In den letzten Monaten sind die Prognosen für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland deutlich vorsichtiger ausgefallen; zur Zeit wird damit gerechnet, dass die deutsche Konjunktur an Fahrt verlieren wird und die Binnennachfrage den Export als konjunkturelle Antriebskraft ablösen wird.¹⁵⁾ Aufgrund von Abschwächungstendenzen der Weltkonjunktur, der Aufwertung des Euro und der Unsicherheit über die Entwicklung des Ölpreises wird für 2001 ein geringeres deutsches Exportwachstum prognostiziert als im Jahr 2000. ■

12) Diese Angaben beruhen auf einer Rede des Präsidenten des Verbandes der Chemischen Industrie, Dr. Manfred Schneider, vor der Presse in Frankfurt am 11. Januar 2001.

13) Siehe dazu den Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Nr. 51 vom Dezember 2000.

14) Siehe den Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, a.a.O., im Artikel: „Berlin setzt sich an die Spitze der Konjunktur-Optimisten“.

15) So auch der Tenor des Jahreswirtschaftsberichts des Bundesministeriums der Finanzen laut F.A.Z. vom 19. Januar 2001.

Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet

Ende 2000 wurde mit der Fertigstellung des w3stat-Datenerfassungsprogramms ein wichtiges Etappenziel bei der Online-Datenübermittlung zur Intrahandelsstatistik erreicht. Damit wurde ein entscheidender Schritt in Richtung medienbruchfreie Statistikproduktion getan. Der Aufsatz beschreibt neben den bisherigen Meldewegen die neuen Angebote an die Unternehmen. Dabei wird auch auf die amtsinternen Abläufe und die Integration der neuen Anmeldeformen in das Gesamtsystem der Aufbereitung in der Intrahandelsstatistik eingegangen. Neben der Überarbeitung der Abläufe und der Schaffung von Schnittstellen erfordert das erweiterte Angebot auch Sicherheitskonzepte und schafft neue Verwaltungsvorgänge. Auf diese wird im Abschnitt „Beschreibung der Einzelkomponenten“ näher eingegangen. Im abschließenden Teil dieses Aufsatzes wird die historische Entwicklung von w3stat kurz skizziert und ein Ausblick auf die weiteren geplanten Maßnahmen gegeben.

Dipl.-Wirtschaftsmathematikerin Dorothee Blang

1 Ziel und Zweck des w3stat-Systems

Mit der Fertigstellung und Auslieferung eines neuen Datenerfassungsprogramms für die Intrahandelsstatistik Ende des Jahres 2000 konnte das Statistische Bundesamt die Entwicklung eines Verfahrens abschließen, durch das den auskunftgebenden Unternehmen eine bequeme und zeitgemäße Form der Datenübermittlung über Internet ermöglicht wird. Damit wurde in der Intrahandelsstatistik ein entscheidender Schritt in Richtung medienbruchfreie Statistikproduktion von der Datenerhebung bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse, wie es sich die „Statistik 2000“-Initiative zum Ziel gesetzt hat, getan. In der Vergangenheit wurde zunächst mit der Einführung der Automatisierten Sachbearbeitung im Intrahandel (ASI)¹⁾ die Aufbereitung im Intrahandel automatisiert. Inzwischen werden auch große Teile der Ergebnisse aus der Außenhandelsstatistik auf elektronischen Medien – zum Teil auch über Internet – verbreitet. Mit w3stat wurde nun insbesondere durch den Umstieg vieler kleiner und mittlerer Unternehmen vom Papiervordruck auf die Meldung mit Online-Vordruck die Lücke zur medienbruchfreien Statistik geschlossen. Die Intrahandelsstatistik ist damit der erste Bereich in der amtlichen Statistik, der von der Anmeldung bis zur Veröffentlichung ausschließlich auf elektronischem Weg gestaltet wird. W3stat trägt auch wesentlich dazu bei, die Kernziele der Außenhandelsstatistik mit Leben zu füllen.

1.1 Erhöhung der Akzeptanz durch Entlastung der Befragten

Neben dem Ziel, die Belastung der Auskunftspflichtigen zur Intrahandelsstatistik durch Einführung bzw. Anhebung von Meldeschwellen auf das minimal notwendige Maß zu begrenzen, entwickelte die Außenhandelsstatistik bereits in der Vergangenheit Anmeldeverfahren, die die Belastung der Meldepflichtigen auch durch die Nutzung technologischer Entwicklungen weiter reduzie-

ren. Das Angebot, Meldungen zum Intrahandel im Rahmen von w3stat per Internet abzugeben, ist ein weiterer Meilenstein, der der ständig wachsenden Zahl von Internetnutzern unter den meldepflichtigen Unternehmen eine Erleichterung bei der Übermittlung der Daten bietet.

1.2 Aktualitäts- und Qualitätsgewinn

Neben der Entlastung der meldenden Unternehmen werden durch die Nutzung des Übertragungsweges „Internet“ gleichzeitig Verbesserungen hinsichtlich der Aktualität und der Qualität der Außenhandelsstatistik erzielt. Der Aktualitätsgewinn ergibt sich zum einen aus der kürzeren Laufzeit der Meldung zwischen Unternehmen und Statistischem Bundesamt und zum anderen aus der kürzeren Verarbeitungszeit innerhalb des Statistischen Bundesamtes.

Ein Qualitäts- und Aktualitätsgewinn wird dadurch erzielt, dass das w3stat-eigene Erfassungsprogramm Fehler, die bisher erst im Rahmen des Aufbereitungsprozesses erkannt werden konnten, nun unmittelbar bei der Eingabe der Daten ausschließt. Damit ist bereits in der Anmeldephase im Dialogverfahren die Möglichkeit gegeben, die fehlerhaften Daten durch richtige Angaben zu ersetzen.

1.3 Vereinfachung der Arbeitsabläufe

Rationalisierungseffekte ergeben sich durch den Umstieg vieler Kleinanmelder vom Papiervordruck auf den Online-Vordruck und durch eine deutliche Verminderung der Zahl der Diskettenanmeldungen. Das Einspielen der übermittelten Dateien von Diskette in das Datenübernahmesystem erforderte bislang einen hohen personellen Aufwand in der DV-Abteilung des Statistischen Bundesamtes, der beim Internet-Meldeweg entfällt. Da bisher ein Großteil der Diskettenanmelder das Erfassungsprogramm CBS-IRIS nutzte, entstand auch bei der Fachabteilung Arbeitsaufwand durch den Versand der jeweils aktualisierten Programmversion und die Anwenderberatung. Das w3stat-eigene Erfassungsprogramm steht zum Download im Internet bereit, so dass mit dem Umstieg der Nutzer von CBS-IRIS auf w3stat auch hier deutliche Vorteile verbunden sind.

1) Siehe dazu Pfrommer, F./Schmidt, P.: „Die automatisierte Sachbearbeitung in der Intrahandelsstatistik“ in WiSta 1/1997, S. 28 ff.

Beschreibung und Funktion des so genannten w3stat-Systems sind im Internet über die Webadresse <http://w3stat.statistik-bund.de> abrufbar.

2 Ausgangssituation

Mit dem Wegfall der Binnenzollgrenzen innerhalb der Europäischen Union war ab 1993 der statistischen Erfassung des Warenverkehrs zwischen den EU-Staaten mit Hilfe der Begleitpapiere des Zolls die Grundlage entzogen. Das Intrastat-System baute als Nachfolge einen direkten Weg von den Unternehmen zum Statistischen Bundesamt auf. Dieser sah bis Ende 1999 zwei Anmeldeformen vor: den traditionellen Erhebungsbogen in Papierform – den so genannten Vordruck N – und die Verwendung von elektronischen Datenträgern (Magnetbänder und Disketten).

2.1 Vordruck N

Der Erhebungsvordruck auf Papier wurde und wird vorwiegend von Unternehmen genutzt, die nur wenige Warenbewegungen pro Berichtszeitraum anmelden. Dies spiegelt sich auch im Verhältnis von Wert und Anzahl der auf diesem Weg gemeldeten Datensätze wider. Die Zahl der mit Vordruck N gemeldeten Warenbewegungen macht im Eingang ungefähr 16% des Gesamtvolumens aus, während ihr Wert 40% beträgt. In der Versendung liegt der Anteil der so gemeldeten Datensätze bei 13% und ihr Wert bei 37%. Die Bedeutung der Papieranmeldungen ist speziell im Bereich der Intrahandelsstatistik während der letzten Jahre deutlich zurückgegangen. In beiden Verkehrsrichtungen werden weit mehr als 80% auf elektronischem Wege an das Statistische Bundesamt übermittelt. Dabei macht der Anteil der Internet-Meldungen bereits 14% aller Meldungen aus.

Über 80% der auf Papier gemeldeten Warenbewegungen werden mit Hilfe von Beleglesern erfasst. Der nicht lesefähige Rest der Belege muss von Hand erfasst werden. Die erfassten und gegebenenfalls nachbearbeiteten Datensätze werden auf dem Großrechner eingelesen und sofort an die automatisierte Sachbearbeitung (ASI) weitergeleitet. Das Beleglesesystem speichert die gelesenen Datensätze auf einem WINDOWS NT-Rechner, bündelt sie zu Dateien und leitet diese ebenfalls unmittelbar an ASI weiter. Die weitere Bearbeitung unterscheidet nicht mehr nach der Herkunft der Meldungen, sondern ausschließlich nach fachlichen Kriterien.

2.2 Dateimeldungen auf elektronischen Datenträgern

Die Übermittlung von Intrastat-Meldungen mittels magnetischen Datenträgern setzt voraus, dass die gemeldeten Datensätze einem vorgegebenen Satzaufbau entsprechen, um sie innerhalb des Aufbereitungsverfahrens reibungslos und effizient weiterverarbeiten zu können. Jedes Unternehmen, das mit elektronischen Datenträgern zur Intrahandelsstatistik melden möchte, sendet dem Statistischen Bundesamt zunächst eine Testdatei zu, anhand derer geprüft wird, ob die übermittelten Daten problemlos gelesen werden können und dem geforderten Datensatzformat entsprechen. Die Spezifikation

des erforderlichen Satzaufbaus wird allen interessierten Unternehmen auf Anfrage zur Verfügung gestellt. Nach Überprüfung der Testdatei wird eine Materialnummer zur Identifikation der Meldedateien vergeben. Die Zuteilung einer solchen Materialnummer stellt den Startschuss zur Anmeldung zur Intrahandelsstatistik mit magnetischen Datenträgern dar. Durch dieses Verfahren wurde innerhalb der letzten Jahre einer großen Zahl von Auskunftspflichtigen die Meldung auf elektronischem Weg ermöglicht und der Anteil der Papiervordrucke parallel hierzu deutlich gesenkt. Dadurch, dass für die gemeldeten Daten lediglich die Konformität mit einem vorgegebenen Satzformat gefordert wird, können diese aus den unterschiedlichsten Quellen mit beliebiger Software zusammengeführt werden. So können Softwareentwickler Erfassungsprogramme auf dem freien Markt anbieten, die Anbieter von betriebswirtschaftlicher Software die Erstellung von Intrahandelsmeldungen in ihre Produkte integrieren oder auskunftspflichtige Unternehmen die Meldedateien mit Hilfe von Eigenentwicklungen aus ihren betriebswirtschaftlichen Anwendungen heraus generieren.

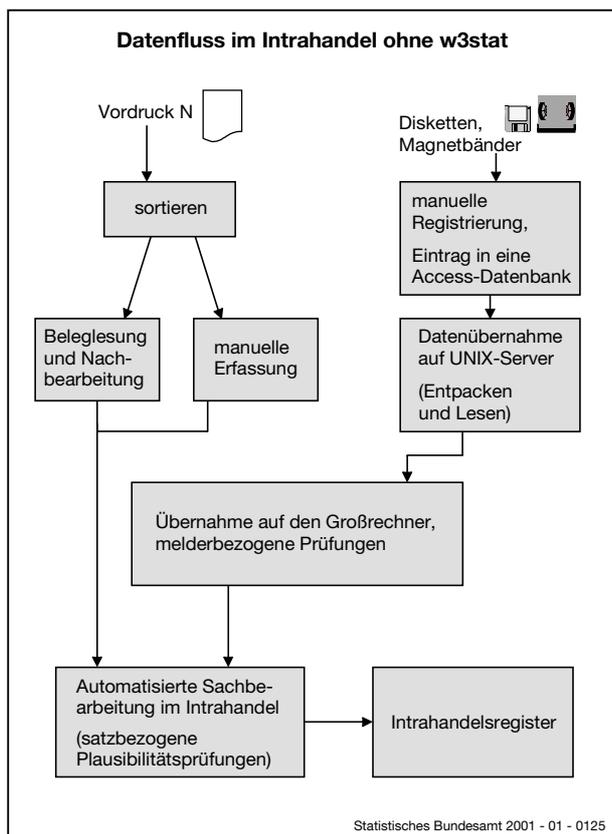
2.3 Spezialfall: CBS-IRIS-Dateien

Zur Erstellung von Meldedateien mit vorgegebenem Satzformat wurde den interessierten Unternehmen bis einschließlich 2000 vom Statistischen Bundesamt gegen eine geringe Schutzgebühr das DOS-Programm CBS-IRIS zur Verfügung gestellt. Mit CBS-IRIS wurden die Warenbewegungen eines Monats in einer Datei gesammelt, deren Name das meldende Unternehmen identifizierte und ein Kennzeichen dafür enthielt, dass es sich um eine IRIS-Datei handelte. Diese Dateien wurden dem Statistischen Bundesamt auf Diskette übersandt. Seit Januar 2000 – nach Freigabe der ersten w3stat-Funktionen – können solche Dateien auch über das Internet übermittelt werden. Der Aufbau des Eingabeformulars von CBS-IRIS war dem Vordruck N nachempfunden. Als Erfassungssoftware bot es aber gegenüber der bloßen Eingabe in ein Formular und dem Speichern der Datensätze in einer Datei einige Zusatzfunktionen, wie das Hinterlegen von Stammdaten für Kunden von Drittanmeldern, das Abspeichern von Umrechnungsformeln und Auswahllisten zu verschiedenen Eingabefeldern.

2.4 Amtsinterne Abläufe und Rückfragemechanismen

Die Materialnummern identifizieren sowohl bei Nutzern von CBS-IRIS als auch bei sonstigen Dateimeldern die Absender der Datenträger, und zwar unabhängig davon, ob es sich um Drittanmelder oder Meldepflichtige handelt. Dabei ist es wichtig, zwischen den Meldepflichtigen und den Auskunftgebenden (also dem, der die Meldung abgibt) unterscheiden zu können. Es ist möglich, dass ein Auskunftgebender mit einer Materialnummer als Drittanmelder für mehrere Mandanten meldet oder dass ein auskunftspflichtiges Unternehmen unter einer Steuernummer, aber von mehreren Standorten aus unter verschiedenen Materialnummern zur Intrahandelsstatistik meldet. Die Meldepflichtigen können über die in den Meldungen enthaltene Steuernummer identifiziert werden, die Auskunftgebenden über die Materialnummer.

Schaubild 1



Die Identifizierung des Absenders eines Datenträgers ist für Rückfragen notwendig. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn Dateien neu angefordert werden müssen, weil die Datenträger sich zum Beispiel im Laufe der Weiterverarbeitung als beschädigt oder nicht lesbar erwiesen haben. Rückfragen beim Meldepflichtigen sind unter anderem dann notwendig, wenn die Meldungen zu einem Berichtsmonat unplausibel sind.

Vor der eigentlichen Verarbeitung eines Datenträgers wird mit Hilfe der außen aufgetragenen Informationen (Steuer-

nummer des Auskunftgebenden, Name des Auskunftgebenden, Materialnummer, Berichtszeitraum, Zahl der Datensätze, Summe der gemeldeten Werte) der Eingang zeitnah in einer Datenbank registriert. Anschließend werden die Datenträger an die Datenübernahme weitergegeben; dort werden sie gelesen, die Dateien werden gegebenenfalls entpackt und mit einem Identifikator versehen. Diese Dateien werden auf den Großrechner übernommen, auf dem sie in Abhängigkeit von ihrer Größe melderbezogene Prüfungen durchlaufen, um eventuelle systematische Fehler aufzudecken. Systematische Fehler auf Seite des meldenden Unternehmens können nur erkannt werden, solange die Meldungen zu Dateien zusammengefasst sind, die einem Unternehmen zugeordnet werden können. Daher kommt der Prüfung auf systematische Fehler in dieser Verarbeitungsstufe eine hohe Bedeutung zu. Werden systematische Fehler festgestellt, so kann im Benehmen mit dem betroffenen Unternehmen schnell Abhilfe geschaffen werden. In der automatisierten Sachbearbeitung werden die Dateien nach Kapiteln des Warenverzeichnisses aufgesplittet und satzweise geprüft.

3 Die Anmeldeformen von w3stat und ihre Integration in das Intrahandelssystem

Neben den bisherigen Möglichkeiten der Meldung zur Intrahandelsstatistik bietet w3stat zwei weitere Meldeformen: das Ausfüllen eines Online-Formulars und die Übermittlung einer Datei per Internet auf den w3stat-Server.

3.1 Vordruck-Online-Meldungen

Das Erfassen und Übermitteln von Intrahandelsdaten mit Hilfe eines Online-Vordrucks ist – genau wie der Vordruck N – insbesondere ein Angebot an Unternehmen, die nur wenige Warenbewegungen pro Monat zu melden haben. Dazu wird auf dem w3stat-Server je ein Formular

Schaubild 2

Auskunftspflichtiger <i>(nur von Drittmeldern auszufüllen):</i>		Eingang		w3stat		
Umsatzst.-Nr. <input type="text"/>	Zusatz <input type="checkbox"/>	Monat <input type="text"/> Jahr <input type="text"/>				
Firma <input type="text"/>		Abteilung <input type="text"/>		- Statistische Meldung - An das Statistische Bundesamt Außenhandelsstatistik D-65180 Wiesbaden		
Ansprechpartner <input type="text"/>		Straße / Postfach <input type="text"/>				
Stadt / Ort <input type="text"/>		Postleitzahl <input type="text"/>				
Warenbezeichnung <input style="width: 100%;" type="text"/>		Pos.-Nr. <input type="text"/>		Wir melden in vollen <input type="text" value="DM"/>		
		Vers.-Land <input type="text"/>	Best.-Reg. <input type="text"/>	Art <input type="text"/>	V <input type="text"/>	Entladehafen <input type="text"/>
		Warennummer <input type="text"/>	Urspr.-Land <input type="text"/>	Statist.Verfahren <input type="text"/>		
		Eigenmasse in kg <input type="text"/>	Besondere Maßeinheit <input type="text"/>			
		Rechnungsbetrag <input type="text"/>	Statistischer Wert <input type="text"/>			
<input type="button" value="Meldung Senden"/>		<input type="button" value="Formular zurücksetzen"/>				

für Eingang und Versendung zur Verfügung gestellt, das in seinem Aufbau im Wesentlichen dem Vordruck N entspricht.

Da bei diesem Verfahren die Auskunftgebenden online mit dem Statistischen Bundesamt verbunden sind, wird in diesem Fall nicht eine Datei vom Rechner des Anmelders auf den Server des Statistischen Bundesamtes übertragen, sondern der Datensatz wird direkt auf dem w3stat-Server erstellt. Somit ist gewährleistet, dass der Satzaufbau dem für die Weiterverarbeitung notwendigen Datensatzformat entspricht. Daher kann in diesem Fall auf das Genehmigungsverfahren durch Übermittlung und Prüfung einer Testdatei verzichtet werden. Es genügt, das unter <https://w3stat.statistik-bund.de> bereitstehende Registrierungsformular auszufüllen, um eine Kennung und ein Passwort für diese Form der Übermittlung von Intrahandelsdaten zu erhalten. Die Kommunikation mit dem w3stat-Server erfolgt verschlüsselt, da es sich bei den übermittelten Daten um vertrauliche Einzelangaben handelt.

3.2 Senden von Meldedateien

Bei der zweiten Meldeform – dem Übermitteln einer Datei per Internet – existiert wie bisher die Möglichkeit, ein vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestelltes Erfassungsprogramm zu nutzen, oder sonstige offline erstellte Dateien zu senden. In beiden Fällen füllen Interessenten das unter <https://w3stat.statistik-bund.de> bereitstehende Registrierungsformular aus. Wer bisher bereits Meldedateien auf Diskette oder Magnetband übermittelt hat, kann wie gewohnt seine Dateien offline erstellen und unter Beibehaltung seiner bisherigen Materialnummer auf eine Internetmeldung umsteigen. Neue Dateimelder senden zunächst unter ihrer Kennung eine Testdatei und erhalten nach Prüfung dieser Datei eine Materialnummer. Die Nutzung des w3stat-eigenen Erfassungsprogramms garantiert – genau wie bisher CBS-IRIS – die Konformität der Datensätze mit dem für die Weiterverarbeitung notwendigen Satzaufbau. Systemanforderungen und Leistungen des Programms werden im Abschnitt „Dialog-Datenerfassungsprogramm“ näher beschrieben.

3.3 Datenfluss und Schnittstelle

Sowohl die Inhalte der Online-Vordrucke als auch die Meldedateien der Internet-Nutzer gehen zunächst verschlüsselt auf dem w3stat-Server des Statistischen Bundesamtes ein. Bei Übernahme auf den internen w3stat-Server werden die Daten entschlüsselt und von XML (Extensible Markup Language) in das für die Weiterverarbeitung notwendige Satzformat umgesetzt. Schnittstelle für alle papierlosen Intrahandelsmeldungen ist das Datenübernahmesystem (DÜS). Die Einspielung der Internet-Dateien in das Datenübernahmesystem wird von einem Sachbearbeiter in der Eingangskontrolle gesteuert. Falls sich beim Entpacken oder bei der Umsetzung von XML in das für die Weiterverarbeitung notwendige Satzformat Probleme ergeben, wird geprüft, ob diese durch die Fachabteilung behoben werden können. Ist dies nicht der Fall, so sind Rückfragen erforderlich, bevor die Dateien nach Bereinigung des Problems ins Datenübernahmesystem übertragen werden können. Alle für die Registrierung relevanten Merkmale der Dateien werden in die

w3stat-Verwaltungsdatenbank übertragen. Genau wie die Dateimeldungen über Diskette oder Magnetband durchlaufen auch die w3stat-Dateimeldungen je nach Zahl der Datensätze auf dem Großrechner meldebezogene Prüfungen, um gegebenenfalls systematische Fehler zu identifizieren.

4 Beschreibung der Einzelkomponenten

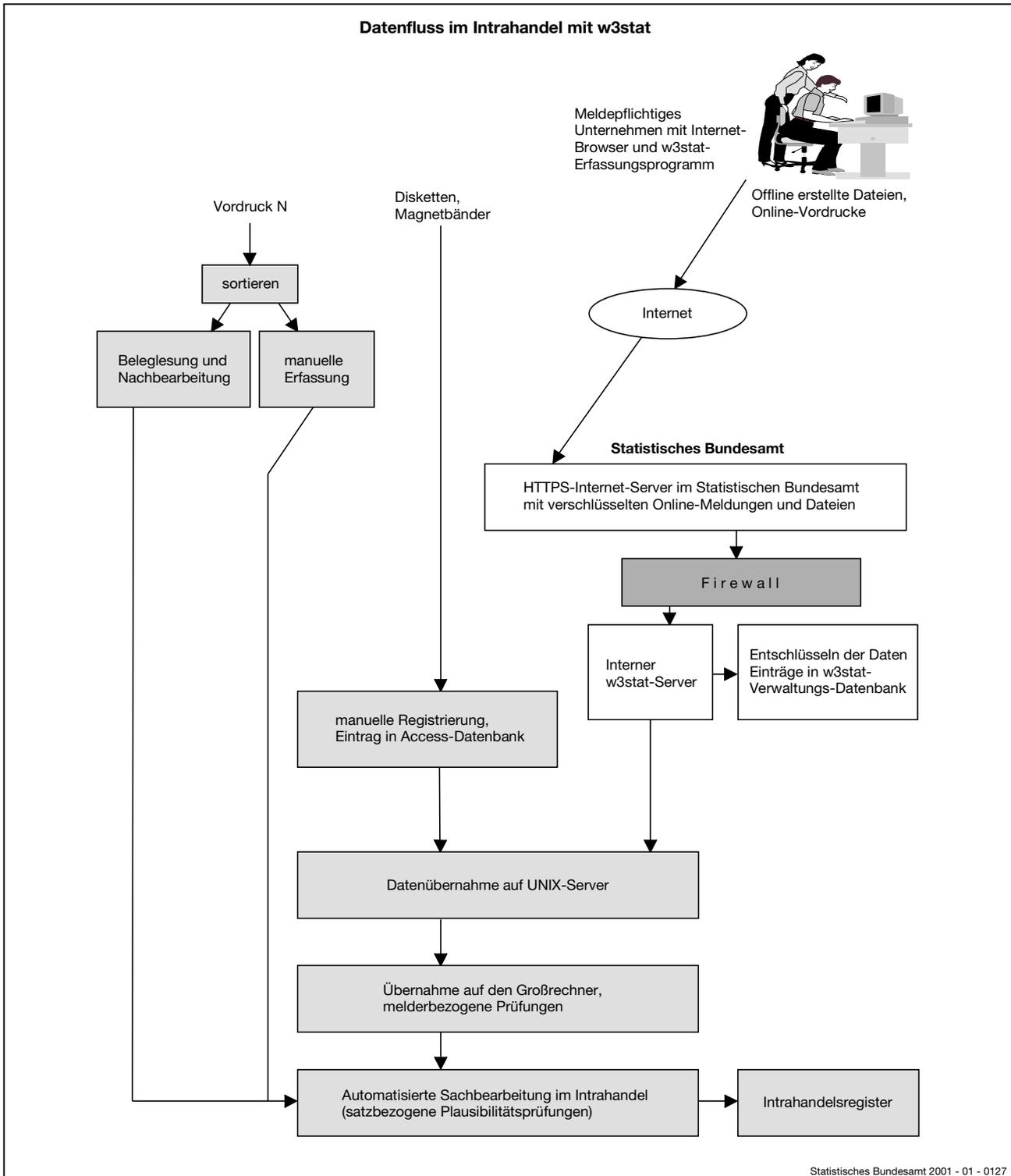
4.1 Internetseiten mit Online-Meldeformularen

Der Zugriff auf die zum w3stat-System gehörenden Internetseiten erfolgt über zwei verschiedene Protokolle unter zwei verschiedenen Adressen. Allgemeine Informationen zu w3stat können unter der Adresse <http://w3stat.statistik-bund.de> durch unverschlüsselte Zugriffe abgerufen werden. Die zugehörigen Seiten enthalten eine Beschreibung der neuen Meldeformen und Hilfestellungen für häufig gestellte Fragen bzw. Hinweise auf Anlaufstellen für die Beantwortung weitergehender Fragen. Ein verschlüsselter Zugriff auf w3stat unter der Adresse <https://w3stat.statistik-bund.de> wird immer dann notwendig, wenn vertrauliche Daten übertragen werden und die Authentisierung von Sender und Empfänger sichergestellt sein muss. Die Internetseiten sind durch Links miteinander verknüpft, so dass der Anwender durch die notwendigen Wechsel zwischen verschlüsselten und unverschlüsselten Zugriffen möglichst nicht belastet wird. Das sichere https-Protokoll wird verwendet, wenn Formulare übermittelt werden, die Unternehmensdaten enthalten, wie Anträge auf einen Gastzugang, Registrieranfragen, Aktualisierungen von Adressinformationen und die Online-Vordrucke für Eingang und Versendung. Außerdem wird dieses Protokoll für die Übermittlung von offline erfassten Meldedateien und das Herunterladen des w3stat-eigenen Erfassungsprogramms eingesetzt.

4.2 w3stat-Verwaltungsdatenbank

Mit der neuen Anmeldeform sind eine Reihe von neuen Verwaltungsaufgaben für die Sachbearbeiter in der Intrahandelsstatistik entstanden. Zunächst sind die Registrieranfragen, die von Interessenten an der neuen Anmeldeform an das Statistische Bundesamt gestellt werden, zu bearbeiten. Diese verschlüsselten Registrieranfragen werden vom w3stat-Internetserver automatisch auf den internen w3stat-Server übertragen und in die Verwaltungsdatenbank eingestellt, so dass die Sachbearbeiter sich die Daten der Interessenten anzeigen lassen und – nach einem Abgleich mit dem Intrahandelsregister – eine neue Kennung vergeben können. Damit wird der Interessent in die Liste der zugelassenen w3stat-Melder aufgenommen, für die neben den Stammdaten auch Kennungen und Meldedateien zu verwalten sind. Auch die Angaben aus den Internetformularen „Gastzugang“, „Aktualisierungen“ und „Bestellung des w3stat-Dialogdatenerfassungsprogramms“ werden automatisch in die w3stat-Verwaltungsdatenbank übertragen, so dass die zuständigen Sachbearbeiter die entsprechenden internen Arbeitsschritte veranlassen können.

Schaubild 3



Der wichtigste Zweig der w3stat-Datenbank sind die Funktionen zur Verwaltung und Überwachung der Online-Meldungen bzw. Meldedateien. Dazu werden in einer Tabelle ähnliche Informationen abgelegt wie beim Eingang der magnetischen Datenträger: Name der Meldedatei (mit Namensbestandteil Materialnummer); Meldezeitpunkt; Kennung, unter der gemeldet wurde; Berichtsmonat, zu dem gemeldet wurde; Größe der Datei; Steuernummer des Melders; Name des Melders; Zahl der Datensätze; Wert der gemeldeten Warenbewegungen

und Status der Datei. Der Status einer Datei gibt Auskunft darüber, ob es sich um eine echte Meldung oder eine Testdatei handelt, und welche Verarbeitungsschritte sie bis zur Schnittstelle zu den sonstigen Dateimeldern bereits durchlaufen hat.

Die Datenbank zur Registrierung der eingehenden magnetischen Datenträger mit der zugehörigen Materialnummern-Verwaltung und die w3stat-Verwaltungsdatenbank sollen im nächsten Entwicklungsschritt im Jahr 2001 zu

einer Anwendung zusammengeführt werden. Die Arbeiten hierzu haben bereits begonnen.

4.3 Dialog-Datenerfassungsprogramm

Das w3stat-Erfassungsprogramm wurde in der Programmiersprache Java als objektorientierte Software entwickelt. Zum Ablauf des Programms wird die Java-Laufzeitumgebung (JRE – Java Runtime Environment) in der Version 1.3 benötigt. Diese wird zusammen mit dem Erfassungsprogramm auf dem Rechner des Anwenders installiert. Es ist möglich, die w3stat-Anwendung als herkömmliches Programm oder als Applet im Internet-Browser ablaufen zu lassen. Systemvoraussetzungen sind ein Pentium II Prozessor mit 233 MHz und ein Hauptspeicher von mindestens 64 MB. Außerdem muss Windows 95/98/2000 oder Windows NT mit einem gängigen Internet-Browser zur Verfügung stehen. Der in der Basisversion benötigte Speicherplatz auf Festplatte beträgt 50 MB. Abhängig vom aufzubereitenden und vorgehaltenen Datenvolumen vergrößert sich dieser Wert.

Das w3stat-Datenerfassungsprogramm ist mandantenfähig, das heißt es kann auch von Drittanmeldern zur Erstellung von Meldungen für mehrere Auskunftspflichtige eingesetzt werden. Dazu können Stammdaten, die in unterschiedlichen Meldungen immer wieder benötigt werden, hinterlegt werden. Das Programm gliedert die Stammdaten in Angaben über die Auskunftspflichtigen, Angaben über die Drittanmelder, Angaben zu Artikeln, Wechselkurse, Berechnungsformeln und Standardvorbelegungen. Zur Sicherung dieser Daten können sie aus dem Erfassungsprogramm exportiert und separat gespeichert werden. Die Erstellung der eigentlichen Meldungen wird durch zahlreiche Hilfsfunktionen unterstützt. So werden für alle Eingabefelder, in die ein Signierschlüssel einzutragen ist, Auswahllisten mit der Bedeutung der Schlüssel angeboten. Dazu gehört auch die Liste aller gültigen Warennummern mit den zugehörigen Langtexten. Die Eingaben der Anwender werden auf Zulässigkeit und Gültigkeit geprüft. Außerdem ist dem Programm im Rahmen des Hilfesystems ein ausführliches Handbuch hinterlegt.

Des Weiteren stehen Funktionen zur Verfügung, die aus den gespeicherten Meldungen Meldungsdateien erzeugen, diese verwalten und gegebenenfalls auch über Internet versenden. Beim Generieren der Meldungsdateien werden die Datensätze verschlüsselt und es wird eine Meldeinformation erstellt, die zur Beschriftung eines Datenträgers dienen kann, falls die Datei nicht über Internet versandt werden soll.

Sowohl die Datensätze in den Meldedateien als auch die Datensätze der Online-Meldungen werden als XML-Dokumente abgelegt. XML steht für Extensible Markup Language. Diese Sprache zur Beschreibung von Dokumenten ist ein offen zugänglicher Standard, das heißt XML-Daten sind unabhängig von einem einzelnen Softwareprodukt oder -anbieter und unabhängig von Betriebssystem und Hardware. Die Verwendung von XML zur Beschreibung der Meldedateien ist somit eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der w3stat-Software hin zu einer Betriebssystem-unabhängigen Anwendung.

4.4 Funktionen zur Sicherheit der Datenübertragung

Bei der Nutzung des Internet als Übertragungsweg für Intrahandelsdaten muss selbstverständlich auch die Frage nach der Sicherheit des Datenaustausches gestellt werden. Dabei geht es um Verbindlichkeit und Vertraulichkeit. Die Vertraulichkeit beim Datenaustausch wird durch Verschlüsselung der Daten erreicht. Dabei wird das SSL-Protokoll (Secure Socket Layer) benutzt, um eine abhörsichere Verbindung zwischen dem Rechner des Melders und dem Server des Statistischen Bundesamtes aufzubauen. In der Vergangenheit wurde eine 40-bit-Verschlüsselung eingesetzt. Obwohl derart gesicherte Daten nur mit hohem Zeit- und Rechneraufwand entschlüsselt werden können, erfolgt seit Januar 2001 die Kryptifizierung mit einem 128-bit-Schlüssel.

Zur Sicherheit einer Verbindung gehört aber nicht nur die Verschlüsselung der übertragenen Daten, sondern auch die Verbindlichkeit, das heißt die Authentisierung beider Teilnehmer. Zunächst muss für den Melder sichergestellt sein, dass er unter der Empfängeradresse <https://w3stat.statistik-bund.de> tatsächlich einen Server des Statistischen Bundesamtes erreicht. Dazu wurden diese Adresse und der dazugehörige Schlüssel von der Firma Werum, die das w3stat-System zusammen mit dem Statistischen Bundesamt entwickelt, zertifiziert. Umgekehrt muss für die Intrahandelsstatistik aber auch sichergestellt sein, dass es sich beim Absender der Meldungen um den in der Verwaltungsdatenbank hinterlegten Inhaber der Steuernummer handelt. Um dies zu gewährleisten, wird den registrierten Interessenten nach Abgleich der Registrieranfrage mit dem Intrahandelsregister die geheime Benutzerkennung mit dem zugehörigen Passwort auf dem Postweg zugesandt. Auf diese Weise kann unter der vergebenen Kennung nur der tatsächliche Inhaber der Steuernummer Daten übermitteln.

5 Stationen bei der Einführung von w3stat

Mit der in den vergangenen Jahren ständig gewachsenen Zahl von Unternehmen, die über einen Internet-Anschluss verfügen, wurde immer öfter der Wunsch an die Außenhandelsstatistik herangetragen, die Meldedateien nicht länger auf magnetischen Datenträgern, sondern über das Netz verschicken zu können. Ein solches Angebot seitens des Statistischen Bundesamtes konnte aufgrund der oben beschriebenen Sicherheitsanforderungen nicht darin bestehen, E-Mails mit angehängten Meldedateien entgegenzunehmen. Zudem musste eine Schnittstelle zu den übrigen Meldeformen geschaffen werden und es mussten Verfahren entwickelt werden, die eingehenden Meldungen ordnungsgemäß zu verwalten. Daher wurde die Firma Werum zu Beginn des Jahres 1999 mit der Erstellung eines Grobkonzepts und eines Software-Prototyps beauftragt. Im September 1999 konnten die ersten Tests mit Online-Meldungen beginnen. Die Datenübermittlung erfolgte zunächst parallel zu dem bisherigen Verfahren. Gleichzeitig wurde von den IT-Entwicklern des Statistischen Bundesamtes damit begonnen, eine Schnittstelle zu den übrigen Dateimeldungen zu schaffen. Anfang 2000 war die Verwaltung

der Internetmeldungen, ihre Übergabe an das bereits bestehende Datenübernahmesystem und die anschließende Weiterverarbeitung in der automatisierten Sachbearbeitung (ASI) sichergestellt. Daher konnte die parallele Datenübermittlung für die Testfirmen ab dem Berichtsmonat Januar 2000 entfallen. Nach einem weiteren Test der Schnittstellen zum Datenübernahmesystem und zu ASI wurde w3stat im März 2000 für alle interessierten Unternehmen freigegeben und damit der Echtbetrieb aufgenommen. Zu diesem Zeitpunkt konnten die Online-Formulare für Eingang und Versendung genutzt und es konnten beliebige Meldedateien mit gültiger Materialnummer verarbeitet werden. Die Web-Seiten von w3stat wurden im Rahmen eines von der Firma Werum veranstalteten Workshops überarbeitet und erhielten ihre endgültige Gestalt. Um den Umstieg der CBS-IRIS-Nutzer im Januar 2001 vorzubereiten, wurden während Realisierung und Test des w3stat-eigenen Erfassungsprogramms Initiativen gestartet, um w3stat unter den Meldepflichtigen bekannt zu machen. Von der Aufnahme des Echtbetriebs im März bis zum Oktober 2000 konnte die Zahl der registrierten w3stat-Kunden von zunächst 30 auf 2 025 gesteigert werden. Nach Fertigstellung und Versendung des Datenerfassungsprogramms im Dezember 2000 ließen sich in den vergangenen Wochen rund 1 000 weitere potentielle w3stat-Nutzer registrieren. Ende Januar 2001, also zehn Monate nach dem Start von w3stat, nutzten bereits mehr als 3 000 Unternehmen das neue Meldeverfahren.

6 Ausblick

Zur Optimierung der Arbeitsabläufe sowohl auf der Seite der Nutzer als auch auf der Seite der Intrahandelsstatistik werden im Jahr 2001 noch verschiedene Weiterentwicklungsmaßnahmen durchgeführt. Ein wichtiger Service für die meldenden Unternehmen wird die Einrichtung von Melderkonten sein, die den Meldern eine Übersicht über die bereits gelieferten Daten ermöglichen. Damit wird auch die derzeit noch unabdingbare arbeitsintensive Kontrolle zur Erkennung von Mehrfachmeldungen weitgehend vermieden werden können.

Ein Wunsch, der von den meldepflichtigen Unternehmen bereits mehrfach an die Außenhandelsstatistik herangetragen wurde, ist die Aufnahme eines Berichtigungsformulars in die Internetseiten von w3stat. Diese Maßnahme beinhaltet die Bereitstellung entsprechender Formulare für Eingang und Versendung auf dem w3stat-Internetserver, die Anpassung der w3stat-Verwaltungsdatenbank und die Erstellung eines Programms für die maschinelle Übernahme der Berichtigungen.

Die nächsten Entwicklungsschritte von w3stat sehen auch Verbesserungen des Erfassungsprogramms vor. So sollen die Plausibilitätsprüfungen ausgebaut und zugleich auf die Online-Vordrucke übertragen werden.

W3stat hat ein hohes Wachstumspotential. Die Unternehmen, die bereits auf die Internet-Meldung umgestiegen sind, äußern sich lobend über dieses neue Angebot. Durch gezielte Initiativen soll der Anteil der Online-Meldungen sukzessive ausgebaut werden. Wir gehen davon aus, dass Ende 2001 mehr als 5 000 Unternehmen die Meldeform nutzen werden. Erklärtes Ziel ist, den Anteil der Papiermeldungen kurz- bzw. mittelfristig unter die 10%-Marke zu drücken. Wir sind optimistisch, dieses Ziel binnen Jahresfrist erreicht zu haben. ■

Wohngeld in Deutschland 1999

Ergebnisse der Wohngeldstatistik

Im Dezember 1999 bezogen mehr als 2,8 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, das waren 7,4% aller Privathaushalte. Damit ist im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Empfängerhaushalte um 4,7% zurückgegangen. Im früheren Bundesgebiet bezogen knapp 2,1 Mill. Haushalte Wohngeld (6,7% der privaten Haushalte); in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 742 000 Haushalte (10,6% aller Privathaushalte). Während die Zahl der Wohngeldempfängerhaushalte im früheren Bundesgebiet im Vergleich zum Vorjahr um 6,3% zurückging, war in den neuen Ländern ein leichter Zuwachs von 0,2% zu verzeichnen.

Seit 1991 wird für Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge das vereinfachte Verfahren der pauschalierten Wohngeldgewährung angewandt. Seitdem ist der Anteil der Empfänger von Wohngeld nach dem herkömmlichen Berechnungsverfahren, dem so genannten „Tabellenwohngeld“, von 85% Ende 1991 auf 55% Ende 1999 zurückgegangen, während der Anteil der Empfänger von pauschalierem Wohngeld im gleichen Zeitraum von 15% auf 45% gestiegen ist. Insgesamt gab es in Deutschland Ende 1999 rund 1,5 Mill. Empfänger von Tabellenwohngeld und 1,3 Mill. Empfänger von pauschalierem Wohngeld.

Die Ausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 1999 auf 7,1 Mrd. DM und gingen damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,2% zurück. Im Durchschnitt hatte ein Empfängerhaushalt Ende 1999 einen monatlichen Wohngeldanspruch von 222 DM. Bei den Empfängern von pauschalierem Wohngeld wurden höhere Wohngeldansprüche festgestellt als bei den Empfängern von Tabellenwohngeld.

Dipl.-Verwaltungswissenschaftler Thomas Haustein
und Mitarbeiterinnen

1 Aufgabe und Ausgestaltung der Wohngeldförderung

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Es wird Mietern und Eigentümern gezahlt, wenn die Höhe ihrer Miete oder Belastung für angemessen großen Wohnraum die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihres Haushalts überfordert.

Bei der Wohngeldgewährung ist grundsätzlich zwischen dem *spitz berechneten* und dem *pauschalierten* Wohngeld zu unterscheiden. Beim *spitz berechneten* Wohngeld handelt es sich um die herkömmliche Form der Wohngeldgewährung; es wird entweder als Mietzuschuss für Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung und ergibt sich im Einzelfall letztendlich aus den Wohngeldtabellen. Deshalb bezeichnet man das *spitz berechnete* Wohngeld auch als „Tabellenwohngeld“.

Beim *pauschalierten* Wohngeld handelt es sich um ein vereinfachtes Wohngeldverfahren für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge. Unter bestimmten Voraussetzungen wird diesen Mietern das Wohngeld zusammen mit der Sozialhilfe oder Kriegsopferfürsorge, auf die es angerechnet wird, als Pauschale gewährt. Die Höhe dieser Pauschale bestimmt sich nach landesspezifischen Prozentsätzen der aner-

kannten Aufwendungen für die Unterkunft.¹⁾ Das pauschalierte Wohngeld wird im Übrigen nur Mietern gewährt und entspricht insofern dem Mietzuschuss beim Tabellenwohngeld. Haus- und Wohnungseigentümer sowie Heimbewohner haben grundsätzlich keinen Anspruch auf pauschaliertes Wohngeld; sie können jedoch *spitz* berechnetes Wohngeld beantragen. Der gleichzeitige Bezug von *spitz* berechnetem und pauschalierem Wohngeld ist ausgeschlossen. Durch die Wohngeldpauschalierung soll in erster Linie der Verwaltungsaufwand gesenkt werden; für den einzelnen Hilfeempfänger ändert sich der Umfang der sozialen Leistungen dadurch nicht.

Die Einführung des pauschalierten Wohngeldes führte seinerzeit zu einer Zweiteilung des statistischen Berichtssystems. Seitdem ist eine geschlossene Gesamtdarstellung der Wohngelddaten nur für die Teilbereiche möglich, in denen sich die Erhebungsmerkmale bei der pauschalierten und der *spitz* berechneten Wohngeldgewährung decken.²⁾

Im *früheren Bundesgebiet* gibt es das Wohngeld seit 1965. Seitdem ist es im Rahmen von Wohngeldnovellen periodisch an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst worden. In den *neuen Ländern und Berlin-Ost* wurde das Wohngeld 1991 eingeführt. Zur sozialen Flankierung der Mietenüberleitung an das Vergleichsmietensystem gab es für die neuen Länder von 1991 bis Ende 1996 wohngeldrechtliche Sondervorschriften³⁾ (Wohngeldsondergesetz). Nach dem Auslaufen des Wohngeldsondergesetzes zum 31. Dezember 1996 ist seit dem 1. Januar 1997 das Wohngeldgesetz einheitliche Grundlage für die Wohngeldbewilligung im gesamten Bundesgebiet.⁴⁾ Allerdings waren in den neuen Ländern noch bis Ende 2000 einzelne Sonderregelungen in Kraft, die bewirkten, dass Wohngeldempfänger dort ein höheres

1) Diese Prozentsätze bewegen sich im früheren Bundesgebiet in einer Größenordnung von 41 bis 53%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost beträgt die Pauschale 47% der anerkannten laufenden Aufwendungen für die Unterkunft.

2) Siehe Seewald, H.: „Wohngeld im früheren Bundesgebiet 1991“ in WiSta 1/1994, S. 30 ff.

3) Siehe Seewald, H.: „Wohngeld in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1996“ in WiSta 1/1998, S. 40 ff.

4) Die Anpassung erfolgte durch das Wohngeldüberleitungsgesetz vom 21. November 1996 (BGBl. I S. 1781); siehe „Wohngeld- und Mietenbericht 1999“, BT-Drucksache 14/3070 vom 31. März 2000, S. 48.

Wohngeld erhielten als Empfänger mit gleichen Einkommen und Wohnkosten im früheren Bundesgebiet.⁵⁾

Mit der neuen Wohngeldreform, die im Wesentlichen zum 1. Januar 2001 in Kraft trat⁶⁾, erfolgte erstmals seit 1990 wieder eine allgemeine Leistungsanpassung unter Berücksichtigung der Mieten- und Einkommensentwicklung in den vergangenen zehn Jahren, und zwar durch die Anhebung der Miethöchstbeträge, die Anhebung der Werte in den Wohngeldtabellen sowie die Anhebung der Einkommensgrenzen. Ferner wurden mit der Änderung des Wohngeldgesetzes insbesondere folgende Ziele verfolgt:⁷⁾

- familienfreundliche Verbesserungen der Leistungen für Empfänger allgemeinen Wohngeldes (des bisherigen Tabellenwohngeldes);
- Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen dem besonderen Mietzuschuss für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger (dem bisherigen pauschalierten Wohngeld) und dem allgemeinen Wohngeld;
- endgültige Vereinheitlichung des Wohngeldrechts in den alten und neuen Bundesländern und Schaffung der Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Mietenstufenzuordnung;
- Anpassung der Vorschriften über die Einkommensentwicklung beim allgemeinen Wohngeld an das Wohnungsbaurecht sowie weitere Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen;
- Umstellung des Wohngeldes auf den Euro zum 1. Januar 2002.

Die Auswirkungen der Gesetzesänderungen lassen sich statistisch erst dann nachweisen, wenn Daten für das Berichtsjahr 2001 vorliegen werden. Für die Bundesebene wird dies voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 der Fall sein. Mit dem vorliegenden Beitrag wird die regelmäßige Berichterstattung der amtlichen Wohngeldstatistik mit den aktuellen Ergebnissen für das Berichtsjahr 1999 weitergeführt.

2 Ergebnisse der Wohngeldstatistik für Deutschland 1999

Zahl der Haushalte mit Wohngeldbezug

Am 31. Dezember 1999 bezogen mehr als 2,8 Mill. Haushalte in Deutschland Wohngeld, dies waren 7,4% aller Privathaushalte. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Empfängerhaushalte um 4,7% zurückgegangen. Im früheren Bundesgebiet erhielten zum Jahresende 1999 knapp 2,1 Mill. Haushalte Wohngeld, das waren 6,7% der privaten Haushalte. Damit hat dort erstmals seit 1993 die Zahl der Empfängerhaushalte wieder abgenommen (-6,3% gegenüber 1998). In den neuen Ländern und Berlin-Ost bezogen Ende 1999 rund 742 000 Haus-

halte Wohngeld (10,6% aller Privathaushalte), das war ein leichter Zuwachs von 0,2% gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 1998, als die Steigerungsrate gegenüber 1997 noch 2,9% betrug, hat sich der Anstieg in den neuen Ländern und Berlin-Ost jedoch weiter verlangsamt.

Tabelle 1: Empfängerhaushalte von Wohngeld am Jahresende und jährliche Wohngeldausgaben

Jahr	Empfängerhaushalte am Jahresende			Jährliche Wohngeldausgaben ¹⁾		
	insgesamt	Tabellenwohngeld	pauschaliertes Wohngeld	insgesamt	Tabellenwohngeld	pauschaliertes Wohngeld
	1 000			Mill. DM		
Deutschland						
1991	3 541	3 023	518	4 550	.	.
1992	3 850	3 078	772	6 874	.	.
1993	3 212	2 340	872	6 484	.	.
1994	2 744	1 755	989	5 777	.	.
1995	2 595	1 523	1 072	5 745	.	.
1996	2 719	1 495	1 224	6 115	.	.
1997	2 861	1 582	1 279	6 703	.	.
1998	2 947	1 586	1 361	7 109	.	.
1999	2 809	1 533	1 276	7 097	3 285	3 812
Früheres Bundesgebiet						
1991	1 757	1 285	472	3 806	.	.
1992	1 847	1 127	720	3 807	2 156	1 652
1993	1 844	1 026	818	3 836	1 803	2 034
1994	1 902	980	923	4 079	1 746	2 332
1995	1 938	942	996	4 475	1 721	2 753
1996	2 091	954	1 137	4 831	1 792	3 040
1997	2 141	976	1 165	5 301	1 951	3 350
1998	2 206	977	1 229	5 509	2 006	3 503
1999	2 068	930	1 137	5 420	1 957	3 462
Neue Länder und Berlin-Ost						
1991	1 784	1 738	46	744	.	.
1992	2 003	1 951	52	3 067	.	.
1993	1 369	1 315	54	2 648	.	.
1994	842	776	66	1 699	.	.
1995	657	582	75	1 271	.	.
1996	628	540	88	1 284	.	.
1997	720	606	114	1 402	.	.
1998	741	609	132	1 600	.	.
1999	742	603	139	1 678	1 328	350

1) Quelle für den Zeitraum 1992 bis 1996 für die neuen Länder und Berlin-Ost: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Eine differenzierte Betrachtung der beiden eingangs genannten Wohngeldarten zeigt, dass in Deutschland im Vergleich zu 1998 sowohl die Zahl der Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld (-3,3%) als auch die Zahl der Empfängerhaushalte von pauschaliertem Wohngeld (-6,2%) zurückgingen. Im früheren Bundesgebiet sank die Zahl der Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld 1999 im Vergleich zum Vorjahr um 4,8%, die Zahl der Empfänger von pauschaliertem Wohngeld ging um 7,5% zurück. Die Entwicklung in den neuen Ländern und Berlin-Ost zeigt ein etwas anderes Bild: Bei den Empfängerhaushalten von Tabellenwohngeld war ein Rückgang um 1,0% zu beobachten; die Zahl der Empfängerhaushalte von pauschaliertem Wohngeld stieg dagegen um 5,7%. Die Steigerung beim pauschalierten Wohngeld in den neuen Ländern dürfte im Wesentlichen auf die dort generell gestiegene Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen zurückzuführen sein.⁸⁾

5) Insbesondere sind hier die vergleichsweise hohen Miet-Höchstbeträge in den neuen Ländern zu nennen; die Geltungsdauer der im Beitrittsgebiet anzuwendenden Sonderregelungen wurde durch die Wohngeldüberleitungs-Verlängerungsverordnung vom 27. Juli 1998 (BGBl. I S. 1911) bis zum Ablauf des 31. Dezember 2000 verlängert.

6) Siehe Wohngeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2001 (BGBl. I S. 2).

7) Siehe hierzu Hartmann, I.: „Änderungen des Wohngeldrechts in den Jahren 2000 bis 2002“ in Neue Juristische Wochenschrift, Heft 28, 2000, S. 2.000 f.

8) So stieg von 1998 auf 1999 die Zahl der Haushalte (Bedarfsgemeinschaften) von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 1,3%.

Zum Jahresende 1999 gab es in Deutschland – wie durchgängig seit 1991 – mehr Bezieher von Tabellenwohngeld als Empfänger von pauschalierem Wohngeld. Allerdings näherten sich im Zeitverlauf die Empfängerzahlen beider Wohngeldarten an. Während 1991 der Anteil der Haushalte mit Tabellenwohngeld noch 85,4% betrug, belief sich dieser Anteil 1999 nur noch auf 54,6%.

Wohngeldausgaben

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 1999 auf rund 7,1 Mrd. DM; im Vergleich zum Vorjahr gingen die Ausgaben somit nur leicht zurück (-0,2%), während bei den Empfängerzahlen ein stärkerer Rückgang zu beobachten war.

Im früheren Bundesgebiet sanken die Ausgaben für Wohngeld um 1,6 % auf 5,4 Mrd. DM; fast zwei Drittel der Ausgaben (64%) wurden dabei für Empfänger des pauschaliereten Wohngeldes und nur 36% für Empfänger von Tabellenwohngeld aufgewendet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost erhöhten sich die Wohngeldausgaben auf 1,7 Mrd. DM (+4,8%). Dort wurden 79% der Ausgaben für Tabellenwohngeldempfänger aufgewendet; die Leistungen für das pauschalierte Wohngeld schlugen in den neuen Ländern und Berlin-Ost kassenmäßig nur mit 21% zu Buche.

Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich im Jahr 1999 in Deutschland auf 86 DM. Im regionalen Vergleich werden dabei deutliche Unterschiede sichtbar (siehe Tabelle 6): Während die Wohngeldausgaben je Einwohner im früheren Bundesgebiet bei 81 DM lagen, wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost erheblich höhere Ausgaben festgestellt (110 DM je Einwohner).

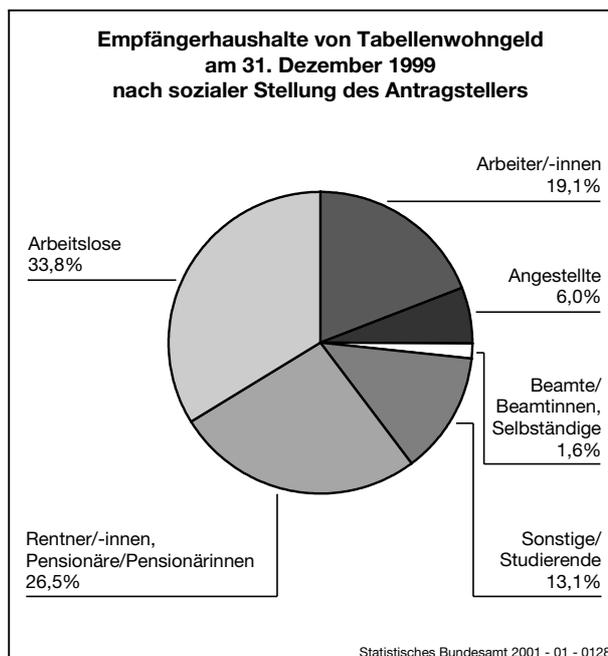
2.1 Haushalte mit Bezug von Tabellenwohngeld

Personenkreis

Von den rund 1,5 Mill. Empfängerhaushalten mit Tabellenwohngeld zum Jahresende 1999 bekamen über 1,4 Mill. Haushalte einen Mietzuschuss und etwa 0,1 Mill. Haushalte einen Lastenzuschuss. Das Wohngeld kommt also in erster Linie den Mietern zugute.

Der größte Teil der Empfänger, nämlich 33,8% der Fälle, war arbeitslos. Im Jahr 1991 hatte der Anteil der Arbeitslosen an den Wohngeldbeziehern noch 13,1% betragen. Aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig waren in Deutschland 39,6% der Empfänger; überwiegend handelte es sich hierbei um Rentner/-innen, Studierende sowie sonstige Nichterwerbspersonen. Einer beruflichen Tätigkeit gingen 26,7% der Wohngeldempfänger nach.

Das Tabellenwohngeld in Form eines Mietzuschusses wird zum größten Teil (66%) an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt. Bei den Lastenzuschussempfängern handelt es sich hingegen mehrheitlich (53%) um größere Familien mit vier und mehr Personen. Insgesamt haben sich die Größenstrukturen der Haushalte mit Wohngeldbezug gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.



Wohnsituation

Die Höhe des Tabellenwohngeldes hängt u.a. von der Größe der Wohnung und der Heizungsart ab. Insofern werden auch die entsprechenden Angaben hierüber statistisch erfasst und können zur Beschreibung der Wohnsituation der Wohngeldempfänger herangezogen werden. Nahezu alle Bezieher von Tabellenwohngeld lebten in Wohnungen, die mit einer Sammelheizung ausgestattet waren (98,5%). Damit hat sich die in den Vorjahren zu beobachtende Verbesserung bei der Heizungsausstattung, insbesondere in den neuen Ländern und Berlin-Ost, auch im Berichtsjahr fortgesetzt. So ist der Anteil dieser besser ausgestatteten Wohnungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost gegenüber 1998 um 0,8 Prozentpunkte auf nunmehr 97,8% gestiegen. 17,9% der wohngeldbeziehenden Mieterhaushalte in Deutschland hatten eine Wohnfläche von weniger als 40 m² zur Verfügung, über eine Fläche von 40 bis 80 m² verfügten 64,0% dieser Haushalte und über eine Fläche von mehr als 80 m² 18,1%. Die Wohnflächenversorgung variiert natürlich in erster Linie mit der Haushaltsgröße.

Wohnkosten

Die Höhe der Miete bzw. der Belastung sind zentrale Größen bei der Festlegung des Wohngeldes. Zur zuschussfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel die Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, der Treppenhausbeleuchtung u.Ä. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten, weswegen hier zuweilen auch von der „Bruttokaltmiete“ gesprochen wird. Zur Belastung bei den Eigentümerhaushalten zählen der Kapitaldienst (Zinsen, Tilgung) sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung der Tabellenwohngeldempfänger belief sich im Dezember 1999 auf 9,94 DM je m² Wohnfläche (Vorjahr: 9,75

Tabelle 2: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 1999
nach Haushaltsgröße, Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfängerhaushalte von Wohngeld insgesamt		Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld						Empfängerhaushalte von pauschalierem Wohngeld	
			zusammen		Mietzuschuss		Lastenzuschuss			
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	2 809,4	100	1 533,0	100	1 426,3	100	106,7	100	1 276,4	100
nach der Haushaltsgröße										
Haushalte										
von Alleinstehenden	1 291,1	46,0	723,9	47,2	700,0	49,1	23,8	22,3	567,3	44,4
mit 2 Familienmitgliedern	578,3	20,6	261,4	17,1	247,9	17,4	13,6	12,7	316,8	24,8
mit 3 Familienmitgliedern	386,3	13,7	184,4	12,0	171,7	12,0	12,7	11,9	201,9	15,8
mit 4 Familienmitgliedern	305,8	10,9	193,6	12,6	168,9	11,8	24,7	23,1	112,2	8,8
mit 5 Familienmitgliedern	146,7	5,2	100,3	6,5	83,5	5,9	16,7	15,7	46,4	3,6
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	101,2	3,6	69,5	4,5	54,2	3,8	15,2	14,3	31,8	2,5
nach der Mietenstufe der Gemeinde ¹⁾										
I (unter -15)	207,0	7,4	119,6	7,8	100,8	7,1	18,8	17,7	87,4	6,8
II (- 15 bis unter - 5)	427,6	15,2	205,0	13,4	187,7	13,2	17,3	16,2	222,7	17,4
III (- 5 bis unter 5)	638,0	22,7	299,0	19,5	285,2	20,0	13,8	13,0	338,9	26,6
IV (5 bis unter 15)	484,5	17,2	199,5	13,0	193,3	13,6	6,2	5,8	285,0	22,3
V (5 bis unter 25)	246,3	8,8	86,3	5,6	84,6	5,9	1,8	1,6	160,0	12,5
VI (25 und mehr)	64,2	2,3	20,9	1,4	20,5	1,4	0,4	0,4	43,3	3,4
VII	741,8	26,4	602,6	39,3	554,2	38,6	48,4	45,3	139,2	10,9
nach der Wohnfläche										
von ... bis unter ... m ³										
unter 40	522,9	18,6	256,5	16,7	255,6	17,9	0,9	0,9	266,4	20,9
40 - 60	967,1	34,4	523,4	34,1	518,0	36,3	5,3	5,0	443,8	34,8
60 - 80	783,2	27,9	408,3	26,6	395,1	27,7	13,2	12,4	374,9	29,4
80 - 100	331,0	11,8	192,6	12,6	172,1	12,1	20,4	19,2	138,5	10,8
100 - 120	116,5	4,1	80,1	5,2	55,8	3,9	24,3	22,8	36,4	2,9
120 und mehr	88,5	3,2	72,1	4,7	29,6	2,1	42,5	39,8	16,4	1,3
nach der Ausstattung der Wohnung										
Kategorie A ²⁾	2 616,2	93,1	1 509,9	98,5	1 405,0	98,5	104,9	98,3	1 106,3	86,7
Kategorie B ³⁾	193,2	6,9	23,1	1,5	21,3	1,5	1,8	1,7	170,1	13,3

1) Die Angaben zu den Mietenstufen I - VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in % (für das frühere Bundesgebiet). Mietenstufe VII nur neue Länder und Berlin-Ost. - 2) Beim Tabellenwohngeld: mit Sammelheizung und/oder mit Bad (Duschraum); beim pauschalierem Wohngeld: mit Sammelheizung. - 3) Beim Tabellenwohngeld: ohne Sammelheizung und ohne Bad (Duschraum); beim pauschalierem Wohngeld: ohne Sammelheizung.

DM). Im früheren Bundesgebiet stiegen die durchschnittlichen Wohnkosten je m² von 10,33 DM auf 10,45 DM, in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 8,72 auf 9,07 DM. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 1,2% im früheren Bundesgebiet und von 4,0% in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Während die durchschnittliche Quadratmetermiete der Mietzuschussempfänger 10,17 DM je m² betrug, zahlten Lastenzuschussempfänger im Durchschnitt 8,35 DM je m². Für besser ausgestattete Wohnungen der Kategorie A (mit Sammelheizung und/oder mit Bad bzw. Duschraum) musste deutlich mehr gezahlt werden als für Wohnungen der Kategorie B (ohne Sammelheizung und Bad). So zahlte ein Tabellenwohngeldempfänger im Durchschnitt für eine besser ausgestattete Wohnung 9,98 DM je m² und für eine Wohnung der Kategorie B 6,93 DM je m². Darüber hinaus verteuerten sich die Quadratmetermieten mit abnehmender Wohnungsgröße. Am höchsten waren somit die Mieten in kleineren Wohnungen mit weniger als 40 m² Wohnfläche (12,21 DM je m²). Im Vergleich dazu zahlte ein Tabellenwohngeldempfänger für eine Wohnung mit mindestens 120 m² durchschnittlich 8,07 DM je m².

Wohngeld wird nicht für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt. Bei der Berechnung des Tabellenwohngeldes werden die Wohnkosten nur bis zu bestimmten Obergrenzen berücksichtigt, die von mehreren Faktoren abhängig sind. Neben der Haushaltsgröße sowie der Bezugsmöglichkeit und Ausstattung der Wohnung ist hierfür die Mietenstufe der Gemeinde maßgebend. Im früheren Bundesgebiet werden sechs Mietenstufen unter-

schieden. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wird bis zur erstmaligen Festlegung von gesamtdeutschen Mietenstufen einheitlich die fiktive Mietenstufe VII eingesetzt. Die zuschussfähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung sollen die Anmietung von angemessenem und familiengerechtem Wohnraum ermöglichen. Andererseits verhindern sie aber auch, dass darüber hinausgehende Kosten für besonders teure oder große Wohnungen zu entsprechend höheren Wohngeldleistungen führen. Mieterhöhungen bewirken für sich genommen nur dann Wohngeldmehrleistungen, solange die zuschussfähigen Höchstbeträge nicht überschritten sind. Sobald die Wohnkosten über den Höchstbeträgen liegen, müssen die Mietsteigerungen vollständig vom Wohngeldempfängerhaushalt getragen werden.

Ende 1999 hatten 60,3% der Tabellenwohngeldempfänger in Deutschland eine Miete bzw. Belastung, die über den zuschussfähigen Höchstbeträgen lag. Im Vorjahr lag die Überschreitungsquote noch bei 58,3%. Besonders hohe Überschreitungsquoten ergaben sich für die Gruppe der Lastenzuschussempfänger, die in Gemeinden der Mietenstufen I bis IV wohnten, sowie für die Mietzuschussempfänger, die in Wohnungen mit einer Wohnfläche von mehr als 80 m² und in Gemeinden der Mietenstufen II bzw. III wohnten.

Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich die Überschreitungsquote der Tabellenwohngeldempfänger im Jahresvergleich von 74,9 auf 75,8%. In den neuen Bundesländern war die Überschreitungsquote mit 36,3% zum Jahresende 1999 nach wie vor vergleichsweise niedrig;

Tabelle 3: Durchschnittliche monatliche Miete/Belastung und Überschreitungsquoten der Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 1999 nach Mietenstufe der Gemeinde, Größe und Ausstattung der Wohnung

Gegenstand der Nachweisung	Empfängerhaushalte von Wohngeld insgesamt		Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld					Empfängerhaushalte von pauschalierem Wohngeld		
			zusammen		Mietzuschuss		Lastenzuschuss			
	durchschnittliche monatliche Miete/Belastung	durchschnittliche monatliche Miete/Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete/Belastung	durchschnittliche monatliche Miete	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Miete	durchschnittliche monatliche Belastung	Überschreitungsquote der Höchstbeträge für Belastung	durchschnittliche monatliche Miete	Überschreitungsquote der anerkannten Miete	
	DM je m ²		%	DM je m ²	%	DM je m ²	%	DM je m ²	%	
Insgesamt	10,37	9,94	60,3	10,17	60,1	8,35	62,5	10,94	21,8	
nach der Mietenstufe der Gemeinde ¹⁾										
I (unter – 15)	8,73	8,66	73,4	8,61	72,5	8,80	78,2	8,87	36,4	
II (– 15 bis unter – 5)	10,09	9,83	78,7	9,90	78,9	9,41	76,5	10,37	26,2	
III (– 5 bis unter 5)	10,56	10,47	77,2	10,49	77,3	10,27	75,8	10,64	23,0	
IV (5 bis unter 15)	11,61	11,49	75,2	11,51	75,2	11,24	74,8	11,69	16,8	
V (15 bis unter 25)	12,63	12,37	70,5	12,41	70,6	11,28	68,7	12,80	22,3	
VI (25 und mehr)	14,68	13,41	69,2	13,47	69,3	11,37	61,7	15,36	35,9	
VII	9,13	9,07	36,3	9,47	35,5	6,78	45,7	9,43	7,6	
nach der Wohnfläche										
von ... bis unter ... m ³										
unter 40	13,62	12,21	28,0	12,21	28,0	12,23	29,1	14,97	24,9	
40 – 60	10,59	10,24	61,6	10,25	61,8	9,57	40,0	11,01	18,9	
60 – 80	10,25	10,01	66,6	10,05	67,3	8,73	46,1	10,52	21,5	
80 – 100	10,02	9,87	73,3	10,01	75,5	8,69	55,6	10,23	24,4	
100 – 120	9,31	9,22	75,7	9,35	80,4	8,92	64,9	9,50	25,1	
120 und mehr	8,12	8,07	78,0	8,32	85,2	7,89	73,0	8,33	25,4	
nach der Ausstattung der Wohnung										
Kategorie A ²⁾	10,43	9,98	60,6	10,20	60,4	8,40	63,0	11,12	22,5	
Kategorie B ³⁾	9,41	6,93	38,1	7,25	38,5	4,77	33,4	9,74	17,1	

1) Die Angaben zu den Mietenstufen I – VI in den Klammern beziehen sich jeweils auf die Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in % (für das frühere Bundesgebiet). Mietenstufe VII nur neue Länder und Berlin-Ost. – 2) Beim Tabellenwohngeld: mit Sammelheizung und/oder mit Bad (Duschraum); beim pauschalierem Wohngeld: mit Sammelheizung. – 3) Beim Tabellenwohngeld: ohne Sammelheizung und ohne Bad (Duschraum); beim pauschalierem Wohngeld: ohne Sammelheizung.

allerdings war dort im Vorjahresvergleich ein deutlich stärkerer Anstieg als im früheren Bundesgebiet zu beobachten; 1998 lag der entsprechende Anteil dort lediglich bei 31,6%.

Einkommensverhältnisse und Wohngeldanspruch

Die Höhe des Wohngeldes bemisst sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße und dem Verhältnis der Wohnkosten zum Familieneinkommen. Das Familieneinkommen berechnet sich aus den gesamten Einnahmen des Haushalts, von denen bestimmte Einkommensbestandteile und Pauschalen sowie Freibeträge für besondere Personengruppen abgezogen werden.⁹⁾

Da im Rahmen der Wohngeldstatistik keine Angaben zum verfügbaren Einkommen erhoben werden, kann die Einkommenssituation der Wohngeldempfänger lediglich anhand des Familieneinkommens dargestellt werden, das der Wohngeldberechnung zugrunde liegt. Das Familieneinkommen ist in der Regel etwas niedriger als das verfügbare Einkommen. Das statistisch erfasste durchschnittliche monatliche Familieneinkommen der Wohngeldempfänger lag zum Berichtszeitpunkt bei 1308 DM (–0,5% gegenüber 1998). Im früheren Bundesgebiet belief es sich auf 1437 DM und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr (1435 DM) praktisch konstant. In den neuen Ländern betrug das Familieneinkommen 1108 DM im Vergleich zu 1123 DM im Vorjahr und ist damit um 1,3% gesunken.

Die Einkommenshöhe ist stark von der Größe des Haushalts und von der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes abhängig. So wurden in aller Regel die höchsten monatlichen Familieneinkommen von größeren Haushalten mit einem erwerbstätigen Haushaltsvorstand erzielt.

Tabelle 4: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 1999 nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes

Art des Zuschusses Haushaltsgröße	Insgesamt		Davon mit einem monatlichen Wohngeld von ... bis unter ... DM			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch DM
			unter 100	100 – 300	300 und mehr	
	1 000	%	% von Spalte 1			
Insgesamt	2 809,4	100	21,3	52,8	25,8	222
Tabellenwohngeld	1 533,0	54,6	36,0	51,2	12,9	165
Mietzuschuss	1 426,3	50,8	36,1	51,4	12,5	163
Lastenzuschuss	106,7	3,8	33,8	48,2	18,0	188
Pauschalierem Wohngeld	1 276,4	45,4	3,8	54,8	41,4	290
nach der Haushaltsgröße						
Haushalte von Alleinstehenden	1 291,1	46,0	30,9	61,3	7,8	161
mit 2 Familienmitgliedern	578,3	20,6	15,7	55,1	29,2	234
mit 3 Familienmitgliedern	386,3	13,7	12,0	43,1	44,9	275
mit 4 Familienmitgliedern	305,8	10,9	13,1	40,6	46,3	285
mit 5 Familienmitgliedern	146,7	5,2	11,4	37,6	50,9	311
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	101,2	3,6	6,5	27,8	65,7	401

9) Nicht zu den Einnahmen zählen dabei insbesondere das Kinder- und Erziehungsgeld sowie die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Empfängerhaushalt von Tabellenwohngeld belief sich zum Jahresende 1999 auf 165 DM. An die Lastenzuschussempfänger, die in der Regel höhere Wohnkosten zu tragen hatten, wurden im Durchschnitt deutlich höhere Beträge (188 DM) gezahlt als an die Empfänger von Mietzuschuss (163 DM). Im früheren Bundesgebiet stieg der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von 154 DM Ende 1998 auf 157 DM zum Jahresende 1999 (+1,9 %). In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist der durchschnittliche Wohngeldanspruch um 2,3% gestiegen und lag im Dezember 1999 bei 176 DM nach 172 DM im Vorjahr. Grundsätzlich ist der Wohngeldanspruch umso höher, je größer der Haushalt ist und je geringer das der Berechnung zugrunde liegende Familieneinkommen ist.

Tabelle 5: Durchschnittliches monatliches Familieneinkommen und Wohnkostenbelastung der Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld am 31. Dezember 1999 nach der Haushaltsgröße

Nachgewiesene Haushalte	Durchschnittliche(s) monatliche(s)				
	Familieneinkommen	Wohnkostenbelastung		Gewährung des Wohngeldes	
		vor	nach		vor
	DM		% von Spalte 1		
Empfängerhaushalte von Tabellenwohngeld insgesamt	1 308	632	468	48,3	35,8
mit ... Familienmitgliedern					
1	901	463	351	51,4	39,0
2	1 186	606	445	51,1	37,5
3	1 463	730	535	49,9	36,6
4	1 964	861	637	43,8	32,4
5	2 208	968	714	43,8	32,3
6 und mehr	2 459	1 118	765	45,5	31,1

Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuss zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall vom Antragsteller selbst getragen werden. Im Mittel deckte das Wohngeld ein Viertel der berücksichtigungsfähigen Wohnkosten. Durch den Bezug von Wohngeld sanken die durchschnittlichen Wohnkosten von 632 auf 468 DM. Unter Berücksichtigung des Wohngeldes betragen demnach bei den Tabellenwohngeldempfängern die selbst zu tragenden Wohnkosten durchschnittlich 35,8% des Familieneinkommens.

Tabelle 6: Empfängerhaushalte von Wohngeld am 31. Dezember 1999 und Wohngeldausgaben im Berichtsjahr 1999

Land	Wohngeldempfängerhaushalte		Im Jahr 1999 gezahlte Wohngeldbeträge ¹⁾		Durchschnittliche(s) monatliche(s)			
	insgesamt	Anteil an den Privathaushalten	insgesamt	je Einwohner	Miete/Belastung je m ² Wohnfläche	Wohngeld insgesamt	davon	
							Tabellenwohngeld	pauschaliertes Wohngeld
Anzahl	%	Mill. DM			DM			
Deutschland	2 809 373	7,4	7 097,2	86	10,37	222	165	290
Früheres Bundesgebiet	2 067 597	6,7	5 419,6	81	10,79	234	157	297
Neue Länder und Berlin-Ost ..	741 776	10,6	1 677,6	110	9,13	187	176	235

1) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen.

10) So bezogen zum Jahresende 1999 im früheren Bundesgebiet 3,6% der Bevölkerung laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (= so genannte „Sozialhilfe im engeren Sinne“), während diese Quote in den neuen Ländern und Berlin-Ost lediglich 2,7% betrug.

2.2 Haushalte mit Bezug von pauschalierem Wohngeld

Zum Jahresende 1999 erhielten knapp 1,3 Mill. Haushalte pauschaliertes Wohngeld. Der Anteil dieser Haushalte an allen Wohngeldempfängerhaushalten ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 18,8% weitaus niedriger als im früheren Bundesgebiet, wo der Anteil der pauschalierten Fälle zum Jahresende 1999 bei 55,0% lag. Ausschlaggebend hierfür ist unter anderem die generell niedrigere Quote der Sozialhilfebezieher in den neuen Ländern und Berlin-Ost¹⁰⁾. Beim pauschalierten Wohngeld handelte es sich bei 55,6% der Empfänger um Mehrpersonenhaushalte. Gegenüber dem Tabellenwohngeld (52,8%) wurde das pauschalierte Wohngeld somit vergleichsweise öfter von größeren Haushalten in Anspruch genommen.

Die durchschnittliche monatliche Miete der Bezieher von pauschalierem Wohngeld lag mit 10,94 DM je m² über den entsprechenden Werten, die sich sowohl für die Mietzuschussempfänger (10,17 DM je m²) als auch für die Lastenzuschussempfänger (8,35 DM je m²) beim Tabellenwohngeld ergaben (siehe Tabelle 3). Dies liegt zum Teil daran, dass überproportional viele Bezieher von pauschalierem Wohngeld in den Hochpreisregionen der oberen Mietenstufen (dies sind insbesondere die Großstädte) leben. So wohnten die Empfänger von pauschalierem Wohngeld relativ häufiger (15,9%) in Gemeinden der beiden oberen Mietenstufen V und VI, als dies bei den Beziehern von Mietzuschuss der Fall war (7,4%). Hinzu kommt, dass diese Empfängergruppe relativ häufig in kleineren Wohnungen lebt, für die ebenfalls vergleichsweise hohe Quadratmetermieten zu zahlen sind. So wohnten Ende 1999 beispielsweise 20,9% der Empfängerhaushalte von pauschalierem Wohngeld in Wohnungen mit weniger als 40 m² Wohnfläche, während sich der entsprechende Anteil bei den Mietzuschussempfängern auf lediglich 17,9% belief.

Im Gegensatz zum Tabellenwohngeld gibt es beim pauschalierten Wohngeld keine allgemein verbindlichen Obergrenzen für die anerkannte Miete. Gemäß den hier anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften sind die laufenden Kosten für die Unterkunft, soweit es sich um Wohnraum handelt, in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu berücksichtigen. Übersteigen die Unterkunfts-kosten einen der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang, so sind sie nur so lange anzuerkennen,

wie es dem Hilfeempfänger nicht möglich oder zuzumuten ist, durch Wohnungswechsel oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken. Welche Unterkunftskosten angemessen sind, ist im Sozialhilferecht nicht näher erläutert. So ist es durchaus möglich, dass eine Miete auch dann angemessen ist, wenn die Höchstbeträge des Tabellenwohngeldes überschritten werden. So wurden im Dezember 1999 bei nur 21,8% der Empfängerhaushalte von pauschalierem Wohngeld die tatsächlichen Unterkunftskosten nicht in voller Höhe anerkannt, da diese unangemessen hoch waren. Die höchsten Überschreitungsquoten wurden bei den Empfängern festgestellt, die in Gemeinden der Mietenstufen I und VI (36,4 bzw. 35,9%) wohnten.

Für die Bezieher von pauschalierem Wohngeld betragen die monatlichen Wohngeldleistungen im Durchschnitt 290 DM. Im früheren Bundesgebiet erhöhten sie sich um 6 DM von durchschnittlich 291 auf 297 DM (+2,1%). In den neuen Ländern und Berlin-Ost stieg das durchschnittliche pauschalierte Wohngeld um 4 DM von 231 auf 235 DM (+1,7%). Das absolut höhere Leistungsniveau beim pauschalierem Wohngeld – im Vergleich zum Tabellenwohngeld – ist auf die höheren tatsächlichen und die höheren anerkannten Wohnkosten dieser Empfängergruppe zurückzuführen. ■

Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes

Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes werden in diesem Beitrag dargestellt. Die Entwicklung wird anhand der Ausgaben und Einnahmen sowie Schulden in finanzstatistischer Abgrenzung für den Berichtszeitraum 1950 bis 1999 aufgezeigt. Dabei wird deutlich, dass insbesondere im Zuge der deutschen Vereinigung Anzahl und Finanzvolumen der Sondervermögen des Bundes beträchtlich zunahm. Insgesamt erhöhten sich die Ausgaben aller Sondervermögen seit 1950 von 2,0 Mrd. DM auf 45,1 Mrd. DM. Die Einnahmen nahmen im Berichtszeitraum von 2,2 Mrd. DM auf 55,7 Mrd. DM zu. Der Schuldenstand erreichte 1999 110,0 Mrd. DM. Den größten Zuwachs um mehr als 200 Mrd. DM auf 530,8 Mrd. DM verzeichneten die Schulden 1995, vornehmlich bedingt durch die Übertragung der Schulden der Treuhandanstalt auf das Sondervermögen „Erblastentilgungsfonds“. Anschließend werden Aufgaben, Ausgaben, Einnahmen und Schulden der einzelnen Sondervermögen Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseisenbahnvermögen, Kreditabwicklungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes und Versorgungsrücklage beschrieben.

Dipl.-Volkswirt Otto Dietz

Zeitlich befristete öffentliche Sonderaufgaben mit speziellen organisatorischen und finanziellen Anforderungen werden in Deutschland oft Sondervermögen übertragen und damit außerhalb der öffentlichen Haushalte durchgeführt. In der Finanzstatistik werden regelmäßig entsprechende Daten erhoben und mit den Angaben der Kernhaushalte von Bund, Ländern, der Sozialversicherung, Kommunen und Zweckverbänden zu einem Gesamtbild aller öffentlichen Finanzen (Öffentlicher Gesamthaushalt) zusammengefasst. Auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die Finanzen der Sondervermögen Teil des Staatskontos.

Bis einschließlich 1989 spielten die Sondervermögen des Bundes finanzwirtschaftlich nur eine untergeordnete Rolle. Sie bestanden lediglich aus dem Lastenausgleichsfonds (seit 1950 finanzstatistisch erfasst) und dem ERP-Sondervermögen (seit 1962 erfasst). Deren Ausgaben machten beispielsweise 1989 2,2% der Bundesausgaben bzw. 0,6% des öffentlichen Gesamthaushaltes aus.

Im Zuge der deutschen Vereinigung entstanden mehrere neue Sondervermögen wie der „Fonds Deutsche Einheit“, Kreditabwicklungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Entschädigungsfonds. 1999 kam das neu errichtete Sondervermögen „Versorgungsrücklage“ hinzu. Der seit 1975 bestehende Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes wurde erstmals 1995 (Schulden) bzw. 1996 (Ausgaben, Einnahmen) finanzstatistisch erfasst. Der Anteil der Ausgaben der Sondervermögen an den gesamten Bundesausgaben betrug 1999 8,5% bzw. gemessen an den Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushaltes 2,4%.

Im Folgenden werden die Funktion dieser Sondervermögen näher erläutert sowie deren Entwicklung in finanzstatistischer Abgrenzung – Einnahmen, Ausgaben und Schulden – insgesamt wie auch im Einzelnen näher beschrieben.

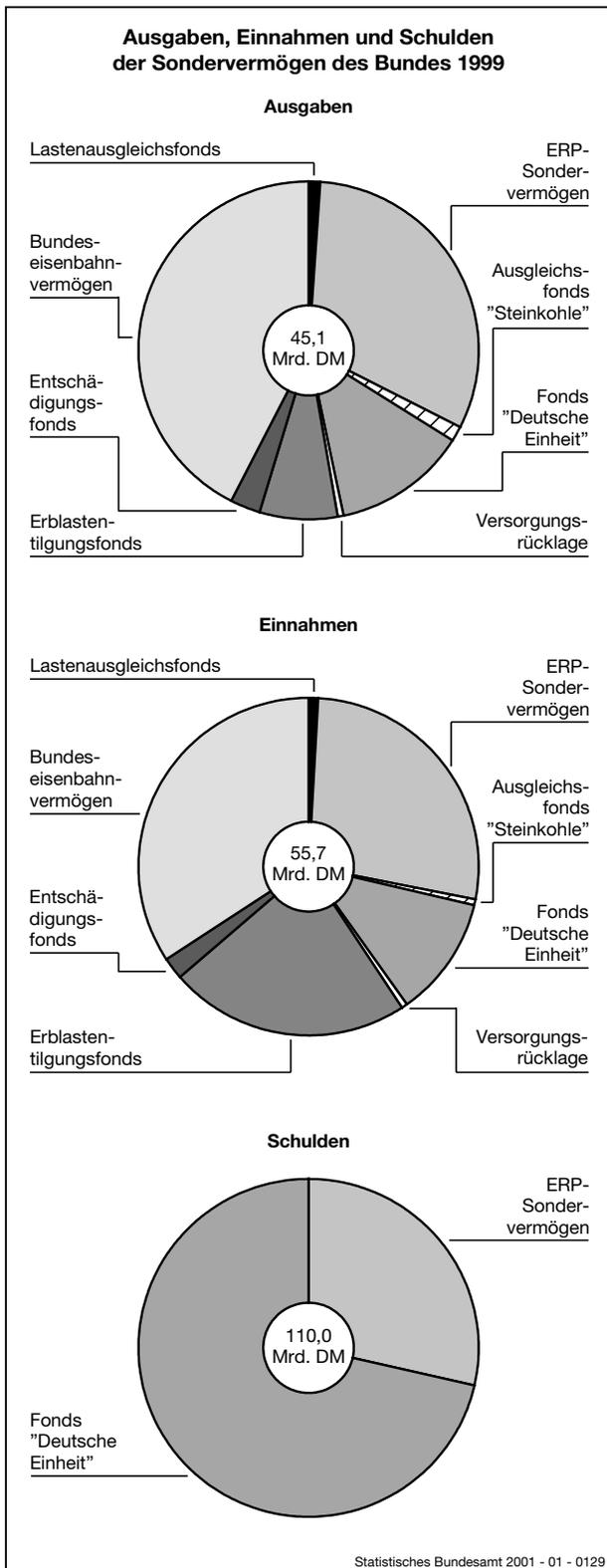
Ausgaben, Einnahmen und Schulden der Sondervermögen insgesamt

Die Ausgaben aller Sondervermögen des Bundes erhöhten sich seit 1950 von 2,0 Mrd. DM auf 45,1 Mrd. DM im Jahr 1999. Ursächlich für den Anstieg waren vor allem die im Zuge der deutschen Vereinigung neu errichteten Sondervermögen. Ihre Ausgaben überschritten 1990 erstmals die Grenze von 30 Mrd. DM. 1994 erreichten die Ausgaben aller Sondervermögen des Bundes mit 87,5 Mrd. DM ihren Höchststand und gingen dann, mit Ausnahme des Jahres 1998, bis 1999 jeweils zurück. Die Einnahmen nahmen im Berichtszeitraum von 1950 bis 1999 von 2,2 auf 55,7 Mrd. DM zu. Ebenso wie die Ausgaben stiegen sie zunächst bis 1994 permanent bis auf 77,2 Mrd. DM an, fielen 1995 auf 70,4 Mrd. DM, um dann wieder anzusteigen bis auf 90,8 Mrd. DM im Jahr 1998. 1999 sanken sie auf 55,7 Mrd. DM. Die Schulden erreichten 1999 110,0 Mrd. DM. Den größten Zuwachs um mehr als 200 Mrd. DM auf 530,8 Mrd. DM verzeichneten sie 1995, vornehmlich bedingt durch die Übertragung der Schulden der Treuhandanstalt auf den Erblastentilgungsfonds. Die starke Abnahme im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr erklärt sich daraus, dass der Bund die Schulden von drei Sondervermögen ab diesem Zeitraum übernahm.

Tabelle 1: Sondervermögen insgesamt
Mill. DM

Jahr	Ausgaben	Einnahmen	Schuldenstand
1950	2 015	2 168	–
1962	5 063	4 823	4 237
1970	4 899	5 170	8 006
1980	5 597	4 221	3 200
1990	30 164	7 943	56 712
1991	51 743	15 106	94 273
1992	67 652	39 068	190 377
1993	62 540	47 356	217 054
1994	87 506	77 202	291 148
1995	69 860	70 356	530 766
1996	69 039	81 618	522 019
1997	65 058	78 122	515 791
1998	66 988	90 819	499 668
1999	45 132 ¹⁾	55 691 ¹⁾	110 040

1) Einschl. Versorgungsrücklage (64 Mill. DM).



Lastenausgleichsfonds

Der Lastenausgleichsfonds, der durch das Gesetz über den Lastenausgleichsfonds vom 14. August 1952 (BGBl. I S. 446) eingerichtet wurde, gewährt seit 1949 den vom zweiten Weltkrieg betroffenen Flüchtlingen, Vertriebenen und Kriegsgeschädigten für Vermögensverluste finanzielle Unterstützung. Diese besteht aus der so genannten Hauptentschädigung, der laufenden Unterhaltshilfe sowie Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaus, der Land-

wirtschaft sowie der gewerblichen Wirtschaft. Die Finanzierung dieser Aufgabe erfolgte 30 Jahre lang größtenteils durch drei spezielle Lastenausgleichsabgaben, die Vermögensabgabe, die Hypotheken- und die Kreditgewinnabgabe. Die Abgabepflicht war bis 1979 befristet, seither erfolgt die Finanzierung über Bundes- und Landeszuschüsse.

1950 betrug die Ausgaben des Lastenausgleichsfonds 2,0 Mrd. DM. 1959 erreichten sie ihren Höchststand mit 4,5 Mrd. DM. Mit zunehmendem Abstand zum Kriegsende nahmen die Ausgaben ab, 1999 beliefen sie sich auf 0,5 Mrd. DM. An Einnahmen flossen dem Lastenausgleichsfonds 1950 2,2 Mrd. DM zu, 1999 waren es 0,5 Mrd. DM.

Tabelle 2: Lastenausgleichsfonds
Mill. DM

Jahr	Gesamtausgaben	Gesamteinnahmen	Schuldenstand
1950	2 015	2 168	–
1962	4 403	4 087	4 162
1970	3 336	3 636	6 710
1980	2 106	2 080	1)
1990	1 146	1 110	–
1991	1 043	1 072	–
1992	930	932	–
1993	868	866	–
1994	818	926	–
1995	871	899	–
1996	801	752	–
1997	720	709	–
1998	608	618	–
1999	492	499	–

1) Ab 1980 wurden die Schulden des Lastenausgleichsfonds auf den Bund übertragen.

Bis 1979 nahm der Lastenausgleichsfonds auch Kapitalmarktmittel auf, um die Leistungen der Hauptentschädigung beschleunigt abwickeln zu können. Am höchsten verschuldet war der Fonds 1969 mit 7,4 Mrd. DM. Da die Zahl der Anspruchsberechtigten im Zeitablauf immer mehr abnahm, sank auch der Schuldenstand bis auf 2,9 Mrd. DM im Jahr 1979. 1980 übernahm der Bund die Schulden des Lastenausgleichsfonds in seinen Etat.

ERP-Sondervermögen

Das ERP-Sondervermögen (die Abkürzung ERP steht für European Recovery Program – Europäisches Wiederaufbauprogramm) entstand im Zusammenhang mit dem amerikanischen Marshallplan nach dem zweiten Weltkrieg. Nach diesem Plan erstattete die amerikanische Regierung US-Exporthandlern für die Lieferung von Waren und Dienstleistungen in das zerstörte Europa den entsprechenden Gegenwert in Dollar. Die westeuropäischen Importeure mussten den betreffenden Einfuhrwert in inländischer Währung auf Konten der jeweiligen Zentralbank einzahlen, die deutschen Importeure also bei der Deutschen Bundesbank bzw. bis 1957 bei der Bank Deutscher Länder. Eigentümer dieser Gegenwertkonten blieben die Vereinigten Staaten, da die Gelder den Deutschen im Gegensatz zu den anderen Staaten nicht geschenkt, sondern lediglich kreditiert wurden. Am 15. Dezember 1949 beschlossen die Vereinigten Staaten und Deutschland in einem Abkommen, die Gegenwertmittel von damals rund 6 Mrd. DM als Sondervermögen zu verwalten. Aus diesem Sondervermögen sollten Kredite zur Förderung der deutschen Wirtschaft revolving

gewährt, also nach Rückzahlung immer wieder neu vergeben werden. Dieses Abkommen trat am 1. Februar 1950 in Kraft und war gewissermaßen der Geburtstag des Sondervermögens, das 1953 mit dem Gesetz über die Verwaltung des ERP-Sondervermögens vom 31. August 1953 (BGBl. I S. 1312) seinen Namen erhielt. Die Schuld aus der Marshallplanhilfe wurde Deutschland im Londoner Schuldenabkommen von 1953 bis auf einen Rest von 1 Mrd. DM erlassen. Ende 1966 leistete der Bund die letzte Tilgungsrate für diese Schuld. Ab diesem Zeitpunkt ist das ERP-Sondervermögen in vollem Umfang in deutsches Eigentum übergegangen.

Tabelle 3: ERP-Sondervermögen
Mill. DM

Jahr	Gesamtausgaben	Gesamteinnahmen	Schuldenstand
1962	660	736	75
1970	1 563	1 534	1 296
1980	3 491	2 141	3 200
1990	12 874	4 397	9 285
1991	12 203	5 541	16 319
1992	13 478	6 795	24 259
1993	11 907	10 349	28 148
1994	13 131	11 047	27 938
1995	12 854	10 404	34 115
1996	11 992	13 086	34 044
1997	13 221	14 427	33 561
1998	15 879	15 673	34 060
1999	14 238	15 286	31 348

Ursprünglich hatte das ERP-Sondervermögen mit seinen Mitteln zum Wiederaufbau Deutschlands beigetragen. Seit 1961 werden auch Kredite zur Entwicklungshilfe vergeben, ab 1967/68 darüber hinaus im Rahmen der staatlichen Konjunkturpolitik für kommunale Investoren. In jüngster Zeit liegen die Ausgabenschwerpunkte in folgenden Bereichen:

- Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen,
- Berlinhilfe,
- Investitionshilfen an Gemeinden und für Umweltschutzmaßnahmen,
- ab 1990 Finanzhilfen für den Aufbau der neuen Länder.

Der Kapitalstock des ERP-Sondervermögens ist seit Gründung von damals 6 auf 23,8 Mrd. DM Ende 1998 (aktuellere Werte liegen nicht vor) angewachsen.

Statistisch erfasst werden die Finanzen des ERP-Sondervermögens ab 1962. Seine Ausgaben betragen damals 0,7 Mrd. DM, 1999 14,2 Mrd. DM. Bis 1989 bestanden sie fast ausschließlich aus Darlehensgewährungen. Mit der Aufgabenerweiterung ab 1990, der Gewährung von Finanzhilfen für den Aufbau Ost, kam der Kapitalaufnahme und damit auch den Zinsausgaben eine größere Bedeutung zu. 1999 betragen die Zinsausgaben 17,5% der Gesamtausgaben, der Rest (82,5%) entfiel auf die Darlehen. Entsprechend der Ausgabenstruktur des ERP-Sondervermögens bestehen dessen Einnahmen, die sich von 0,7 Mrd. DM im Jahr 1962 auf 15,3 Mrd. DM im Jahr 1999 erhöhten, vornehmlich aus Darlehensrückflüssen.

Der Schuldenstand, 1962 mit 75 Mill. DM noch vergleichsweise gering, stieg besonders auf Grund der

erwähnten Aufgabenerweiterung ab 1990 kräftig und erreichte 1999 31,3 Mrd. DM.

Fonds „Deutsche Einheit“

Der 1990 durch Art. 31 des Gesetzes zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 25. Juni 1990 (BGBl. II S. 518) gegründete Fonds hat die Aufgabe, eine rasche Angleichung der Lebensverhältnisse im Beitrittsgebiet an das Niveau in den alten Bundesländern herzustellen. Zu diesem Zweck wurde ihm zunächst ein Finanzvolumen von 115 Mrd. DM zur Verfügung gestellt, das im März 1992 auf 146,3 Mrd. DM und im Juni 1993 auf 160,7 Mrd. DM aufgestockt wurde. Die Mittel stammten vom Bund (49,6 Mrd. DM) und den alten Bundesländern (16,1 Mrd. DM) sowie aus eigenen Krediten (95 Mrd. DM). Ab 1995 wurden die neuen Bundesländer in den Finanzausgleich einbezogen, so dass deren Finanzierung über den Fonds „Deutsche Einheit“ entfiel. Seit 1995 tilgte daher der Fonds nur noch. Für die zu leistenden Zins- und Tilgungsausgaben erhielt der Fonds jährlich 10% der insgesamt aufgenommenen Kredite, also 9,5 Mrd. DM, vom Bund. Daran beteiligten sich die Länder bis einschließlich 1994 zur Hälfte (4,75 Mrd. DM), ab 1995 noch zusätzlich mit einem Pauschalbetrag von jährlich 2,1 Mrd. DM. Wegen der günstigen Zinsentwicklung am Kapitalmarkt, die zu einem schnelleren Schuldenabbau führte als erwartet, wurden vorübergehend, für die Jahre 1998 bis 2000, die Zuschüsse an den Fonds von 10 auf 6,8% abgesenkt. Die ursprünglich angenommene Gesamtlaufzeit des Fonds bis zum Jahr 2016 soll durch diese temporäre Absenkung nicht beeinflusst werden.

Tabelle 4: Fonds „Deutsche Einheit“
Mill. DM

Jahr	Gesamtausgaben	Gesamteinnahmen	Schuldenstand
1990	22 039	2 045	19 793
1991	36 833	6 210	50 482
1992	37 819	15 437	74 371
1993	41 273	27 786	87 676
1994	41 586	38 613	89 483
1995	7 193	9 504	87 146
1996	6 796	9 504	83 547
1997	6 193	9 504	79 663
1998	5 810	6 466	79 270
1999	5 775	6 464	78 433

1990 beliefen sich die Ausgaben des Fonds auf 22,0 Mrd. DM. Sie bestanden aus Zuweisungen an die neuen Länder und, in geringem Maße, aus Zinsausgaben für die aufgenommenen Kredite. Bis 1994 stiegen die Ausgaben auf 41,6 Mrd. DM an. Ab 1995 erfolgte, wie erwähnt, die Finanzierung der neuen Länder nicht mehr über den Fonds „Deutsche Einheit“, so dass dessen Ausgaben – nur noch bestehend aus Zins- und Tilgungsausgaben – erheblich gesunken sind, und zwar 1995 auf 7,2 Mrd. DM, 1999 auf 5,8 Mrd. DM. Die Einnahmen entwickelten sich analog. Bis 1994 nahmen sie stetig zu, bis auf 38,6 Mrd. DM im Jahr 1994. Nach Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich im Jahr 1995 gingen die Zuweisungen vom Bund und damit auch die Gesamteinnahmen auf 9,5 Mrd. DM und bis 1999 auf 6,5 Mrd. DM zurück. Auch in der Entwicklung des Schuldenstandes spiegelt sich die Änderung in der Aufgabenverteilung wider. Bis einschließlich 1994 stieg der Schuldenstand von 19,8 Mrd. DM (1990) auf 89,5 Mrd. DM

(1994). Danach verringerte er sich bis auf 78,4 Mrd. DM im Jahr 1999.

Bundeseisenbahnvermögen

Das im Zuge der Bahnreform durch das Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378) gegründete Sondervermögen verwaltet die Altschulden der ehemaligen Unternehmen „Deutsche Bundesbahn“ und „Deutsche Reichsbahn“ und ist Dienstherr der der Bahn AG zugewiesenen Beamten. Seit 1996 darf das Bundeseisenbahnvermögen grundsätzlich keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Lediglich zur Tilgung der bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufenen Verbindlichkeiten ist dies noch gestattet. Der Bund trägt ab diesem Zeitpunkt die Aufwendungen, die das Bundeseisenbahnvermögen nicht durch eigene Einnahmen decken kann.

Tabelle 5: Bundeseisenbahnvermögen
Mill. DM

Jahr	Gesamtausgaben	Gesamteinnahmen	Schuldenstand
1994	26 479	21 116	71 173
1995	26 396	19 414	78 397
1996	26 184	26 795	77 783
1997	26 169	26 691	77 252
1998	24 977	24 963	77 246
1999	19 256	19 224	–

Die Gesamtausgaben des Bundeseisenbahnvermögens bestehen vornehmlich aus den Personalausgaben für die aktiven und pensionierten Bahnbeamten bzw. deren Hinterbliebene sowie den Zinsausgaben für die aufgenommenen Kredite. Ab dem 1. Juli 1999 übernahm der Bund gemäß dem Gesetz zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999 (BGBl. I S. 1384) auch die Verbindlichkeiten des Bundeseisenbahnvermögens neben denen des Erblastentilgungsfonds und des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes.¹⁾ Damit entfielen ab diesem Zeitpunkt auch die Zins- und Tilgungsverpflichtungen des Bundeseisenbahnvermögens. Dies führte dazu, dass sich die Ausgaben insgesamt von 1998 auf 1999 um 5,7 Mrd. DM auf 19,3 Mrd. DM verringerten. Die Einnahmen des Bundeseisenbahnvermögens setzen sich zusammen aus Zuweisungen vom Bund und den – allerdings nicht in voller Höhe – geleisteten Erstattungen der Bahn AG für die Übernahme der Personalaufwendungen. 1994 beliefen sich die Einnahmen auf 21,1 Mrd. DM, 1999 auf 19,2 Mrd. DM.

Aus den Altschulden der ehemaligen „Deutschen Bundesbahn“ und „Deutschen Reichsbahn“ resultierte der Anfangsschuldenstand 1994 in Höhe von 71,2 Mrd. DM. 1998 betrug der Schuldenstand 77,2 Mrd. DM, der dann 1999, wie erwähnt, auf den Bund übertragen wurde.

Kreditabwicklungsfonds

Dem durch Artikel 23 des Einigungsvertrages vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885) errichteten Kreditab-

wicklungsfonds wurden die Schulden übertragen, die die ehemalige DDR in der Zeit der deutsch-deutschen Währungsunion (1. Juli bis 3. Oktober 1990) gemacht hatte. Daneben wurden dem Fonds die Verbindlichkeiten aus der Zuteilung von Ausgleichsforderungen an Kreditinstitute und Außenhandelsbetriebe zugewiesen, die im Zusammenhang mit der Währungsunion entstanden sind.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1995 wurde der Kreditabwicklungsfonds aufgelöst. Seine bis zu diesem Zeitpunkt aufgelaufene Gesamtverschuldung ist nach den Vereinbarungen zum Föderalen Konsolidierungsprogramm in den Erblastentilgungsfonds übergeleitet worden. Der Bund trägt die damit verbundenen Lasten in voller Höhe.

1991 beliefen sich die Ausgaben des Kreditabwicklungsfonds auf 1,7 Mrd. DM, im letzten Jahr seines Bestehens, 1994, betragen sie 5,5 Mrd. DM. Die Ausgaben bestanden vornehmlich aus Zinszahlungen für die übernommenen Schulden.

Tabelle 6: Erblastentilgungsfonds¹⁾
Mill. DM

Jahr	Gesamtausgaben	Gesamteinnahmen	Schuldenstand
1990	–	–	27 634
1991	1 664	2 283	27 472
1992	15 425	15 904	91 747
1993	8 492	8 355	101 230
1994	5 492	5 500	102 554
1995	21 512	28 833	328 888
1996	20 215	29 762	323 528
1997	18 237	26 268	322 032
1998	16 497	40 724	304 978
1999	3 360	12 863	–

1) Bis einschl. 1994 Kreditabwicklungsfonds.

Die Einnahmen erreichten 1991 2,3 Mrd. DM, 1994 5,5 Mrd. DM. Dabei handelte es sich um Zinszuschüsse, die je zur Hälfte vom Bund und der Treuhandanstalt geleistet wurden. Die Schulden stiegen von 27,6 Mrd. DM im Jahr 1991 auf 102,6 Mrd. DM 1994.

Erblastentilgungsfonds

Der Erblastentilgungsfonds, errichtet durch Art. 38 des Gesetzes zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 984, neu gefasst durch Bekanntmachung vom 16. August 1999, BGBl. I S. 1882), übernahm ab dem 1. Januar 1995 die Schulden des Kreditabwicklungsfonds in Höhe von 103 Mrd. DM. Darüber hinaus sind in ihm Teile der Altverbindlichkeiten der Wohnungsbauunternehmen der ehemaligen DDR in Höhe von rund 31 Mrd. DM sowie die Verbindlichkeiten der Ende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt in Höhe von 205 Mrd. DM zusammengefasst. Ferner wurden ihm mit Wirkung zum 1. Januar 1997 die Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen wie Schulen, Kultur- oder Jugendhäuser in Höhe von 8,4 Mrd. DM übertragen. In den Erblastentilgungsfonds wurden damit fast 350 Mrd. DM Schulden eingestellt. Ende 1998 betragen die Schulden 305 Mrd. DM. Ab 1999 wurden sie, wie erwähnt, gesetzlich auf den Bund übertragen.

1) Der dadurch bedingte Schuldenzuwachs beim Bund wird allerdings mehr als kompensiert durch die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM, die ausschließlich zum Schuldenabbau (im vierten Quartal 2000 in Höhe von 34,7 Mrd. DM, im ersten Quartal 2001 in Höhe von 64,7 Mrd. DM) verwendet werden.

Die gesamten Ausgaben bestehen fast ausschließlich aus Zinsausgaben für die übernommenen Schulden. 1995 betragen sie 21,5 Mrd. DM. 1999, nach der Übernahme der Schulden durch den Bund, verringerten sie sich auf 3,4 Mrd. DM.

Die Einnahmen beliefen sich 1995 auf 28,8 Mrd. DM, 1999 auf 12,9 Mrd. DM. Sie setzen sich zusammen aus den Zuweisungen des Bundes in Höhe von 7,5% des Schuldenstandes des Jahres 1995 sowie aus dem Betrag, um den die tatsächlichen Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn den im Haushaltsplan eingeplanten Betrag von 7 Mrd. DM überschreiten. Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben wird zur Schuldentilgung verwendet. 1998 fiel der Bundesbankgewinn wegen Neubewertung der Währungsreserven und Auflösung von Rückstellungen besonders hoch aus, so dass die Einnahmen des Erblastentilgungsfonds von 26,3 Mrd. DM im Jahr 1997 auf 40,7 Mrd. DM im Jahr 1998 anstiegen.

Entschädigungsfonds

Der Entschädigungsfonds, gegründet durch § 9 des Entschädigungsgesetzes vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624), finanziert nach der deutschen Vereinigung die auf der Grundlage des Vermögensgesetzes sowie des Entschädigungs- und Ausgleichsgesetzes zu leistenden Zahlungen für vermögensrechtliche Ansprüche, wenn eine Rückgabe früheren Eigentums nicht möglich ist.

Seine Ausgaben bestehen vor allem aus Leistungen nach dem Vertriebenen- und Vermögensgesetz und den Entschädigungen für NS-Verfolgte. 1995 beliefen sich die gesamten Ausgaben auf 1,0 Mrd. DM, 1999 auf 1,3 Mrd. DM. Die Einnahmen, die u.a. aus Veräußerungen der Treuhandanstalt bzw. der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, aus dem Finanzvermögen und Rückflüssen aus dem Lastenausgleichsfonds stammen, entsprachen seit 1995 immer annähernd den jeweiligen Ausgaben.

Tabelle 7: Entschädigungsfonds
Mill. DM

Jahr	Gesamtausgaben	Gesamteinnahmen	Schuldenstand
1995	1 034	1 302	-
1996	931	541	9
1997	198	324	54
1998	2 251	2 149	143
1999	1 293	1 170	258

Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes

Der Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes (Ausgleichsfonds „Steinkohle“), errichtet durch das dritte Verstromungsgesetz [vom 13. Dezember 1974 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1990 (BGBl. I S. 917), zuletzt geändert durch das Gesetz zur

Sicherung des Einsatzes von Steinkohle in der Verstromung und zur Änderung des Atomgesetzes und des Stromeinspeisungsgesetzes vom 19. Juli 1994 (BGBl. I S. 1618)], wurde erstmals 1995 (Schulden) bzw. 1996 (Ausgaben, Einnahmen) statistisch erfasst. Er hat die Aufgabe, den Elektrizitätsversorgungsunternehmen einen finanziellen Ausgleich für die bei der Verstromung heimischer Steinkohle entstehenden Kosten gegenüber dem Einsatz billiger Importkohle, von Erdöl oder Erdgas zu gewähren. Zur Finanzierung des Einsatzes der heimischen Steinkohle wurde beim Stromverbraucher eine Ausgleichsabgabe, der so genannte Kohlepennig, in Form eines Aufschlages auf die Stromrechnung von zuletzt 8,5% erhoben. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Oktober 1994 wurde jedoch die Erhebung des Kohlepennigs bis Ende 1995 befristet. Weil die nach dem Verstromungsgesetz zu leistenden Kohlesubventionen für die Zeit vor 1996 höher waren als das frühere Aufkommen aus dem Kohlepennig, bestanden noch Ansprüche der Subventionsempfänger, die über Kredite finanziert wurden. Die daraus entstandenen Schulden beliefen sich Ende 1998 auf 4,0 Mrd. DM und wurden 1999 in die Bundesschuld integriert.

Tabelle 8: Ausgleichsfonds „Steinkohle“
Mill. DM

Jahr	Gesamtausgaben	Gesamteinnahmen	Schuldenstand
1995	-	-	2 220
1996	2 120	1 178	3 108
1997	320	199	3 229
1998	966	226	3 971
1999	654	121	-

Die Ausgaben bestehen fast ausschließlich aus Subventionen, finanzstatistisch als Zuschüsse an Unternehmen nachgewiesen. 1999 leistete der Fonds letztmals Restzahlungen in Höhe von 0,7 Mrd. DM. Ab 2000 fallen keine Ausgaben mehr an. Infolge des Wegfalls des Kohlepennigs seit 1996 werden die Verstromungssubventionen direkt aus dem Bundeshaushalt geleistet (1999: 7,6 Mrd. DM).

Versorgungsrücklage

Dieses Sondervermögen, errichtet durch das Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Bundes vom 9. Juli 1998 (BGBl. I S. 1800), hat die Aufgabe sicherzustellen, auch in Zukunft die Versorgungsaufwendungen für die Bundesbeamten finanzieren zu können. Zu diesem Zweck werden ihm jährlich Mittel zugeführt, die die Deutsche Bundesbank zu verwalten hat. Die Höhe der Mittelzuführung ergibt sich aus einem prozentualen Abschlag der jährlichen Besoldungserhöhung für die aktiven Beamten wie auch für die Ruhestandsbeamten. 1999 betrug der Abschlag 0,2%. Vorgesehen ist eine kontinuierliche Steigerung dieses Abschlages bis maximal 3%. Beim Bund betrug die Zuführung zur Versorgungsrücklage 1999 64 Mill. DM. Das Sondervermögen legt die Mittel durch Kauf von handelbaren Schuldverschreibungen des Bundes wieder an.²⁾ ■

2) Die Länder errichteten im Jahr 1999 ebenfalls derartige Sondervermögen. Die Verwaltung dieser dem Sondervermögen zugeführten Mittel ist in den Ländern unterschiedlich geregelt. Sie wird teilweise von Landeszentralbanken, von Länderfinanzministerien oder speziellen Landesbanken wahrgenommen. Der Abschlag beträgt ebenfalls zunächst 0,2%. Für die Länder liegen entsprechende Daten erst ab dem 4. Vierteljahr 2000 vor. Die Anlage der Mittel erfolgt in den Ländern unterschiedlich. Einzelne Länder kaufen auch handelbare Schuldverschreibungen des Bundes, andere nur die des eigenen Landes oder auch anderer Länder. Auf kommunaler Ebene sind keine gesonderten Sondervermögen zur Sicherstellung der künftigen Versorgungsausgaben gegründet worden. Diese Aufgabe wird von den finanzstatistisch nicht erfassten kommunalen Versorgungskassen mit übernommen.

Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2

Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998

Die ursprünglichen Planungen, den Aufsatz zur „Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland“ aus Heft 9/2000 dieser Zeitschrift unmittelbar fortzusetzen, ließen sich durch die Auflösung der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes nicht verwirklichen. Der Bedarf an haushaltsbezogenen Daten aus der EVS 1998 ist jedoch – obwohl die Ergebnisse inzwischen an Aktualität verloren haben – ungebrochen, so dass diese Lücke im Folgenden geschlossen und für die in der EVS 1998 vertretenen Haushalte die Höhe und Verteilung der erfassten Geldvermögen differenziert dargestellt werden soll. Dabei sind generell diejenigen Haushalte nicht berücksichtigt, deren Haushaltsnettoeinkommen 35 000 DM und mehr pro Monat betrug.

Von den 36,8 Mill. privaten Haushalten hatten 7,7% 1998 kein Geldvermögen. Das waren rund 2,8 Mill. Haushalte (2,3 Mill. im früheren Bundesgebiet, 0,5 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost). Rund 1% der an der EVS beteiligten Haushalte im Westen und 0,8% im Osten weigerten sich, die Höhe ihres Geldvermögens zu benennen.

Die in der EVS 1998 nachgewiesenen Vermögensarten (ohne Bargeld, Girogeldbestände/Sichteinlagen, Guthaben bei berufsständischen Versorgungswerken u. a.) betragen im Schnitt pro Haushalt im früheren Bundesgebiet 71 200 DM. Nach Abzug der durchschnittlichen Konsumentenkreditschulden von 2 600 DM belief sich das durchschnittliche Nettogeldvermögen je Haushalt auf 68 600 DM.

Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost kamen 1998 im Schnitt auf ein Geldvermögen von beinahe 32 000 DM, nach Abzug der Konsumentenkreditschulden (im Schnitt pro Haushalt 2 300 DM) betrug das Nettogeldvermögen 29 600 DM.

Im Aufsatz wird dargestellt, welche Anlageformen von den Haushalten – unterschieden nach Haushaltstyp, sozialer Stellung und Alter des Haupteinkommensbeziehers – gewählt wurden und wie hoch die jeweils angelegten Beträge waren. Bei der Portfoliostruktur dominieren im Osten die Anlagen bei den Sparkassen, im Westen stehen Versicherungen von der Geldvermögenshöhe her an erster Stelle. Gut 16% der privaten Haushalte in Deutschland (17,6% im Westen, 11% im Osten) hatten 1998 Aktien, das waren rund 6 Mill. Haushalte. Gegenüber 1993 nahm diese Zahl um 2,3 Mill. Haushalte zu. Der größere Verbreitungsgrad von Aktien hat in den hier betrachteten privaten Haushalten keinen Beitrag zur ausgewogenen Vermögensverteilung geleistet. So konzentrierten 1998 im früheren Bundesgebiet die 10% „reichsten“ Haushalte rund 48% des gesamten Geldvermögens auf sich (1993: 43,2%). 50% der Haushalte besaßen lediglich 7,5% des gesamten Geldvermögens, 1993 lag dieser Anteil noch bei 10,4%.

Dr. Margot Münnich

Zur Erfassung des Geldvermögens privater Haushalte in Deutschland

Fragen nach den Arten des Geldvermögens und deren Höhe gehören zu den sensibelsten Tatbeständen bei Haushaltsbefragungen. Dazu geben Befragte in der Regel ungern Auskunft, und auch in den Haushaltsbüchern des Jahres 1998 finden sich Antwortverweigerungen und Hinweise, dass die Statistik Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und nicht Geldvermögensstatistik heißt. Im Wissen um die Problematik des zu erfragenden Sachverhalts wurde durch Splittung der Erhebungsunterlagen versucht, zunächst eine Vertrauensbasis zu den Befragten aufzubauen und die Fragen zum Geldvermögen erst zum Ende der Erhebung zu stellen. Damit sollte auch einem vorzeitigen Abbruch der Aufzeichnungen zur wirtschaftlichen Lage durch die Haushalte vorgebeugt werden. Auskünfte zum Geldvermögen wurden bei den bisherigen Einkommens- und Verbrauchsstichproben daher

generell im Schlussinterview gestellt¹⁾, wofür als einheitlicher Stichtag jeweils der 31. Dezember des Erhebungsjahres galt. Im Rahmen der Neukonzeption der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte ist auf das Schlussinterview als eigenständigen Erhebungsteil verzichtet worden. Damit sollte die reine Befragungszeit verkürzt werden und der Aufwand für die Interviewerinnen und Interviewer verringert werden.²⁾ Diese Entscheidung ließ nur noch zu, zwischen einer Aufnahme der Fragen zum Geldvermögen ins einleitende Interview 1998 oder ins Haushaltsbuch zu wählen. Für das Einführungsinterview sprach der einheitliche Stichtag. Dagegen standen die in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe im Erhebungsjahr 1962/63 und auch später beim Antwortverhalten zu anderen vergleichbaren Fragestellungen gesammelten Erfahrungen. Zu berücksichtigen galt es weiterhin, dass die Darstellung der Beziehungen zwischen Geldvermögen und Einkommen für Aussagen zur wirtschaftlichen Lage der Haushalte recht bedeutsam sind, gerade weil unter Ökonomen unumstritten ist, dass das Einkommen eine wichtige Determinante von Geldvermögen und Schulden bildet. Wenn im Einführungsinterview nach dem Vermögen gefragt würde, könnte nur ein Vergleich mit dem Einkommen auf der Grundlage der

1) Dies galt ab 1969; die erste Erhebung 1962/63 hatte die Fragen zum Geldvermögen noch im einleitenden Interview vorgesehen.

2) Siehe Chlumsky, J./Ehling, M.: „Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte“ in WiSta 7/1997, S. 455 ff.

Selbsteinstufung der Haushalte nach Haushaltsnettoeinkommensklassen erfolgen, was mit teilweise erheblichen Einbußen in der Aussagekraft verbunden wäre.³⁾ Letztlich blieb, wenn die vorgenannten Nachteile nicht in Kauf genommen werden sollten, nur die Alternative, die Haushalte zu bitten, zum Schluss der Erhebung in den Haushaltsbüchern Auskunft über das Geldvermögen zu geben. Diese im Fachausschuss „Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen Privater Haushalte“ getroffene Entscheidung implizierte, dass 1998 zu vier unterschiedlichen Stichtagen Geldvermögensbestände erfragt wurden. Je nachdem, in welchem Quartal der Haushalt Buch führte, waren das der 31. März, der 30. Juni, der 30. September oder der 31. Dezember. Die in den ersten drei Quartalen ermittelten Angaben wurden keinem Bewertungsverfahren unterzogen (z. B. Aktienbesitz der ersten Quartale korrigiert nach Kursentwicklung des DAX, Festgeld der ersten drei Quartale erhöht um einen durchschnittlichen Zinsertrag).⁴⁾ Die Geldvermögensangaben der Haushalte sind in die Ergebnisdarstellung unverändert eingegangen.

Neu, verglichen mit 1993, ist neben dieser Verfahrensweise des Weiteren, dass im Tabellenprogramm jene Haushalte gesondert ausgewiesen werden, die Angaben zum Geldvermögen verweigert haben. Das waren nicht ganz 1% der Haushalte.⁵⁾ Falls die Befragten die Frage, ob Haushaltsmitglieder über Geldvermögen verfügen, bejaht hatten, wurden sie gebeten, bei den einzelnen Vermögensarten zum Ende des Anschreibungsquartals die Summe der Guthaben (einschl. vermögenswirksamer Leistungen) aller Haushaltsmitglieder in vollen DM einzutragen. Falls entsprechende Konto-/Depotauszüge nicht vorlagen, genügte eine sorgfältige Schätzung. Mit der Neukonzeption der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte war auch beabsichtigt, die Geldvermögensformen methodisch den Darstellungen der Deutschen Bundesbank näher anzuleichen, die jedoch ihrerseits zwischenzeitlich in der Finanzierungsrechnung teilweise eine neue Gliederung eingeführt hat (so werden beispielsweise Guthaben bei Bausparkassen nicht mehr gesondert nachgewiesen).

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 wurden die privaten Haushalte nach folgenden Vermögensarten gefragt:

- *Bausparguthaben*, das heißt Guthaben noch nicht ausgezahlter Bausparverträge, einschließlich aller sonstigen privaten Guthaben bei Bausparkassen;
- *Sparguthaben*, das heißt unbefristet bei Banken (einschl. Postbank) und Sparkassen im In- und Ausland angelegte Gelder, die durch Ausfertigung einer Urkunde (Sparbuch) gekennzeichnet und nicht für den Zahlungsverkehr bestimmt sind;
- *Rentenwerte*; hier sollten auf DM oder Fremdwährung laufende Inhaberschuldverschreibungen in- und

ausländischer Emittenten genannt werden, wozu u. a. Pfandbriefe, Kommunalobligationen, sonstige Bankschuldverschreibungen, staatliche Schuldtitel (z. B. Bundesanleihen, Bundesobligationen sowie Bundesschatzbriefe) und Industrieobligationen gehören;

- *Sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen*, wie Fest- und Termingelder (einschl. Sparbriefen) in- und ausländischer Kreditinstitute;
- *Aktien*, das heißt in- und ausländische Wertpapiere, in denen Anteilsrechte an einer Aktiengesellschaft (AG, KGaA) verbrieft sind;
- *Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen*; darunter sollten Angaben zu Zertifikaten in- und ausländischer Immobilienfonds, Wertpapier- und Geldmarktfonds, zu Anteilen an geschlossenen Immobilienfonds und Kapitalgesellschaften – soweit diese keine Aktiengesellschaften sind –, aber auch zu Anteilen an Personengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Time-sharing-Anteilen gemacht werden.

Neu bei der EVS 1998 war die Frage nach der Höhe des an Privatpersonen (andere private Haushalte) verliehenen Geldes. Wie bei der Erhebung 1993 sollten Versicherungsguthaben aufgezeichnet werden. Gefragt war nach Kapitallebensversicherungen auf den Todes- und Erlebensfall, Kapitalversicherungen für „zwei verbundene Leben“, fondsgebundenen Lebensversicherungen, vermögensbildenden Lebensversicherungen, Sterbegeldversicherungen, Ausbildungsversicherungen, Aussteuerversicherungen, Lebensversicherungen mit Teilauszahlungen sowie privaten Rentenversicherungen (mit und ohne Zusatzversicherungen, wie z. B. Unfall- bzw. Berufsunfähigkeitszusatzversicherungen).

Anzugeben war der Rückkaufwert, einschließlich vorhandener Überschussguthaben, den die/der Versicherte von dem Versicherungsunternehmen ausgezahlt bekäme, löste sie/er im Jahr 1998 den Vertrag. Bei Neuverträgen müssen Versicherungsgesellschaften den Versicherten in der Regel mit einem Informationsschreiben zur Gewinnbeteiligung das Versicherungsguthaben mitteilen. Teilweise wird das bereits auch für so genannte Altverträge gehandhabt. Lagen den Versicherten solche Mitteilungen nicht vor, wurden die Befragten um weitergehende Angaben gebeten, um unter Zuhilfenahme dieser Informationen den Rückkaufwert über einen Algorithmus bei der Datenaufbereitung in der Statistik zu ermitteln.⁶⁾ Damit ist es möglich, die Höhe des Geldvermögens mit und ohne Lebensversicherungen für die in der EVS nachgewiesenen Haushalte festzustellen.

Der im Folgenden verwendete Geldvermögensbegriff erfasst – ebenso wie bei früheren Erhebungen – keine Bargeldbestände, keine Ansprüche von Haushaltsmitgliedern gegen Unternehmen aus der betrieblichen Altersvorsorge (einschl. Direktversicherungen) sowie keine Ansprü-

3) Siehe Münich, M.: „Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 1“ in WiSta 9/2000, S. 689.

4) Schätzverfahren, die dabei angewendet werden müssten, bringen zwar für höher aggregierte Größen in der Regel vertretbare Aussagen, aber kaum für niedrig aggregierte Daten, wie einzelne Haushaltsangaben.

5) Beim Einzug der Erhebungsunterlagen haben die Statistischen Ämter der Länder und die von ihnen eingesetzten Interviewer durch überzeugende Argumentation versucht, die Buchführenden auch dann noch um Angaben zu bitten, wenn zunächst keine Daten im Haushaltsbuch aufgezeichnet waren.

6) Siehe Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Heft 7 „Aufgabe, Methode und Durchführung der EVS 1993“, S. 28 ff. Der dort dargestellte Algorithmus ist für die Aufbereitung 1998 vereinfacht worden.

che an Pensions-, Sterbekassen und berufsständische Versorgungswerke u. Ä. Auch Girokonten blieben, unabhängig davon, ob der Bestand zum Befragungszeitpunkt positiv oder negativ war, unberücksichtigt. Um Missverständnisse zu vermeiden, sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass durch

- die gegebene Beschränkung auf ausgewählte Geldvermögensformen bei der Ergebnisdarstellung in der EVS,
- die unterschiedlichen Stichtage für die Erfassung der Geldvermögensbestände sowie
- fehlende repräsentative Daten der privaten Haushalte mit monatlichen Haushaltsnettoeinkommen über 35 000 DM

direkte Vergleiche mit Angaben der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank⁷⁾ nur möglich sind, wenn zum einen die aus den angeführten Sachverhalten bei der Erfassung des Geldvermögens resultierenden Lücken durch zusätzliche Berechnungen geschlossen werden. Gleiches gilt auch für die Schulden. Diese werden in der EVS ebenfalls nur partiell abgefragt: Neben den Krediten im Wohnungsbau, die zusammenhängend mit dem Haus- und Grundbesitz bereits in einem früheren Aufsatz in diesem Heft dargestellt worden sind⁸⁾, wurden die Haushalte gebeten, im Haushaltsbuch Angaben zur Höhe der Konsumentenkredite zu machen. Rückständige Zahlungsverpflichtungen von Haushaltsmitgliedern (z. B. für Mieten, Strom bzw. andere Rechnungen) und die Inanspruchnahme bzw. Überziehung von Dispositionskrediten bildete die EVS auch 1998 nur eingeschränkt ab.

Zum anderen müssten die Vermögensbestände der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ebenso wie die Unternehmensaktivitäten von Selbständigen und Freiberuflern gesondert ausgewiesen werden. So ist beispielsweise beim Aktienbesitz zu berücksichtigen, dass die börsenorientierten Aktiengesellschaften zahlenmäßig nur den kleineren Teil aller Aktiengesellschaften ausmachen. Die hohen Geldvermögensbestände des nicht börsenorientierten Aktienbesitzes sind vermutlich nicht im Besitz der an der EVS beteiligten Haushalte zu finden. Inwieweit weitere Zuordnungsprobleme eine Rolle spielen, wäre noch gesondert zu untersuchen.⁹⁾

Die Vermögensdaten der EVS werden im Allgemeinen als zu gering angesehen. Ein Grund dafür könnte in der Verteilung der Haushalte liegen, die bei der Hochrechnung in die Einkommensklassen über 12 000 DM monatliches Haushaltsnettoeinkommen eingeordnet worden sind. Das waren 1,6 Mill. bzw. 4,3% der in der EVS 1998 abge-

bildeten privaten Haushalte. 906 000 Haushalte (57,3%) befanden sich in der Einkommensklasse 12 000 bis unter 15 000 DM monatliches Haushaltsnettoeinkommen, 588 000 Haushalte (37,2%) in der Einkommensklasse 15 000 bis unter 25 000 DM und 86 000 Haushalte (5,4%) sind der Einkommensklasse 25 000 bis unter 35 000 DM zugeordnet worden. Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr wurden generell nicht in die Hochrechnung einbezogen. Letztlich werden erst die Mikrozensusergebnisse des Jahres 2000 über die Verteilung der Haushalte in diesen oberen Einkommensklassen Aussagen liefern, denn in diesem Jahr wurden zum ersten Mal die Abfragen in den oberen Einkommensklassen (über 12 000 DM monatliches Haushaltsnettoeinkommen) weiter aufgefächert.¹⁰⁾ Damit leistet die 1%-Zufallsstichprobe des Mikrozensus das für Verteilungsrechnungen Notwendige, was von vielen Nutzern in der Vergangenheit von der 0,2%-Quotenstichprobe der EVS gefordert wurde.

Nicht beweisbar scheint, dass Haushalte Vermögensbestände generell zu niedrig aufzeichnen.¹¹⁾ Möglicherweise ist eine Hemmschwelle vorhanden, wenn Interviewer im persönlichen Gespräch solche Fragen an den Auskunftgebenden richten. Beim Aufzeichnen dieser Angaben in einem Haushaltsbuch, in dem die wirtschaftliche Situation der Befragten ohnehin faktisch „durchleuchtet“ wird, scheint es eher unwahrscheinlich, dass diese ausgerechnet die Vermögensdaten bewusst nicht wahrheitsgemäß aufschreiben.

Geldvermögen privater Haushalte im Zehnjahresvergleich

Ende 1988 hatte im früheren Bundesgebiet im statistischen Durchschnitt ein Haushalt fast 25 700 DM auf der „hohen Kante“. Dieses Geldvermögen (ohne Lebensversicherungen) vermehrte sich im Verlauf von fünf Jahren auf das 1,6-fache, das waren Ende 1993 rund 41 900 DM.¹²⁾ In diesen Zuwächsen reflektiert sich die wirtschaftliche Lage der Haushalte, die im früheren Bundesgebiet davon bestimmt war, dass die Einkommen in diesem Zeitraum nicht nur nominal, sondern auch real kräftig zugenommen hatten. Als Indikator dafür können die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen gelten, die – abgesehen vom Mietwert für selbstgenutztes Wohneigentum – die Geldeinkünfte sind, die den Haushalten zum Wirtschaften zur Verfügung stehen. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen beliefen sich 1988 im früheren Bundesgebiet auf 3 800 DM pro Haushalt und

7) Siehe „Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1990 bis 1998“, Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2000, S. 17 ff.

8) Siehe Münnich, M.: „Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland“ in WiSta 3/1999, S. 210 ff.

9) So kommen Schüller, Lang und Buslei in dem Bericht: „Wohlstandsverteilung in Deutschland 1978-1993“ auf Seite 26 zu folgender Aussage: „Es spricht für die Zuverlässigkeit der Finanzierungsrechnung, dass sie auf institutionellen Daten der Finanzintermediäre beruht und in ihrer Datenqualität nicht von der Auskunftsbereitschaft privater Haushalte abhängt. Andererseits ist zu beachten, dass auch die Finanzierungsrechnung nicht frei von Fehlern ist. Die sektorale Aufteilung basiert auf Schätzungen. Insbesondere die Angaben zum Vermögensbestand des Haushaltssektors werden typischerweise als Restgröße ermittelt, in die sämtliche statistischen Ermittlungsfehler bei anderen Sektoren eingehen. Daraus resultiert unter Umständen eine nicht quantifizierbare Fehleinschätzung des von Privathaushalten gehaltenen Geldvermögens. Da dem Haushaltssektor typischerweise sämtliche Positionen zugeschlagen werden, die den übrigen Sektoren nicht plausibel zurechenbar sind, ist in der Finanzierungsrechnung tendenziell mit einer Überschätzung des von den Privathaushalten gehaltenen Geldvermögens zu rechnen.“, Edition der Hans-Böckler-Stiftung 34, Der Setzkasten GmbH, Düsseldorf 2000.

10) Siehe Münnich, M./Illgen, M.: „Einkommen und Einnahmen privater Haushalte in Deutschland“ in WiSta 2/2000, S. 137.

11) So äußern sich u.a. Bedau und Krause: „Vielmehr ist zu vermuten, dass nicht wenige der Befragten ihren Vermögensbesitz unvollständig deklariert haben... Gilt es hierzulande nicht geradezu als Volkssport, sein Vermögen zu verstecken, und wird es nicht als Kavaliärsdelikt empfunden, seine Ersparnisse (oder zumindest einen Teil davon) auf der Flucht vor der Besteuerung ins Ausland zu transferieren? Mancher wird befürchten, das Finanzamt könne von diesem Fluchtkapital erfahren, wenn er es der Statistik zur Kenntnis bringt. Und verschweigt man einen Teil seines Geldvermögens, dann wohl auch einen Teil seiner Vermögenseinkünfte.“ in „Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung“, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Heft 3/1998.

12) Der Rückkaufwert abgeschlossener Lebensversicherungspolice wurde erstmals in der Erhebung 1993 auf Grund der Angaben der privaten Haushalte bewertet und als Vermögensart des Geldvermögens ausgewiesen.

Monat, 1993 waren es 5 010 DM. Von dieser Summe legten Haushalte im Durchschnitt monatlich 660 DM zurück. Die Sparquote (ermittelt als Relation zwischen Ersparnis und ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen) betrug 13,1%. Diese Entwicklung, die durch den Vereinigungsboom begünstigt wurde, setzte sich in den Folgejahren nicht weiter fort. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen der Haushalte im früheren Bundesgebiet nahmen zwischen 1993 und 1998 nominal nur noch um 8,7% zu. Das 1993 erreichte Konsumniveau konnte unter Berücksichtigung der Preisentwicklung im Prinzip lediglich durch sinkende Sparquoten gehalten werden. Von den rund 5 450 DM monatlichen ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen im Jahr 1998 verwendeten Haushalte im früheren Bundesgebiet im Schnitt 650 DM als Ersparnis; die Sparquote sank auf 11,9%.¹³⁾ Das Geldvermögen (ohne Lebensversicherungen) wuchs zwischen 1993 und 1998 im Durchschnitt pro Haushalt von rund 41 900 DM auf rund 49 950 DM und damit erheblich stärker, nämlich um gut 19%.

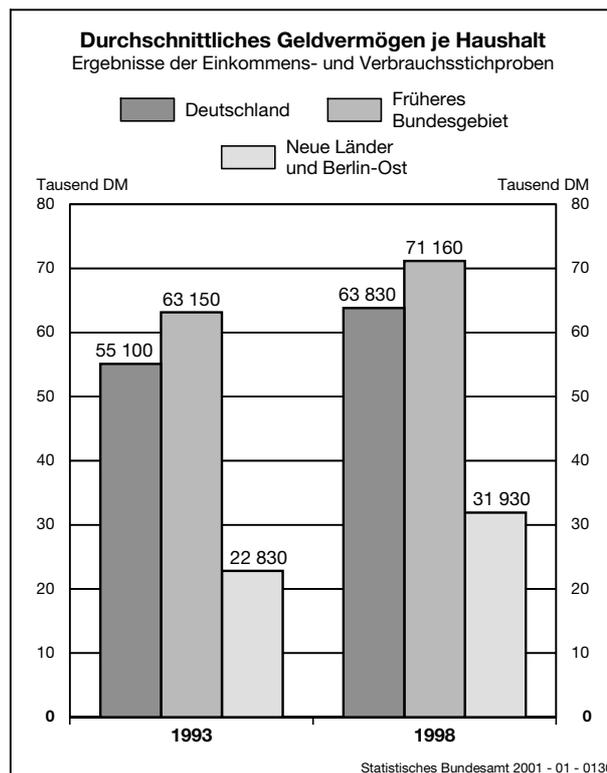
Unter Berücksichtigung der Versicherungsguthaben belief sich der Zuwachs im betrachteten Zeitraum auf 12,7% (Geldvermögen mit Lebensversicherungen 1993: 63 150 DM, 1998: 71 160 DM).

In der ehemaligen DDR kam 1988 ein Privathaushalt im statistischen Durchschnitt auf Sparguthaben bei Geld- und Kreditinstituten von rund 22 650 Mark. Das waren 88% der Summe, die Haushalte im früheren Bundesgebiet zu diesem Zeitpunkt im Schnitt in DM besaßen. Das gesamte Geldvermögen der Haushalte in der ehemaligen DDR belief sich unter Berücksichtigung der sparwirksamen Personenversicherung auf rund 25 130 Mark und bei Einschluss der Bargeldbestände auf fast 27 500 Mark je Haushalt.¹⁴⁾ 1993 betrug das in der EVS ermittelte Geldvermögen (einschl. Versicherungsguthaben) der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Schnitt 22 830 DM.

Aus den Daten der Statistik des Haushaltsbudgets¹⁵⁾ lässt sich entnehmen, dass die Haushalte in der ehemaligen DDR nach der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 und dem damit verbundenen freien Zugang zum vielfältigen, breiten Angebot an Waren und Leistungen im Allgemeinen recht vorsichtig wirtschafteten. Trotz des Nachholbedarfs in der Ausstattung mit Pkw und bei bestimmten hochwertigen technischen Konsumgütern baute der größere Teil der Haushalte ab 1991 durch systematisches Sparen – häufig in monatlich kleineren Beträgen – sein Geldvermögen langsam wieder auf. Eine Ausnahme hierbei bildeten die Haushalte von Arbeitslosen, insbesondere wenn sie allein lebten.

Zwischen 1993 und 1998 wuchs das Geldvermögen (einschl. Lebensversicherungen) im Schnitt pro Haushalt in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost um rund 9 100 DM. Damit belief sich dieses 1998 je Haushalt – wie Schaubild 1 zeigt – auf 31 930 DM. Das entsprach

Schaubild 1



einem durchschnittlichen Zuwachs von rund 40%, der über dem der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen lag. Dessen ungeachtet machte der durchschnittliche Geldvermögensbestand der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1998 weniger als die Hälfte (44,9%) dessen aus, den Haushalte im früheren Bundesgebiet im Schnitt aufwiesen.

Zunehmend mehr Haushalte ohne finanzielle Rücklagen

Nicht alle privaten Haushalte in Deutschland verfügen über Geldvermögen. Die Zahl der Haushalte ohne Geldvermögen hat sich – wie Tabelle 1 zeigt – in Deutschland zwischen 1993 und 1998 mehr als verdoppelt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost verdreifacht.

Zu den Befragungszeitpunkten 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 1998 hatten von den insgesamt nahezu 30 Mill. Haushalten im früheren Bundesgebiet rund 3,4 Mill., das waren 11,3%, kein Geldvermögen (ohne Lebensversicherungen), 0,8% verweigerten Angaben dazu. Auch unter Berücksichtigung der Lebensversicherungen gab es immer noch 2,3 Mill. Haushalte im früheren Bundesgebiet, die auf kein Geldvermögen zurückgreifen konnten, 1993 waren es lediglich 954 000 Haushalte. Die Quote der Vermögenslosen stieg damit von 3,3% 1993 auf mehr als das Doppelte 1998, nämlich 7,7%. Dieser Verlauf ist auch bei den Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost zu beobachten, allerdings

13) Siehe Münich, M./Illgen, M./Krebs, Th.: „Zur Höhe und Struktur der Ausgaben privater Haushalte in Deutschland“ in WiSta 11/2000, S. 853 ff.

14) Siehe „Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990“, Statistisches Amt der DDR (Hrsg.), 35. Jahrgang, Berlin 1990, S. 302 ff.

15) Diese Ergebnisse sind publiziert unter dem Titel „Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte im Gebiet der ehemaligen DDR“ für das erste Halbjahr 1990 als Heft 14, für das zweite Halbjahr 1990 als Heft 15 der Schriftenreihe „Ausgewählte Arbeitsunterlagen der Bundesstatistik“; für die beiden Jahre 1991 und 1992 liegen sie als interne Arbeitsunterlage des Statistischen Bundesamtes vor.

Tabelle 1: Geldvermögensbestände und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte in Deutschland¹⁾

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Gegenstand der Nachweisung	1993 ²⁾			1998 ³⁾		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	49 959	39 938	10 021	62 150	49 244	12 906
	1 000					
Hochgerechnete Haushalte	35 611	28 928	6 682	36 780	29 954	6 826
darunter:						
Haushalte mit Geldvermögen ⁴⁾	34 534	27 975	6 516	33 604	27 344	6 266
Haushalte ohne Geldvermögen ⁴⁾	1 077	954	167	2 813	2 315	502
	%					
Haushalte ohne Geldvermögen ⁴⁾	3,0	3,3	2,5	7,7	7,7	7,4
Durchschnitt in DM errechnet an allen Haushalten						
Geldvermögen ohne						
Versicherungen	37 566	41 876	20 637	45 279	49 946	26 388
Sparguthaben	10 307	11 066	7 282	14 577	15 505	10 588
Bausparguthaben	4 258	4 728	2 347	4 761	5 133	3 045
Aktien				5 359	6 243	1 417
Rentenwerte				3 482	3 911	1 562
Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen				9 784	10 679	6 058
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen	23 001	26 082	11 008			
An Privatpersonen verliehenes Geld				6 336	7 364	3 241
Versicherungsguthaben				980	1 111	477
Geldvermögen	55 071	63 148	22 827	63 830	71 164	31 926
Restschuld von Konsumentenkredit	1 909	2 030	1 571	2 526	2 553	2 303
Nettogeldvermögen	53 164	61 119	21 256	61 304	68 611	29 622

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Bestände zum Stichtag 31. Dezember. – 3) Bestände zu den Stichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September, 31. Dezember. – 4) Ohne Haushalte, die Angaben zum Vermögen verweigerten.

mit deutlich schnellerem Tempo. Während 1993 lediglich 2,5% dieser Haushalte kein Geldvermögen hatten, waren es 1998 dreimal so viel (1993: 167 000, 1998: 502 000 Haushalte). Die Quote erreichte mit 7,4% fast das westdeutsche Niveau. Die Tabellen im Anhang zeigen, dass sich unter den Haushalten ohne Geldvermögen besonders viele Haushalte von Arbeitslosen, Beziehern niedriger Einkommen, Alleinerziehenden sowie Einpersonenhaushalte, vor allem alleinlebender Männer, befinden. So hatten beispielsweise im früheren Bundesgebiet 29% aller Haushalte, die 1998 mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1 000 bis unter 2 000 DM auskommen mussten, kein Geldvermögen. In der darunter liegenden Einkommensklasse waren es mehr als 40% der Haushalte. Bei den Alleinerziehenden hatte 1998 jeder fünfte Haushalt im Westen und jeder sechste Haushalt im Osten kein Geldvermögen. Der Ausfall von Einkommen führt bei diesen Haushalten, zumal auch Lebensversicherungen – weil nicht vorhanden – nicht aufgelöst werden können, automatisch in die Verschuldung. Bemerkenswert ist auch – wie Tabelle 2 zeigt –, dass in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen wiederum relativ viele Haushalte beheimatet waren, die auf keine Ersparnisse zurückgreifen konnten. Der Anteil der Haushalte, die keinen Notgroschen hatten, betrug hier 1998 bereits mehr als 10%. Offensichtlich ist das Gefälle zwischen „Gutsituierter“ und „Armen“ in den großen Städten schärfer ausgeprägt als auf dem Lande. Möglicherweise spielt auch eine Rolle, dass in diesen Ballungsgebieten eine größere Zahl von Studierenden lebt. Weitergehende Untersuchungen nach differenzierten Regionstypen, welche noch ausstehen, könnten darüber Aufschluss geben.

Regionale Unterschiede bei den Geldvermögen

Im Folgenden wird das Geldvermögen immer einschließlich der Rückkaufwerte aus Lebensversicherungen betrachtet.

Tabelle 2: Durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen und Geldvermögen je Haushalt¹⁾ nach Bundesländern

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Bundesland	Haushaltsnettoeinkommen 1998	Haushalte insgesamt		Haushalte ohne Geldvermögen		Geldvermögen	
		1993 ²⁾	1998 ³⁾	1993 ²⁾	1998 ³⁾	1993 ²⁾	1998 ³⁾
	DM je Haushalt und Monat	1 000		%		DM je Haushalt	
Mecklenburg-Vorpommern	3 936	742	771	3,2	7,0	22 100	29 650
Sachsen-Anhalt	3 999	1 184	1 191	2,2	8,1	20 180	28 430
Sachsen	4 001	2 024	2 042	2,6	5,8	24 870	34 450
Berlin-Ost	4 031	624	645	3,3	9,4	21 440	35 400
Thüringen	4 159	1 052	1 065	2,2	8,5	22 000	31 410
Brandenburg	4 235	1 055	1 112	1,4	7,3	22 420	31 100
Berlin-West	4 335	1 142	1 115	7,5	13,5	45 860	59 260
Bremen	4 553	337	341	3,5	10,1	40 610	49 980
Hamburg	4 703	878	894	7,3	14,0	53 800	60 000
Saarland	4 914	494	506	1,9	7,3	65 840 ⁴⁾	49 270
Nordrhein-Westfalen	5 078	7 778	8 064	3,8	8,8	57 030	60 660
Niedersachsen	5 079	3 295	3 504	2,7	8,5	53 590	54 210
Schleswig-Holstein	5 233	1 213	1 266	2,6	8,1	59 040	61 460
Rheinland-Pfalz	5 330	1 674	1 760	2,8	8,1	56 710	65 290
Hessen	5 623	2 602	2 674	2,5	7,7	69 480	81 700
Baden-Württemberg	5 679	4 469	4 575	2,7	5,8	73 300	88 700
Bayern	5 951	5 048	5 255	2,2	4,8	76 840	90 170

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Angaben aus dem Schlussinterview, Stichtag 31. Dezember. – 3) Bestände zu den Stichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember. – 4) Offensichtlich konnten 1993 systematische Verzerrungen, die sich aus der nicht quotengerechten Teilnahme der Haushalte im Zusammenhang mit dem geringen Stichprobenumfang im Saarland ergaben, nicht genügend ausgeglichen werden.

Im Durchschnitt betrug das Geldvermögen pro Haushalt in Deutschland rund 64 000 DM. Das waren fast 8 800 DM mehr als 1993. Die hochgerechneten Befragungsergebnisse der an der EVS beteiligten Haushalte ergaben ein Geldvermögen von gut 2,3 Billionen DM. 91% dieser Summe – nämlich 2,1 Billionen DM – konzentrierten die Haushalte auf sich, die ihren Wohnsitz im früheren Bundesgebiet hatten. Nur 9% des Geldvermögens entfielen auf die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost, obwohl deren Anteil an den privaten Haushalten bzw. an der Bevölkerung 18,6% ausmachte. Diese stark asymmetrische Vermögensverteilung fiel zweifellos noch ungleicher aus, wenn die in der EVS nicht erfassten Haushalte, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen 35 000 DM übersteigt, berücksichtigt würden.

Größere Vermögensunterschiede zeigen sich auch bei der Betrachtung nach Bundesländern. Wie an anderer Stelle festgestellt, steht die Vermögensbildung in enger Beziehung zu den Einkommen. Es verwundert daher nicht, wenn in Bundesländern mit niedrigen Haushaltsnettoeinkommen je Haushalt auch unterdurchschnittliche Geldvermögensbestände ausgewiesen werden; umgekehrt in Bundesländern, deren Haushalte im Schnitt eine bessere Einkommensposition erreichten, auch ein höheres Geldvermögen nachgewiesen wurde. Die niedrigsten Geldvermögen je Haushalt hatten 1998 – wie Tabelle 2 zeigt – Haushalte im Bundesland Sachsen-Anhalt (28 430 DM). Auch in Mecklenburg-Vorpommern ansässige Haushalte konnten bis 1998 im Schnitt nur 29 650 DM Vermögen ansammeln. Dagegen waren die Haushalte mit größerem Geldvermögen – wie schon 1993 – im Süden Deutschlands anzutreffen. Bayerische Haushalte kamen im Schnitt pro Haushalt auf 90 170 DM Geldvermögen, baden-württembergische auf 88 700 DM und hessische auf 81 700 DM. Ost-Berliner Haushalte hatten – ausgehend von einem niedrigen Niveau – 1998 gut 1,6-mal soviel Geldvermögen wie 1993. Mit 35 400 DM waren das 60% des durchschnittlichen Geldvermögens, das West-Berliner Haushalte 1998 ihr Eigen nannten (59 260 DM).

Geldvermögen der Haushalte nach unterschiedlicher sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieher und ausgewählten Haushaltstypen

Je nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieher ist – wie aus den Tabellen im Anhang zu ersehen – das Geldvermögen pro Haushalt unterschiedlich hoch. Die höchsten Durchschnittswerte fanden sich 1998 mit 176 570 DM bei Selbständigenhaushalten im früheren Bundesgebiet, gefolgt von Beamtenhaushalten (91 860 DM). Das war das 2,5- bzw. 1,3-fache des arithmetischen Mittels, bezogen auf alle in der EVS erfassten Haushalte im früheren Bundesgebiet. Nahe an diesem Mittelwert lagen mit 74 220 DM Haushalte von Angestellten. Weit aus ungünstiger stellt sich die Vermögenslage im früheren Bundesgebiet bei Arbeiterhaushalten (49 710 DM) und bei Haushalten von Arbeitslosen (36 760 DM) dar. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren die Abweichungen zwischen den Haushalten – gruppiert nach der sozialen Stellung der Haupteinkommensbezieher – 1998 noch nicht so scharf ausgeprägt wie im früheren Bun-

desgebiet. Auch bei den ostdeutschen Haushalten hatten Selbständige im Schnitt pro Haushalt das größte Geldvermögen (54 470 DM), gefolgt von den Beamten (43 350 DM). Selbständigenhaushalte im Osten kamen damit allerdings nur auf 30% der Summe, die diese Haushalte im Schnitt im früheren Bundesgebiet als Geldvermögen auswiesen. Bei Beamtenhaushalten war die Ost-West-Relation mit 47% dagegen günstiger. Ebenso wie im Westen hatten Haushalte von Arbeitern im Schnitt mit 25 790 DM und Arbeitslosen (18 310 DM) im Osten weit unter dem arithmetischen Mittel aller Haushalte liegende Geldvermögensbestände. Verglichen mit dem früheren Bundesgebiet erreichten diese sozialen Gruppen 1998 ungefähr die Hälfte des durchschnittlichen Geldvermögens der entsprechenden Haushalte im Westen.

Tabelle 3 zeigt die erheblichen Zuwächse beim Geldvermögen im Zeitraum 1993 bis 1998 bei Haushalten von Selbständigen und Beamten im früheren Bundesgebiet. Die außergewöhnlich starke Vermehrung des Geldvermögens der Selbständigen im Zeitverlauf lässt sich nicht allein mit der häufig vertretenen Meinung erklären, dass diese Haushaltsgruppe ihre Altersversorgung überwiegend aus dem aufgebauten Grund-, Betriebs- und Geldvermögen decken muss, zumal die unter den Selbständigen erfassten Freiberufler im Alter auf Leistungen berufsständischer Versorgungswerke zurückgreifen können. Offensichtlich trifft sowohl für Haushalte von Selbständigen als auch für Beamtenhaushalte zu, dass diese infolge ihrer im Schnitt überdurchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen (früheres Bundesgebiet 1998: Selbständige 8542 DM, Beamte 8166 DM) in der Lage sind, ohne Abstriche an der Lebenshaltung, größere Beträge pro Monat längerfristig anzulegen. Tatsächlich betrug die monatliche Ersparnis aller Haushalte im früheren Bundesgebiet, die 1998 etwas zurücklegen konnten, 650 DM pro Haushalt, gegenüber 1 861 DM bei den Selbständigen und 1 200 DM bei den Beamten.

Tabelle 3: Veränderung des Geldvermögens 1993 bis 1998 nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben
DM je Haushalt¹⁾

Haushalte von ...	Früheres Bundesgebiet
Selbständigen	+ 23 500
Beamten	+ 14 900
Angestellten	+ 4 800
Arbeitern	+ 1 600
Arbeitslosen	+ 3 800
Nichterwerbstätigen	+ 4 100
Zusammen ...	+ 8 000

1) Gerundet auf 100 DM. – Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Betrachtet nach dem Haushaltstyp zeigt sich, dass Paare ohne Kind über hohe Geldvermögensbestände verfügen. Im früheren Bundesgebiet waren das im Schnitt pro Haushalt dieses Typs fast 92 890 DM. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verfügte diese Haushaltsgruppe über ein durchschnittliches Geldvermögen pro Haushalt von 41 880 DM, das war weniger als die Hälfte dessen, was der vergleichbare westdeutsche Haushalt im Schnitt auf der „hohen Kante“ hatte. Das durchschnittliche Geldvermögen bei alleinlebenden Männern im früheren Bundesgebiet betrug fast 60 000 DM (neue Länder und Berlin-Ost: 19 130 DM). Deutlich geringere Geldvermögen

Tabelle 4: Durchschnittliches Geldvermögen von Paaren mit und ohne Kind(ern) sowie Alleinerziehenden mit 1 Kind unter 18 Jahren gemessen an der entsprechenden Position der Einpersonenhaushalte
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998¹⁾

Gebietsstand	Hochgerechnete Haushalte	Durchschnittliches Geldvermögen	Faktor
	1 000	DM je Haushalt	
Einpersonenhaushalte			
Deutschland	12 996	39 850	X
Früheres Bundesgebiet	10 800	45 039	X
Neue Länder und Berlin-Ost .	2 185	17 778	X
Alleinerziehende mit 1 Kind			
Deutschland	727	18 959	0,48
Früheres Bundesgebiet	538	20 995	0,47
Neue Länder und Berlin-Ost .	192	11 705	0,66
Paare ohne Kind			
Deutschland	10 721	83 512	2,10
Früheres Bundesgebiet	8 705	92 889	2,06
Neue Länder und Berlin-Ost .	2 016	41 883	2,36
Paare mit 1 Kind			
Deutschland	2 567	56 638	1,42
Früheres Bundesgebiet	2 071	61 998	1,38
Neue Länder und Berlin-Ost .	504	32 276	1,82
Paare mit 2 Kindern			
Deutschland	3 176	65 646	1,65
Früheres Bundesgebiet	2 567	73 254	1,63
Neue Länder und Berlin-Ost .	611	35 331	1,99

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

fanden sich im Schnitt bei alleinlebenden Frauen (West: 36 940 DM, Ost: 17 180 DM) und bei Alleinerziehenden mit Kindern. Wie Tabelle 4 zeigt, waren die finanziellen Rücklagen in Haushalten von Alleinerziehenden mit einem Kind noch niedriger als bei den Alleinlebenden. Bei den Alleinerziehenden mit einem Kind unter 18 Jahren hatte 1993 im Westen jeder Haushalt im Schnitt gut 28 640 DM auf der „hohen Kante“, 1998 waren es 21 000 DM. Auch bei den Paaren mit einem Kind unter 18 Jahren sank das durchschnittliche Geldvermögen pro Haushalt im früheren Bundesgebiet im Zeitverlauf (1993: 63 630 DM, 1998: 62 000 DM). Im Osten Deutschlands konnten Haushalte beider Typen zwischen 1993 und 1998 einen Zuwachs beim Geldvermögen verbuchen, allerdings ausgehend von einer sehr niedrigen Ausgangsbasis (Alleinerziehende mit 1 Kind: 10 500 DM/11 710 DM bzw. Paare mit 1 Kind: 26 020 DM/32 280 DM).

Den kräftigen Zuwächsen des Geldvermögens bei Paaren ohne Kind (West 1993: 80 160 DM, 1998: 92 890 DM; Ost: 26 960 bzw. 41 880 DM) steht nur ein geringes Wachstum bei Paaren mit Kind(ern), im früheren Bundesgebiet sogar ein leichter Rückgang bei Paaren mit einem Kind gegenüber. Zwar konnten auch diese Haushalte – in Ost und West allerdings unterschiedlich – auf Rücklagen zurückgreifen, doch waren diese geringer als bei Paaren ohne Kind, womit sich die im Volksmund geläufige Redewendung „unsere Kinder sind unsere beste Spargbüchse“ trefflich bestätigt.

Durchschnittliches Geldvermögen privater Haushalte nach dem Alter der Haupteinkommensbezieher

Das Geldvermögen ist zwischen den verschiedenen Altersgruppen stark ungleich verteilt. Haushalte in der Altersgruppe 55 bis unter 65 Jahre verfügten 1998 über

ein Geldvermögen, das im früheren Bundesgebiet um rund 46%, in den neuen Ländern und Berlin-Ost um rund 31% über dem errechneten Durchschnitt aller Haushalte lag. Es betrug bei diesen Haushalten im Westen rund 104 000 DM, im Osten rund 41 000 DM.

Das geringste Geldvermögen haben in Ost und West junge Menschen. Gemessen am Geldvermögen im Durchschnitt aller Haushalte weisen Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher unter 25 Jahre alt sind, nicht einmal ein Drittel des Betrages aus (West: 20 180 DM, Ost: 9 920 DM). In dieser Altersgruppe lag darüber hinaus der Anteil der Haushalte, die überhaupt kein Geldvermögen ihr Eigen nannten, besonders hoch. Das waren 17% im Westen und 13% im Osten. In diesem Gebiet gab es auch in der Gruppe der 25- bis unter 35-Jährigen noch gut 10% Haushalte, die auf keine finanziellen Rücklagen zurückgreifen konnten. Während bei diesen jungen Altersgruppen angenommen werden kann, dass im Lebenszyklus der im Erwerbsleben Stehenden Geldvermögen aufgebaut werden kann, scheint das für diejenigen nahezu ausgeschlossen, die 65 Jahre und älter sind. Immerhin rund 670 000 Haushalte von über 65-jährigen Haupteinkommensbezieher hatten 1998 keine finanziellen Rücklagen (West: rund 530 000 Haushalte; Ost: rund 140 000 Haushalte). Diese Zahl dürfte höher liegen, wenn die in der EVS nicht enthaltenen älteren Personen, die in Heimen untergebracht sind, berücksichtigt würden. Steigende Lebenshaltungskosten, notwendige Ersatzbeschaffungen können diese Betroffenen – wenn überhaupt – nur aus den laufenden Einkommen finanzieren.

Zu den Anlageformen des Geldvermögens

Obleich die Renditeerwartungen bei Spargbüchern und Versicherungen – verglichen mit anderen Anlageformen – in der Regel nicht besonders hoch sind, gehören diese zu den am meisten genutzten Anlageformen privater Haushalte. Mehr als drei Viertel der in der EVS abgebildeten Haushalte verfügten – wie Tabelle 5 zeigt – 1998 über Sparguthaben (West: 78%, Ost: 76%). Damit blieb das Spargbuch die am häufigsten präferierte Anlageform. Allerdings nahm die Zahl der Haushalte, die Sparguthaben ihr Eigen nannten, zwischen 1993 und 1998 erheblich ab. Hatten im früheren Bundesgebiet 1993 noch 26,1 Mill., also 90% aller Haushalte, Sparguthaben, so waren es 1998 gut 2,8 Mill. Haushalte weniger. Auch im Osten verabschiedeten sich rund 600 000 Haushalte in dem betrachteten Zeitraum von dieser Sparform. Anteilig bevorzugten besonders viele Haushalte von Beamten im früheren Bundesgebiet (88%), Angestellten (Ost: 82%, West: 81%) und Haushalte älterer Einkommensbezieher Sparguthaben als Anlageform. Dagegen legten weniger als zwei Drittel der alleinlebenden Männer ihre Ersparnisse in dieser Form an. Nur ungefähr jeder zweite Arbeitslosenhaushalt konnte 1998 auf Sparguthaben zurückgreifen.

Die zweithäufigste Form der Geldvermögensbildung der privaten Haushalte in Deutschland sind Lebensversicherungen. Versicherungsunternehmen befassen sich mit der Umwandlung von Einzel- in Sammelrisiken. Um Einzelrisiken des Lebens wie Berufsunfähigkeit, längere Krankheit,

Tod des Haupteinkommensbeziehers bzw. eines Familienmitgliedes oder andere Wechselfälle des Daseins, einschließlich der Fürsorge im Alter, abzusichern, halten Versicherungsunternehmen eine Palette von Angeboten bereit. Gut die Hälfte aller privaten Haushalte hatte 1998 Versicherungsguthaben. Allerdings war auch die Zahl der Haushalte mit Versicherungsguthaben – verglichen mit 1993 – rückläufig. Während 1993 noch 19,6 Mill. im früheren Bundesgebiet angaben, ein Versicherungsguthaben zu besitzen (neue Länder und Berlin-Ost: 4,4 Mill.), waren es 1998 rund 16,1 bzw. 3,6 Mill. Haushalte. Dass von allen Selbständigenhaushalten rund 73% über Versicherungsguthaben verfügen, scheint zunächst mit der Alterssicherung erklärbar. Warum Beamtenhaushalte fast die gleiche Häufigkeit bei den Versicherungsguthaben (rund 71% dieser Haushalte) wie Selbständige aufweisen, ist angesichts ihrer verbrieften Pensionsansprüche erstaunlich. Für beide Haushaltsgruppen scheint die Höhe der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ein Erklärungsfaktor für die Häufigkeit der Lebensversicherungsguthaben zu sein. Bemerkenswert ist, dass auch unter den Paaren mit zwei Kindern unter 18 Jahren 75% der Haushalte im Westen und 73% der Haushalte im Osten 1998 über Versicherungsguthaben verfügten. Vermutlich wird in diesen Haushalten mit Versicherungen für die Ausbildung der Kinder vorgesorgt. Dagegen hatte nur ungefähr jede dritte alleinlebende Frau solche Guthaben. Dabei handelte es sich vorwiegend um Lebensältere. In der Altersgruppe der Siebzigjährigen und Älteren konnten nur noch 28% Haushalte im Westen und 23% im Osten 1998 auf Versicherungsguthaben zurückgreifen. Ebenso hatten nur ungefähr 30% der Haushalte mit jüngeren Haupteinkommensbeziehern solche Guthaben.

Rund jeder dritte Haushalt hatte 1998 sonstige Geldanlagen bei Banken und Sparkassen, ungefähr jeder Fünfte sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen. Rund 6 Mill. Haushalte hatten 1998 Aktien (5,3 Mill. aus dem früheren Bundesgebiet, 750 000 aus dem Osten). Das waren 16,4% der in der EVS abgebildeten privaten Haushalte (West: 17,6%, Ost: 11,0%). Offen-

sichtlich infolge umfangreicher Werbekampagnen bei der Neuemission von Wertpapieren und der anfänglich positiven Kursentwicklung, besonders am Neuen Markt, nahm die Zahl der Haushalte zwischen 1993 und 1998 stark zu (um 2,3 Mill. Haushalte), die auch Aktien in ihr Portfolio aufnahmen. Die niedrigen Zinsmargen für Anlagen bei Banken und Sparkassen förderten offensichtlich dieses Vorgehen. Der größere Verbreitungsgrad von Aktien hat in den hier betrachteten privaten Haushalten allerdings keinen Beitrag zur ausgewogenen Vermögensverteilung geleistet. Bemerkenswert ist, dass beginnend ab der Haushaltsnettoeinkommensklasse von 8000 bis unter 9000 DM und Monat – in dieser Gruppe besitzt jeder dritte Haushalt Aktien – der Anteil der Haushalte im früheren Bundesgebiet kontinuierlich zunimmt, der diese Vermögensart 1998 sein Eigen nannte. Ab der Einkommensklasse 15000 bis unter 35000 DM hatten 50% der darin vertretenen westdeutschen Haushalte Aktienbesitz. Die Depots dieser Haushalte umfassten im Schnitt mehr als 115000 DM. Das Aktienvermögen war in diesen Haushalten – nach den Versicherungsguthaben – der größte Posten innerhalb des Geldvermögens.

Die vorstehend skizzierte Rangfolge der Vermögensarten verändert sich, wenn zum Gegenstand der Betrachtung die ausgewiesene Vermögenshöhe gemacht wird. An erster Stelle stehen nunmehr – wie Tabelle 5 zeigt – Versicherungsguthaben, allerdings nur bei Haushalten im früheren Bundesgebiet. Im Osten dominieren die Sparguthaben alle anderen Anlageformen, Versicherungsguthaben belegten hier nur den dritten Platz.

Die Versicherungsguthaben betragen 1998 bezogen auf alle in der EVS abgebildeten Haushalte im früheren Bundesgebiet 21 220 DM (neue Länder und Berlin-Ost: 5540 DM); bezogen allein auf diejenigen Haushalte, die über diese Anlageform verfügten, waren es im früheren Bundesgebiet 39 530 DM (1993: 31 430 DM) und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 10 430 DM (1993: 3360 DM). Haushalte im früheren Bundesgebiet, die Versicherungsguthaben zu ihren Vermögensbeständen zählten, konnten zwischen 1993 und 1998 einen Zuwachs beim Rück-

Tabelle 5: Durchschnittliche Geldvermögensbestände privater Haushalte¹⁾ in Deutschland 1998 nach Anlageformen
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Vermögensarten	Arithmetisches Mittel errechnet an allen Haushalten		Haushalte mit der jeweiligen Vermögensart				Arithmetisches Mittel errechnet an den Haushalten mit der jeweiligen Vermögensart	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	DM		1 000		%		DM	
Bausparguthaben	5 133	3 045	13 282	2 546	44,3	37,3	11 577	8 164
Sparguthaben	15 505	10 588	23 281	5 176	77,7	75,8	19 949	13 965
Rentenwerte	3 911	1 562	2 429	453	8,1	6,6	48 233	23 533
Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen ...	10 679	6 058	10 354	2 220	34,6	32,5	30 893	18 627
Aktien	6 243	1 417	5 260	750	17,6	11,0	35 551	12 888
Wertpapiere und andere Vermögensbeteiligungen	7 364	3 241	5 990	1 250	20,0	18,3	36 830	17 692
An Privatpersonen verliehenes Geld	1 111	477	2 559	562	8,5	8,2	13 004	5 792
Versicherungsguthaben	21 218	5 538	16 077	3 626	53,7	53,1	39 532	10 426
Geldvermögen	71 164	31 926					77 958	34 781
Konsumentenkreditschulden	2 553	2 303	5 007	1 475	16,7	21,6	15 272	10 658
Nettogeldvermögen	68 611	29 622	27 796	6 391	92,8	93,3	62 686	31 639
Nachrichtlich:								
Haushalte insgesamt	29 954	6 826	29 954	6 826	100	100	29 954	6 826
darunter:								
mit Geldvermögen	27 344	6 266	27 344	6 266	91,3	91,8	27 344	6 266
ohne Geldvermögen	2 315	502	2 315	502	7,7	7,4	2 315	502

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

kaufwert um gut 25% verbuchen, in den neuen Ländern und Berlin-Ost lagen die Zuwachsraten – ausgehend von einem niedrigen Niveau – weitaus höher. Trotz der Steigerung um 210% blieben die Abstände bei dieser Vermögensart zwischen Haushalten in Ost und West auch 1998 sehr groß.

Die Versicherungsguthaben umfassten 1998 hochgerechnet für Haushalte im früheren Bundesgebiet rund 635,6 Mrd. DM, für Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost 37,8 Mrd. DM. Nach sozialen Schichten betrachtet, befanden sich die durchschnittlich höchsten Versicherungsguthaben in Haushalten von Selbständigen (im früheren Bundesgebiet 72 660 DM, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 15 640 DM), die niedrigsten in Arbeitslosenhaushalten (West: 13 430 DM, Ost: 4 090 DM). Sehr geringe Versicherungsguthaben besaßen des Weiteren Haushalte mit jungen und älteren Haupteinkommensbeziehern. So hatten im Schnitt Haushalte der unter 25-Jährigen Versicherungsguthaben von 4 600 DM im Westen und 1 830 DM im Osten, bei den 70-Jährigen und Älteren waren dies 4 120 bzw. 1 110 DM.

Volumenmäßig an zweiter Stelle im Portfolio privater Haushalte im Westen Deutschlands standen 1998 Sparguthaben, gefolgt von sonstigen Anlagen bei Banken und Sparkassen, die bei Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost von der Vermögenshöhe her den zweiten Platz einnahmen. Bezogen auf alle in der EVS abgebildeten Haushalte betrug das Sparguthaben 1998 je Haushalt im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 15 500 DM. Bei Haushalten, die diese Vermögensart besaßen, waren es 19 950 DM. In den neuen Ländern und Berlin-Ost belief sich das Vermögen auf 10 590 bzw. 13 970 DM. Im Schnitt hatte damit ein Haushalt in den neuen Ländern und Berlin-Ost – verglichen mit dem Versicherungsguthaben – einen fast doppelt so hohen Betrag als Sparguthaben angelegt. Dass Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost auch 1998 noch ein anderes Anlageverhalten, vor allem bei älteren Haupteinkommensbeziehern, zeigen, hängt möglicherweise mit den in der Vergangenheit erworbenen Prägungen zusammen. So konnten in der ehemaligen DDR Sparkonten zwar auch bei Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe sowie Reichsbahnsparbanken, Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft sowie bei Bäuerlichen Handelsgenossenschaften, Postsparkassen und Postscheckämtern geführt werden, vorherrschend waren – auch infolge ihres großen Filialnetzes – aber Sparkassen.¹⁶⁾ Hochgerechnet ergab sich ein Vermögenswert an Sparguthaben von gut 536 Mrd. DM, davon konnten Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost gut 72 Mrd. DM (15%) auf sich konzentrieren. Damit sind Sparguthaben die einzige Vermögensart, bei der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost an der Vermögenshöhe beinahe entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung bzw. an der Zahl der Haushalte antizipieren. Allerdings waren beispielsweise in Haushalten im früheren Bundesgebiet mit 65- bis unter 70-jährigen Haupteinkommensbeziehern die durchschnittlichen Sparguthaben mit 21 340 DM 1,5-mal so hoch wie in den entsprechenden Haushalten in den

neuen Ländern und Berlin-Ost (14 220 DM). Weitgehend angenähert haben sich dagegen die durchschnittlichen Sparguthaben bei den Alleinerziehenden mit einem Kind unter 18 Jahren, jedoch auf einem äußerst niedrigen Level (4 690 bzw. 3 940 DM).

Wachsende Geldvermögensbestände bei steigendem Haushaltsnettoeinkommen

Geldvermögen wird fast immer über einen längeren Lebensabschnitt erworben. Zum Zeitpunkt der Bildung von Geldvermögen kann sich der Haushalt in einer anderen wirtschaftlichen und sozialen Lage befinden, größer oder kleiner sein, ein höheres monatliches Einkommen beziehen, die Lebensumstände sind also in der Regel anders als zum Zeitpunkt der Befragung. Die in Tabelle 6 dargestellten Ergebnisse sind – wie alle Daten der EVS – eine Momentaufnahme, die die vorstehenden Zusammenhänge nur partiell widerspiegelt.

Tabelle 6 zeigt:

- mit steigendem Einkommen nehmen die Beträge zu, die Haushalte 1998 sparten; das Geldvermögen wächst beständig, allerdings ungleichmäßig. Haushalte, die im früheren Bundesgebiet beispielsweise in der Nettoeinkommensklasse 5 000 bis unter 6 000 DM

Tabelle 6: Durchschnittliches Geldvermögen und monatliche Ersparnis privater Haushalte¹⁾ in Deutschland 1998 nach Haushaltsnettoeinkommensklassen
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
DM

Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM ²⁾	Durchschnittliche monatliche Ersparnis		Durchschnittliches Geldvermögen je Haushalt	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
unter 1 000	- 444 ³⁾	(- 66)	28 940	(8 933)
1 000 - 2 000 ...	- 72	- 34	14 290	10 017
2 000 - 3 000 ...	- 9	60	26 343	18 672
3 000 - 4 000 ...	79	198	41 639	27 931
4 000 - 5 000 ...	271	408	53 626	38 081
5 000 - 6 000 ...	458	699	72 023	43 874
6 000 - 7 000 ...	725	869	85 080	51 681
7 000 - 8 000 ...	948	1 233	105 458	60 106
8 000 - 9 000 ...	1 332	1 673	116 074	69 963
9 000 - 10 000 ...	1 477	1 713	130 839	73 403
10 000 ⁴⁾ - 12 000 ...	2 105	2 520	155 257	85 273
12 000 - 15 000 ...	3 033	4 004	211 244	106 360
15 000 - 25 000 ...	6 099	(7 484)	304 589	(98 322)
25 000 - 35 000 ...	14 560	/	393 630	/

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Die Verteilung der in der EVS abgebildeten Haushalte auf die Einkommensklassen kann dem Teil 1 dieses Aufsatzes in WiSta 9/2000, S. 684, entnommen werden. – 3) Diese Werte sind bereinigt um die Einflüsse, die von den in dieser Einkommensgruppe enthaltenen Haushalten mit negativem Haushaltsnettoeinkommen (vorwiegend infolge gezahlter Steuern) ausgehen. Die unkorrigierten Werte lauten bei der Ersparnis – 863 DM und beim Geldvermögen 38 500 DM. Weiteren Untersuchungen vorbehalten bleibt, ob möglicherweise in dieser Einkommensgruppe anteilig besonders viele Haushalte vertreten sind, die von in der Vergangenheit aufgebauten Geldvermögensbeständen lebten. – 4) Ab 10 000 DM wurden aus Darstellungsgründen größere Einkommensschritte gewählt.

16) Siehe Dabbert, E. in Hölder, E. (Hrsg.): „Im Trabi durch die Zeit – 40 Jahre Leben in der DDR“, S. 123: Die bis 1971 „... vielfältigen Sparmöglichkeiten, wie Kontensparen, Erwerb von Obligationen, Prämien-, Vertrags-, Schul-, Heiratssparen u.a., die mit unterschiedlichen Sätzen von 3, 4 und 5% verzinst wurden, wurden auf zwei wichtige Sparformen, nämlich auf das traditionelle Buchsparen und auf das Spargiro reduziert.“ Der Zinssatz war auf einheitlich 3,25% festgeschrieben. „Die Vereinheitlichung des Zinssatzes hatte auch einen sozialen Aspekt; wer viel hatte, sollte nicht noch die Möglichkeit erhalten, mehr zu bekommen.“

monatlich anzutreffen waren, sparten durchschnittlich 458 DM je Monat. Bei Annahme eines proportionalen Verlaufs beider Variablen müssten Haushalte in der Einkommensklasse 10 000 bis unter 12 000 DM 918 DM und Haushalte in der Einkommensklasse 25 000 bis unter 35 000 DM rund 2 300 DM monatlich zurücklegen können. Tatsächlich betragen diese Beträge 2 105 bzw. 14 560 DM. Haushalte, die 1998 im früheren Bundesgebiet mehr als 15 000 DM monatliches Nettoeinkommen hatten, das waren gut 620 000 Haushalte

(ohne Haushalte über der „Abschneidegrenze“), konnten im Monat höhere Beträge sparen, als 70% der in der EVS vertretenen privaten Haushalte an laufenden Einkommen zufließen. Die Haushaltsnettoeinkommen dieser Haushalte betragen monatlich im Schnitt pro Haushalt 5 501 DM;

- Haushalte, die Einkommen zwischen 2 000 bis unter 3 000 DM monatlich erzielten, hatten im Schnitt Geldvermögen pro Haushalt, welches den 1,8- bzw.

Tabelle 7: Geldvermögensbestände und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte¹⁾ 1998 nach Nettoeinkommensklassen
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Gegenstand der Nachweisung	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	Nettoeinkommensklassen von ... bis unter ... DM													
	unter 1 000		1 000 – 2 000		2 000 – 3 000		3 000 – 4 000		4 000 – 5 000		5 000 – 6 000		6 000 – 7 000	
Erfasste Haushalte	185	59	2 189	1 077	4 572	1 916	5 508	2 420	6 054	2 438	6 000	1 789	5 446	1 205
Hochgerechnete Haushalte in 1 000	250	74	3 140	1 127	4 921	1 466	4 575	1 305	3 950	1 030	3 276	704	2 622	436
Haushalte mit Geldvermögen in 1 000	144	57	2 185	900	4 150	1 285	4 221	1 223	3 766	1 002	3 181	690	2 560	432
in %	57,6	77,0	69,6	79,9	84,3	87,7	92,3	93,7	95,3	97,3	97,1	98,0	97,6	99,1
Haushalte ohne Geldvermögen in 1 000	102	17	906	214	697	158	306	73	147	23	71	10	44	3
in %	40,8	23,0	28,9	19,0	14,2	10,8	6,7	5,6	3,7	2,2	2,2	1,4	1,7	0,7
	Durchschnitt in DM errechnet an allen Haushalten													
Geldvermögen ohne														
Versicherungsguthaben	31 821	(8 504)	11 957	8 896	20 651	15 776	32 272	23 273	38 767	31 882	50 223	35 671	58 229	42 617
Bausparguthaben	1 973	(883)	768	427	1 565	1 062	2 901	1 972	4 697	4 047	5 664	5 272	7 984	5 694
Sparguthaben	12 440	(3 431)	4 741	4 169	8 727	8 209	12 309	10 718	14 591	12 694	17 541	12 425	18 982	15 787
Rentenwerte	2 284	(122)	1 124	179	1 265	823	2 218	1 680	2 139	1 948	3 675	2 739	4 976	2 251
Sonstige Anlagen bei														
Banken/Sparkassen	6 900	(2 591)	2 615	2 510	4 561	3 554	8 180	5 173	8 901	7 333	11 508	7 969	11 917	9 225
Aktien	4 055	(1 147)	961	145	1 306	479	2 206	1 002	3 157	1 669	4 680	1 937	5 503	2 807
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen	3 768	(233)	1 537	1 250	2 632	1 292	3 587	2 311	4 413	3 694	6 013	4 779	7 698	6 029
An Privatpersonen verliehenes Geld	401	(97)	211	216	595	357	871	417	869	497	1 142	550	1 169	824
Versicherungsguthaben	6 680	(429)	2 333	1 121	5 691	2 896	9 367	4 656	14 860	6 198	21 800	8 204	26 850	9 065
Geldvermögen	38 500	(8 933)	14 290	10 017	26 343	18 672	41 639	27 931	53 626	38 081	72 023	43 874	85 080	51 681
Restschuld von Konsumentenkredit	998	(60)	974	431	1 535	1 429	2 124	2 006	2 625	3 140	3 623	3 589	2 888	4 374
Nettogeldvermögen	37 503	(8 873)	13 316	9 586	24 808	17 243	39 514	25 925	51 001	34 941	68 400	40 286	82 192	47 307
Nachrichtlich:														
Geldvermögen 1993	8 987	(4 773)	13 388	10 028	26 959	15 649	43 132	22 081	56 779	29 148	69 236	37 881	83 355	44 867
Restschuld von Konsumentenkredit 1993	596	(324)	842	349	1 605	995	1 842	2 022	2 456	2 376	2 310	2 887	2 458	3 675
Nettogeldvermögen 1993	8 391	(4 449)	12 546	9 679	25 355	14 653	41 289	20 059	54 323	26 771	66 925	34 995	80 897	41 192
	Nettoeinkommensklassen von ... bis unter ... DM													
	7 000 – 8 000		8 000 – 9 000		9 000 – 10 000		10 000 – 12 000		12 000 – 15 000		15 000 – 25 000		25 000 – 35 000	
Erfasste Haushalte	4 738	775	3 809	497	2 882	265	3 663	267	2 474	135	1 525	54	199	/
Hochgerechnete Haushalte in 1 000	2 024	261	1 432	165	1 041	87	1 247	88	854	54	548	22	75	/
Haushalte mit Geldvermögen in 1 000	1 998	259	1 416	163	1 024	87	1 235	87	848	54	543	20	73	/
in %	98,7	99,2	98,9	98,8	98,4	100	99,0	98,9	99,3	100	99,1	90,9	97,3	/
Haushalte ohne Geldvermögen in 1 000	15	1	13	1	9	-	3	0	3	0	0	2	-	/
in %	0,7	0,4	0,9	0,6	0,9	-	0,2	-	0,4	-	-	9,1	-	/
	Durchschnitt in DM errechnet an allen Haushalten													
Geldvermögen ohne														
Versicherungsguthaben	74 308	47 250	78 295	56 504	85 089	59 119	103 705	68 619	139 995	82 338	207 624	(80 033)	231 149	/
Bausparguthaben	8 084	7 626	9 279	7 378	10 350	9 718	10 961	8 984	10 860	13 693	13 867	(5 968)	11 836	/
Sparguthaben	21 340	16 135	22 607	18 534	25 413	15 242	25 601	22 514	31 295	25 960	34 867	(26 329)	34 102	/
Rentenwerte	5 476	2 689	6 436	2 904	6 634	3 469	10 124	2 538	12 648	5 579	19 498	(5 036)	24 248	/
Sonstige Anlagen bei														
Banken/Sparkassen	13 657	10 941	16 286	14 173	16 961	13 803	22 925	15 197	30 664	14 361	35 489	(23 323)	41 877	/
Aktien	7 103	3 201	11 558	4 767	12 469	4 724	15 401	6 987	28 681	6 282	57 710	(1 782)	66 677	/
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen	17 121	6 193	10 774	7 188	11 535	11 348	16 149	10 887	23 406	14 906	41 132	(16 977)	45 504	/
An Privatpersonen verliehenes Geld	1 527	465	1 355	1 560	1 727	815	2 544	1 512	2 441	1 557	5 061	(618)	6 905	/
Versicherungsguthaben	31 151	12 857	37 780	13 459	45 749	14 283	51 552	16 655	71 250	24 021	96 964	(18 288)	162 482	/
Geldvermögen	105 458	60 106	116 074	69 963	130 839	73 403	155 257	85 273	211 244	106 360	304 589	(98 322)	393 630	/
Restschuld von Konsumentenkredit	3 127	3 646	3 332	3 528	3 022	3 928	3 281	5 843	4 156	6 949	7 182	(3 559)	3 487	/
Nettogeldvermögen	102 331	56 461	112 741	66 435	127 818	69 474	151 976	79 430	207 088	99 411	297 406	(94 763)	390 143	/
Nachrichtlich:														
Geldvermögen 1993	93 481	54 829	110 111	53 847	127 728	(76 633)	158 766	(89 401)	226 865	/	328 414	/	(497 579)	/
Restschuld von Konsumentenkredit 1993	2 261	2 752	2 800	2 474	2 891	(1 694)	2 569	(117)	2 956	/	4 427	/	(6 360)	/
Nettogeldvermögen 1993	91 220	52 077	107 310	51 374	124 837	(74 939)	156 198	(89 284)	223 909	/	323 987	/	(491 220)	/

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten.

1,9-fachen Betrag dessen der Haushalte der darunter liegenden Einkommensgruppe ausmachte;

- das durchschnittliche Geldvermögen privater Haushalte im früheren Bundesgebiet, deren monatliches Nettoeinkommen 10 000 bis unter 12 000 DM betrug, war 11-mal (in der höchsten Einkommensklasse sogar gut 27-mal) so groß wie das derjenigen Haushalte, die über ein monatliches Nettoeinkommen von 1 000 bis unter 2 000 DM verfügten. Diese Unterschiede waren in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1998 noch erheblich geringer;
- das durchschnittliche Geldvermögen der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost erreichte in keiner Einkommensklasse die Beträge, die Haushalte im früheren Bundesgebiet ihr Eigen nannten. Die Ost-West-Relationen lagen je nach Einkommensklasse zwischen 71% (bei Haushalten mit monatlichem Nettoeinkommen zwischen 4 000 und 5 000 DM) und 50% (bei Haushalten mit monatlichem Nettoeinkommen von 12 000 bis unter 15 000 DM). Das niedrigere Geldvermögen und die anhaltende Sorge um gesicherte Arbeitsplätze sind möglicherweise ein Grund, dass Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost sparsamer wirtschafteten und im Schnitt in den unteren Einkommensklassen weniger entsparten bzw. pro Monat geringfügig höhere Beträge auf die „hohe Kante“ legten als die in den vergleichbaren Einkommensgruppen angetroffenen Haushalte im früheren Bundesgebiet. So hatte das Institut für Marktforschung in Leipzig bei einer Umfrage im Februar 1999 bei mehr als 1 000 ostdeutschen Haushalten unter anderem ermittelt, dass 40% der Haushalte sparten, um Rücklagen bei Verlust des Arbeitsplatzes zu haben, 53% sparten für größere Anschaffungen, 39% für Reisen, 28% für Wohnungsmodernisierung, dagegen nur 12% wegen der finanziellen Absicherung im Alter und 6% für den Erwerb von Wohneigentum (Mehrfachnennungen waren erlaubt).¹⁷⁾ Späteren Untersuchungen vorbehalten bleibt, aus den EVS-Daten Zusammenhänge zwischen dem Aufbau von Grundvermögen und dem Abbau von Geldvermögen darzustellen.

Welche Formen der Vermögensanlage private Haushalte in Deutschland 1998 – gegliedert nach Haushaltsnettoeinkommensklassen – gewählt hatten, kann aus der Tabelle 7 entnommen werden.

Es fällt auf, dass die Durchschnittshöhe der Versicherungsguthaben je Haushalt in West und Ost von der jeweils niedrigeren zur höheren Einkommensklasse stetig steigt. Ausgenommen bleiben dabei die statistisch nicht ausreichend gesicherten Werte der Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost in der Einkommensklasse 15 000 bis unter 35 000 DM sowie für Haushalte im früheren Bundesgebiet in der untersten Einkommensklasse. Methodische Änderungen in der Erhebung 1998 gegenüber der Erhebung 1993 als Folge der Neukonzeption führten dazu, dass sich im früheren Bundesgebiet in dieser Gruppe Haushalte befanden, deren Haushalts-

nettoeinkommen im Anschreibequartal sehr niedrig bzw. negativ waren, die aber sehr hohe Geldvermögen besaßen. Außerdem ist in dieser Einkommensgruppe eine größere Zahl lebensälterer Nichterwerbstätiger vertreten, die im Anschreibequartal geringe Einnahmen aus Geldvermögen, aber wiederum Geldvermögen von mehreren Hunderttausend DM hatten.

Aktien befanden sich 1998 auch in den Depots von Haushalten der unteren Einkommensklassen. Allerdings waren die angelegten Beträge in den neuen Ländern und Berlin-Ost bis zur Einkommensklasse 5 000 bis unter 6 000 DM mit durchschnittlich 1 937 DM eher marginal. Herausragend ist die Höhe des Besitzes von Aktien bei Haushalten im früheren Bundesgebiet mit monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25 000 bis unter 35 000 DM mit fast 67 000 DM.

Tabelle 7 enthält auch die für den Zeitvergleich aufbereiteten Daten der EVS 1993.¹⁸⁾ Bemerkenswert ist, dass nicht Haushalte aller Nettoeinkommensklassen 1998 im Schnitt mehr Geldvermögen besaßen als 1993. Davon ausgenommen waren im früheren Bundesgebiet Haushalte, deren monatliche Haushaltsnettoeinkommen im mittleren (3 000 bis unter 4 000 DM bzw. 4 000 bis unter 5 000 DM) sowie im oberen Bereich (9 000 bis unter 10 000 DM, 10 000 bis unter 12 000 DM und darüber) lagen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war dieser Trend nur bei Haushalten im Einkommensbereich zwischen 1 000 und 2 000 DM zu beobachten. Die kräftigsten Zuwachsraten erzielten ostdeutsche Haushalte, deren Haushaltsnettoeinkommen 4 000 bis unter 5 000 DM betragen, gefolgt von Haushalten der Einkommensklasse 8 000 bis unter 9 000 DM. Die durchschnittlichen Geldvermögen der ersten Gruppe stiegen von 29 100 DM (1993) auf 38 100 DM (1998), die der zweiten von 53 800 auf fast 70 000 DM. Letztere Gruppe verbuchte auch im Westen relativ den größten Zuwachs beim durchschnittlichen Geldvermögen im betrachteten Zeitverlauf (1993: 110 100 DM, 1998: 116 100 DM). Dagegen konnten für Haushalte in den beiden höchsten Einkommensklassen im früheren Bundesgebiet 1998 – verglichen mit 1993 – keine Zuwächse beim Geldvermögen festgestellt werden. Wahrscheinlich wirkt sich auch hier das im Teil 1 dieses Aufsatzes vermutete Hinauswachsen einer größeren Zahl von Haushalten über die „Abschneidegrenze“ von 35 000 DM und mehr monatlichem Haushaltsnettoeinkommen stärker aus.

Zur Verteilung des Geldvermögens privater Haushalte in Deutschland nach Dezilgruppen des Haushaltsnettoeinkommens

Tabelle 8 gibt einen Überblick über das durchschnittliche Geldvermögen nach Einkommensdezilgruppen für aus-

17) Siehe Randow, H.: „Ausgewählte Ergebnisse aus Umfragen des IM Leipzig zu Verbrauch, Verbrauchsgewohnheiten und Konsumbedingungen in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin“ in Institut für Marktforschung Leipzig GmbH: „Berichtsreihe zur Konsumklima-Forschung“, S. 11 ff.

18) Die vom Statistischen Bundesamt bisher veröffentlichten Daten sind damit nicht voll identisch. Das ergibt sich daraus, dass der Gruppierung der Vermögensdaten privater Haushalte nach Haushaltsnettoeinkommensklassen 1993 nicht das tatsächliche in den Tertialheften aufgezeichnete Einkommen zu Grunde lag. Zu diesem Zeitpunkt musste auf die klassifizierten Einkommen aus der Selbsteinstufung der Haushalte zurückgegriffen werden.

Tabelle 8: Durchschnittliches Geldvermögen 1998 für ausgewählte Haushaltstypen¹⁾ nach Einkommensdezilen
 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
 DM je Haushalt

Dezilgruppe	Grenzwert des Haushaltsnettoeinkommens		Durchschnittliches Geldvermögen		Grenzwert des Haushaltsnettoeinkommens		Durchschnittliches Geldvermögen	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Alleinlebende Frauen				Alleinerziehende mit 1 Kind unter 18 Jahren				
1.	1 414	1 196	10 567	6 555	1 776	1 681	(6 900)	(2 338)
2.	1 724	1 360	12 394	7 092	2 007	1 940	(11 289)	(4 208)
3.	2 005	1 525	17 892	9 013	2 263	2 107	(4 666)	(5 686)
4.	2 272	1 748	23 387	13 188	2 486	2 255	(11 557)	(6 625)
5.	2 551	1 923	26 833	15 413	2 730	2 459	(15 932)	(8 387)
6.	2 889	2 107	29 196	15 664	3 088	2 660	15 924	(6 371)
7.	3 258	2 351	36 634	19 849	3 551	2 928	24 979	(11 227)
8.	3 783	2 628	49 851	21 313	4 162	3 252	27 449	(21 077)
9.	4 925	3 102	57 744	26 216	5 333	3 927	29 897	(20 499)
10.	–	–	104 826	37 650	–	–	61 417	(30 595)
Zusammen	–	–	36 935	17 178	–	–	20 995	11 705
Paare mit 1 Kind unter 18 Jahren				Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren				
1.	3 025	2 932	15 214	(9 032)	3 923	3 439	37 646	(13 698)
2.	3 835	3 463	28 276	(12 963)	4 583	3 998	36 902	18 060
3.	4 393	3 891	36 480	(26 894)	5 188	4 408	47 397	28 500
4.	4 892	4 322	44 346	20 237	5 773	4 863	58 969	29 959
5.	5 449	4 770	52 557	31 498	6 353	5 211	63 402	31 173
6.	6 003	5 213	57 408	29 584	7 042	5 655	61 782	32 045
7.	6 825	5 828	70 524	35 120	7 874	6 170	69 593	34 459
8.	7 927	6 412	83 663	45 350	9 034	6 863	85 456	39 781
9.	9 675	7 574	91 209	47 120	9 999	8 283	97 358	56 398
10.	–	–	140 424	65 212	–	–	150 925	69 398
Zusammen	–	–	61 998	32 276	–	–	73 254	35 331

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten.

gewählte Haushaltstypen. Dabei wurden alle in der Quotenstichprobe vertretenen Haushalte eines bestimmten Typs nach dem Merkmal Haushaltsnettoeinkommen aufsteigend geordnet und ein Grenzwert als Maß bestimmt, um dann die jeweiligen Haushalte eines bestimmten Typs in zehn gleich große Gruppen (Dezile) mit dem dazugehörigen Geldvermögen einzuordnen.

Der nicht umstrittene Standpunkt, dass Unterschiede in der Einkommenslage sich stärker akzentuiert beim Vermögen zeigen, wird mit diesen Daten erneut unterstrichen. Inwieweit die Absicherungsfunktion des Geldvermögens bezüglich der finanziellen Unabhängigkeit und sozialen Sicherheit bei Haushalten mit niedrigen Einkommen greift, wäre gesondert zu untersuchen; beispielsweise wenn 51 000 Haushalte von Paaren mit einem Kind (in der ersten Dezilgruppe) in den neuen Ländern und Berlin-Ost lediglich auf Geldvermögen von im Schnitt 9 032 DM pro Haushalt zurückgreifen können, wobei das Nettogeldvermögen 1998 unter Abzug der Konsumentenkreditschulden (2 113 DM) 6 919 DM betrug. Gesondert zu untersuchen wäre auch, ob die mehr als 450 000 alleinlebenden ostdeutschen Frauen, die überwiegend älter und nicht mehr erwerbstätig sind, mit den angesammelten Geldvermögen von im Schnitt 6 600 DM bis 9 000 DM (unterste drei Dezilgruppen) gesundheitlichen Gefährdungen bzw. dem Risiko ein Pflegefall zu werden, angemessen begegnen können.

Schwierig unter dem Aspekt des „Notgroschen“ scheint ebenfalls die Lage von Alleinerziehenden mit einem Kind. Die in Tabelle 8 ausgewiesenen durchschnittlichen Geldvermögen reichen in der Regel nur wenige Monate, um bei Ausfall laufender Einkommen, ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe, den Lebensunterhalt zu bestreiten.

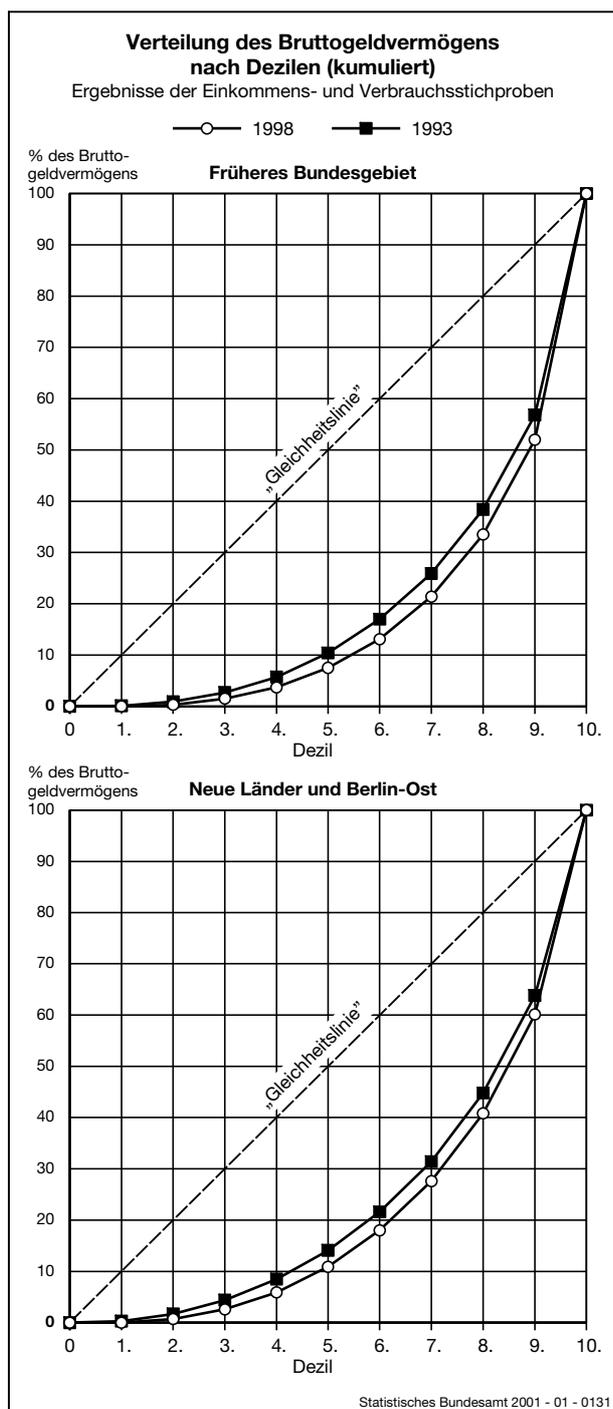
Zur Verteilung des Geldvermögens privater Haushalte in Deutschland nach Dezilgruppen des in der EVS erfassten Geldvermögens

Für die folgende Dezildarstellung sind alle in der Quotenstichprobe vertretenen Haushalte nach dem Merkmal Geldvermögen aufsteigend geordnet und ein Grenzwert als Maß bestimmt worden. Dabei wurden 1998 auch Haushalte berücksichtigt, die angaben, kein Geldvermögen zu besitzen. Schaubild 2 gibt einen Überblick über die Vermögenskonzentration.

Aus den in der EVS erfassten Daten ist zu entnehmen, dass 50% der Haushalte im früheren Bundesgebiet 1998 lediglich 7,5% des gesamten Geldvermögens besaßen; 1993 lag deren Anteil noch bei 10,4%. Dagegen vereinigten Haushalte der letzten Dezilgruppe 1998 fast die Hälfte des Gesamtvermögens auf sich, das waren 48% (1993: 43,2%). Wird berücksichtigt, dass besonders „reiche“ Haushalte in der Erhebung der EVS nicht vertreten sind, so ist die tatsächliche Konzentration des Geldvermögens vermutlich noch größer. Diese Annahme wird dadurch gestützt, dass von den an der EVS 1998 beteiligten Haushalten, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen mehr als 35 000 DM betrug, ein Geldvermögen von durchschnittlich rund 890 000 DM angegeben wurde.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren 1998 die Disparitäten bei der Geldvermögensverteilung noch nicht so stark ausgeprägt wie im früheren Bundesgebiet. Allerdings haben die Ungleichheiten im betrachteten Zeitraum weiter zugenommen.

Schaubild 2



Zur Verschuldung privater Haushalte mit Konsumentenkrediten

Aus Tabelle 1 ist zu entnehmen, dass im früheren Bundesgebiet 1998 die durchschnittlichen Konsumentenschulden pro Haushalt 2553 DM betragen. Diese wuchsen – verglichen mit 1993, als 2030 DM ausgewiesen wurden – um 25,8%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost stieg diese durchschnittliche Verschuldung zwischen 1993 und 1998 von 1571 DM im Schnitt aller Haushalte auf 2303 DM, das war ein Zuwachs von rund 47%. Damit kamen die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-

Ost 1998 bis auf 90% an die Schuldensumme der Haushalte im früheren Bundesgebiet heran. Da das Tempo zwischen der Zunahme der Verschuldung und der Bildung des Geldvermögens unterschiedlich war, folgt daraus, dass die Ost-West-Relation, die beim Geldvermögen je Haushalt brutto 45% betrug, nun beim Nettogeldvermögen 43% ausmacht, das heißt der Abstand zwischen den Haushalten in Ost und West ist unter Berücksichtigung der Schulden im Schnitt noch größer.

Konsumentenkredite sind eine Möglichkeit für die im Haushalt lebenden Personen, sich Konsumwünsche ohne vorausgehendes Ansparen der entsprechenden Kaufsumme zu erfüllen. Handelt es sich dabei allerdings um einkommensschwache Haushalte, die in der Regel auch nicht auf längerfristige Geldanlagen zurückgreifen können, so führen Rückzahlungsschwierigkeiten (z. B. bei Ausfall von Einkommen infolge Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit) oft in die Überschuldung. Von den rund 30 Mill. Haushalten im früheren Bundesgebiet hatten – wie Tabelle 5 zeigt – 1998 5 Mill. Haushalte Konsumentenkreditschulden, das war jeder sechste Haushalt. Diese Haushalte hatten im Schnitt auf 15300 DM Kreditschulden für Waren und Leistungen des privaten Konsums zurückzuzahlen. Das entsprach hochgerechnet einer Summe von 76,5 Mrd. DM. In den neuen Ländern und Berlin-Ost hatten 1998 fast 22% der in der EVS erfassten Haushalte Konsumentenkreditschulden, das waren rund 1,5 von 6,8 Mill. Haushalten. Dabei musste jeder von Schulden betroffene Haushalt rund 10660 DM zurückzahlen, das waren rund 15,7 Mrd. DM. Verglichen mit dem Jahr 1993 hat die Zahl der Haushalte mit Konsumentenkreditschulden im früheren Bundesgebiet leicht abgenommen (1993: 5,1 Mill.) in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 200000 mehr (1993: 1,3 Mill.). Der Schuldenberg der Haushalte mit Konsumentenkreditschulden wuchs in West und Ost allerdings erheblich (West 1993: 11510 DM, 1998: 15272 DM; Ost 1993: 8094 DM, 1998: 10658 DM). Tabelle 9 gibt einen Überblick über die Verschuldungsquote und die Höhe der Restschuld nach Bundesländern. Fast jeder vierte Haushalt (23,9%) in Brandenburg nahm Konsumentenkredite in Anspruch, auch in sachsen-anhaltinischen Haushalten waren es 23, in Thüringen 22 von Hundert. Diese Haushalte haben im Schnitt eine Restschuld von 10590 DM, 9990 DM bzw. 10580 DM abzutragen.

Betrachtet nach der sozialen Stellung der Haupteinkommensbezieher wiesen im früheren Bundesgebiet Haushalte von Selbständigen, die Konsumentenkredite aufgenommen hatten, im Schnitt mit rund 32300 DM die höchsten Kreditverpflichtungen auf, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es ebenfalls Selbständige mit rund 14900 DM.

Als problematisch ist die Situation der Haushalte mit Konsumentenkreditschulden von Arbeitslosen zu werten, die bei relativ geringen Einkommen und niedrigen Vermögensbeständen im Westen rund 9900 DM und im Osten rund 6200 DM abzutragen hatten. Gleiches gilt für Haushalte im früheren Bundesgebiet, deren Haushaltsnettoeinkommen unter 1000 DM lag und wo die betroffenen Haushalte 1998 im Schnitt mit 15320 DM Konsumentenkreditschulden belastet waren.

Tabelle 9: Haushalte¹⁾ mit Konsumentenkreditschulden nach Bundesländern
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Bundesland	Haushalte		Haushalte mit Konsumentenkreditschulden		Verschuldungsquote		Durchschnittliche Restschuld errechnet an allen Haushalten		Durchschnittliche Restschuld errechnet an Haushalten mit Restschuld	
	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998	1993	1998
	Mill.		1 000		%		DM			
Mecklenburg-Vorpommern .	0,742	0,771	153	167	20,7	21,7	1 420	2 317	6 872	10 668
Sachsen-Anhalt	1,184	1,191	270	269	22,8	22,6	1 799	2 254	7 897	9 985
Sachsen	2,024	2,042	312	403	15,4	19,7	1 218	2 009	7 895	10 178
Berlin-Ost	0,624	0,645	98	136	15,7	21,1	1 355	2 885	8 645	13 650
Thüringen	1,052	1,065	187	233	18,7	21,9	1 402	2 316	7 499	10 580
Brandenburg	1,055	1,112	259	266	24,6	23,9	2 021	2 536	8 224	10 592
Berlin-West	1,142	1,115	180	205	15,8	18,4	2 339	1 927	14 843	10 474
Bremen	0,337	0,341	81	64	24,0	18,7	2 111	2 017	8 809	10 761
Hamburg	0,878	0,894	182	173	20,7	19,3	2 158	2 362	10 418	12 222
Saarland	0,494	0,506	86	93	17,5	18,4	1 902	2 249	10 877	12 213
Nordrhein-Westfalen	7,778	8,064	1 445	1 322	18,6	16,4	1 868	2 343	10 057	14 297
Niedersachsen	3,295	3,504	657	674	19,9	19,2	2 160	3 026	10 829	15 719
Schleswig-Holstein	1,213	1,266	248	235	20,5	18,5	2 342	2 608	11 450	14 066
Rheinland-Pfalz	1,674	1,760	303	275	18,1	15,6	1 918	2 460	10 592	15 739
Hessen	2,602	2,674	390	473	15,0	17,7	2 286	2 485	15 239	14 045
Baden-Württemberg	4,469	4,575	749	692	16,8	15,1	2 089	2 572	12 466	17 012
Bayern	5,048	5,255	764	801	15,1	15,2	1 785	2 824	11 793	18 525

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.

Auffallend hoch sind in den neuen Ländern und Berlin-Ost die durchschnittlichen Verschuldungssummen von betroffenen Haushalten, deren Haupteinkommensbezieher 25 bis unter 35 bzw. 35 bis unter 45 Jahre alt sind. Die Rückzahlungshöhe betrug 1998 mehr als 13 000 bzw. 11 400 DM. Im früheren Bundesgebiet haben Haushalte mit 45- bis unter 55-jährigen Haupteinkommensbezieher, die Konsumentenkredite aufgenommen hatten, 1998 im Schnitt 17 850 DM zurückzuzahlen. Bereits

bei der Betrachtung des hohen Ausstattungsgrades und -bestandes dieser Haushalte mit Pkw war vermutet worden, dass dieser nicht ohne Verschuldung zu Stande gekommen war.

Auf die Hypothekenschulden wird hier nicht eingegangen, da diese bereits im Zusammenhang mit der Darstellung des Haus- und Grundbesitzes im Heft 3/1999 dieser Zeitschrift betrachtet worden sind. ■

Anhangtabelle 1:
Durchschnittliche Geldvermögensbestände und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte¹⁾ nach ausgewählten Haushaltstypen
 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998²⁾

Gegenstand der Nachweisung	Alleinlebende Frau		Alleinlebender Mann		Alleinerziehende mit 1 Kind unter 18 Jahren		Paare ohne Kind		Paare mit 1 Kind unter 18 Jahren		Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	7 049	1 732	4 096	763	1 045	432	14 561	4 281	4 731	1 277	7 079	1 725
Hochgerechnete Haushalte in 1 000	6 999	1 512	3 801	674	538	192	8 705	2 016	2 071	504	2 567	611
Haushalte mit Geldvermögen in 1 000	6 113	1 302	3 138	565	422	157	8 294	1 933	1 943	468	2 481	593
in %	87,3	86,1	82,5	83,8	78,4	81,8	95,3	95,9	93,8	92,9	96,6	97,1
Haushalte ohne Geldvermögen in 1 000	809	190	613	98	112	32	333	71	105	33	75	18
in %	11,6	12,6	16,1	14,5	20,8	16,7	3,8	3,5	5,1	6,5	2,9	2,9
Durchschnitt in DM errechnet an allen Haushalten												
Geldvermögen ohne Versicherungsguthaben ...	30 700	15 309	48 206	16 569	13 293	8 835	66 224	36 034	40 387	25 111	46 346	26 715
Bausparguthaben	2 077	724	3 377	1 491	1 963	1 045	5 220	2 915	7 987	4 673	8 041	5 832
Sparguthaben	11 140	7 402	10 790	7 236	4 691	3 936	20 650	14 189	13 352	9 066	13 388	10 235
Rentenwerte	2 242	757	4 370	761	598	272	5 687	2 673	2 157	1 067	3 004	1 100
Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen	7 402	3 764	7 150	3 142	2 669	1 867	15 294	9 307	7 635	4 809	9 303	4 643
Aktien	2 716	505	8 518	1 240	903	401	8 532	1 741	4 064	2 211	5 000	1 702
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen	4 313	1 767	12 729	2 372	1 713	988	9 105	4 519	4 559	2 929	5 149	3 066
An Privatpersonen verliehenes Geld	810	390	1 272	327	756	326	1 736	690	633	356	461	137
Versicherungsguthaben	6 235	1 870	11 752	2 558	7 702	2 871	26 666	5 850	21 610	7 165	28 908	8 616
Geldvermögen	36 935	17 178	59 959	19 127	20 995	11 705	92 889	41 883	61 998	32 276	73 254	35 331
Restschuld von Konsumentenkrediten	1 048	484	2 653	2 771	2 452	2 128	2 400	1 726	4 046	3 532	3 980	4 216
Nettogeldvermögen	35 887	16 694	57 306	16 357	18 543	9 578	90 489	40 157	57 952	28 744	69 274	31 115
Nachrichtlich:												
Geldvermögen 1993 ³⁾	32 290	12 373	41 524	16 189	28 643	10 503	80 156	26 963	63 627	26 023	69 402	26 963
Restschuld von Konsumentenkrediten 1993 ³⁾	892	(271)	2 491	(1 122)	2 667	(1 350)	1 679	1 177	3 119	2 767	3 161	3 006
Nettogeldvermögen 1993 ³⁾	31 398	12 102	39 033	15 067	25 966	9 153	78 477	25 785	60 509	23 257	66 241	23 957

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Bestände zu den Stichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember. – 3) Bestände zum Stichtag 31. Dezember.

Anhangtabelle 2:
Durchschnittliche Geldvermögensbestände und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte¹⁾ nach sozialer Stellung der Haupteinkommensbezieher
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998²⁾

Gegenstand der Nachweisung	Selbständige einschließlich Landwirten		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Nichterwerbstätige		Arbeitslose	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	3 138	338	6 742	626	19 330	5 320	5 517	1 888	13 103	3 773	1 414	961
Hochgerechnete Haushalte in 1 000	1 924	285	1 582	148	8 576	1 912	5 794	1 443	10 679	2 445	1 400	594
Haushalte mit Geldvermögen in 1 000	1 806	259	1 556	143	8 202	1 829	5 403	1 356	9 432	2 195	945	483
in %	93,9	90,9	98,4	96,6	95,6	95,7	93,3	94,0	88,3	89,8	67,5	81,3
Haushalte ohne Geldvermögen in 1 000	96	24	21	4	321	69	339	79	1 112	221	427	106
in %	5,0	8,4	1,3	2,7	3,7	3,6	5,9	5,5	10,4	9,0	30,5	17,8
Durchschnitt in DM errechnet an allen Haushalten												
Geldvermögen ohne Versicherungsguthaben ...	103 913	38 830	63 428	34 314	48 340	34 304	29 377	19 877	54 162	25 067	23 328	14 214
Bausparguthaben	7 678	4 156	10 403	6 218	6 851	4 899	6 306	3 766	2 302	1 125	1 903	1 911
Sparguthaben	19 477	12 148	19 737	12 444	14 615	12 210	11 256	7 905	18 297	11 836	7 004	5 535
Rentenwerte	8 975	1 877	4 067	1 323	3 450	2 061	847	681	5 180	1 910	2 583	570
Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen	19 392	7 927	13 447	6 643	9 430	7 437	6 087	4 232	13 039	6 465	4 226	3 336
Aktien	18 476	3 840	7 239	2 789	6 496	2 427	1 896	851	6 407	722	3 485	894
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen	27 662	7 901	7 519	4 427	6 592	4 787	2 607	2 163	7 412	2 445	3 349	1 623
An Privatpersonen verliehenes Geld	2 253	981	1 016	470	906	483	378	279	1 525	564	778	345
Versicherungsguthaben	72 660	15 636	28 433	9 036	25 881	8 063	20 335	5 915	8 634	2 301	13 432	4 094
Geldvermögen	176 574	54 466	91 862	43 350	74 222	42 366	49 713	25 791	62 796	27 367	36 759	18 307
Restschuld von Konsumentenkrediten	5 741	3 836	3 084	5 137	3 336	3 268	3 502	3 820	852	570	1 817	1 205
Nettogeldvermögen	170 833	50 630	88 777	38 213	70 886	39 098	46 211	21 971	61 944	26 798	34 943	17 102
Nachrichtlich:												
Geldvermögen 1993 ³⁾	153 089	44 011	77 017	/	69 442	30 976	48 099	19 497	52 159	19 738	32 982	15 483
Restschuld von Konsumentenkrediten 1993 ³⁾	4 146	2 251	2 480	/	2 708	2 125	2 960	2 532	527	614	2 626	1 260
Nettogeldvermögen 1993 ³⁾	148 943	41 761	74 537	/	66 734	28 851	45 139	16 966	51 632	19 125	30 356	14 223

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Bestände zu den Stichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember. – 3) Bestände zum Stichtag 31. Dezember.

Anhangtabelle 3:
Durchschnittliche Geldvermögensbestände und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte¹⁾ nach dem Alter der Haupteinkommensbezieher
Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998²⁾

Gegenstand der Nachweisung	Alter der Haupteinkommensbezieher von ... bis unter ... Jahren													
	unter 25		25 – 35		35 – 45		45 – 55		55 – 65		65 – 70		70 und mehr	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Erfasste Haushalte	767	228	8 510	1 901	13 579	3 530	9 602	2 305	8 346	2 718	2 936	1 039	5 504	1 185
Hochgerechnete Haushalte in 1 000	748	201	5 040	947	6 279	1 484	4 897	1 184	5 634	1 366	1 884	434	5 474	1 210
Haushalte mit Geldvermögen in 1 000 ³⁾	614	175	4 569	844	5 713	1 365	4 513	1 106	5 211	1 290	1 734	400	4 990	1 086
in %	82,1	87,1	90,7	89,1	91,0	92,0	90,5	93,4	92,5	94,4	92,0	92,1	91,2	89,8
Haushalte ohne Geldvermögen in 1 000 ³⁾	128	26	438	97	517	107	337	70	364	66	125	31	406	105
in %	17,1	12,9	8,7	10,2	8,2	7,2	6,9	5,9	6,5	4,8	6,6	7,1	7,4	8,7
Durchschnitt in DM errechnet an allen Haushalten														
Geldvermögen ohne Versicherungsguthaben ...	15 584	8 090	30 097	18 590	40 854	23 950	50 681	31 569	65 083	33 553	73 298	31 655	59 070	23 475
Bausparguthaben	3 314	1 545	6 496	3 463	6 446	4 347	6 834	4 395	5 328	3 059	3 355	1 671	1 512	530
Sparguthaben	5 429	2 999	9 590	6 893	12 106	9 036	15 381	11 319	19 088	12 468	21 341	14 219	20 641	12 506
Rentenwerte	654	105	1 518	717	2 359	947	3 715	2 059	5 342	2 183	7 204	1 764	5 905	1 957
Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen	2 844	1 646	5 262	3 330	7 535	4 616	10 446	6 665	14 465	9 258	19 450	9 142	13 635	5 381
Aktien	1 797	724	3 298	1 263	4 237	1 681	6 661	2 086	8 954	1 764	9 421	1 127	7 603	386
Sonstige Wertpapiere und Vermögensbeteiligungen	1 112	959	3 425	2 627	7 477	2 979	6 749	4 453	10 308	4 214	10 652	3 143	8 107	2 172
An Privatpersonen verliehenes Geld	434	112	508	297	694	344	895	592	1 598	607	1 875	589	1 667	543
Versicherungsguthaben	4 596	1 829	9 217	3 919	21 817	7 454	38 380	8 777	38 705	7 282	10 701	2 248	4 115	1 110
Geldvermögen	20 180	9 918	39 314	22 509	62 672	31 405	89 061	40 346	103 788	40 834	83 999	33 901	63 185	24 585
Restschuld von Konsumentenkrediten	1 513	1 401	3 588	4 316	3 740	3 838	3 927	2 733	1 938	1 269	923	977	345	218
Nettogeldvermögen	18 668	8 517	35 725	18 193	58 932	27 567	85 135	37 613	101 850	39 565	83 077	32 924	62 840	24 367
Nachrichtlich:														
Geldvermögen 1993 ⁵⁾	32 152 ⁴⁾	15 224 ⁴⁾	59 455	25 111	90 422	29 991	89 442	26 965	66 710	23 255	50 363	18 020
Restschulden von Konsumentenkrediten 1993 ⁵⁾	2 925 ⁴⁾	2 205 ⁴⁾	3 174	2 475	2 816	1 698	1 431	1 144	482	(338)	229	(164)
Nettogeldvermögen 1993 ⁵⁾	29 227 ⁴⁾	13 019 ⁴⁾	56 281	22 636	87 606	28 292	88 011	25 821	66 228	22 918	50 135	17 856

1) Ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften. – 2) Bestände zu den Stichtagen 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember. – 3) Ohne Haushalte, die Angaben zum Geldvermögen verweigerten. – 4) 1993: unter 25 bis unter 35 Jahren in einer Altersgruppe zusammengefasst. – 5) Bestände zum Stichtag 31. Dezember.

Preisentwicklung im Jahr 2000

Die Preisentwicklung im Jahr 2000 war in Deutschland maßgeblich von außenwirtschaftlichen Einflüssen bestimmt. Kräftige Preissteigerungen auf den Weltrohstoffmärkten, sowie Kursverluste des Euro haben dazu geführt, dass für das Jahr 2000 mit einer Steigerungsrate von +11,2% gegenüber 1999 der stärkste jahresdurchschnittliche Preisanstieg bei den nach Deutschland importierten Waren seit 1981 (gegenüber 1980: +13,7%) gemessen wurde. Einen erheblichen Beitrag zu dieser drastischen Verteuerung der deutschen Importrechnung leistete der anhaltende Anstieg der Einfuhrpreise für Erdöl und für Mineralölprodukte; ohne diese Produkte wäre der Einfuhrpreisindex gegenüber 1999 nur um 6,5% gestiegen. Begünstigt durch die überraschend gute Konjunktorentwicklung – nach vorläufigen Berechnungen wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1999 auf 2000 um 3,1% (1999 gegenüber 1998: +1,6%) – führten die steigenden Importpreise auch zu einer Verstärkung der Preisauftriebstendenzen auf der Erzeugerstufe sowie auf der Großhandelsstufe. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) stieg von 1999 auf 2000 um 3,4% und der Index der Großhandelsverkaufspreise sogar um 5,5% (jeweils jahresdurchschnittlich); in der Berechnung ohne Mineralöl-erzeugnisse wären sowohl der Anstieg des Erzeugerpreisindex (+2,1%) als auch der Anstieg des Index der Großhandelsverkaufspreise (+2,5%) spürbar niedriger ausgefallen.

Vor dem Hintergrund eines weiteren Einbruchs der Baukonjunktur – die realen Bauinvestitionen gingen 2000 gegenüber 1999 um 2,5% zurück – blieben die Preiserhöhungsspielräume der Bauunternehmen im Berichtsjahr eng begrenzt. Der Preisindex für Wohngebäude lag im Jahresdurchschnitt 2000 nur um 0,3% über dem Stand des Vorjahres.

Die drastische Verteuerung wichtiger Energiegüter gab den Ausschlag, dass im Berichtsjahr der höchste Anstieg der Verbraucherpreise seit drei Jahren verzeichnet wurde. So lag der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt 2000 um 1,9% über dem Niveau des Vorjahres, nachdem für 1999 nur ein Anstieg von +0,6% und für 1998 eine Zuwachsrate von 1,0% erreicht worden waren; in der Berechnung ohne Erdgas (Jahresdurchschnitt 2000 gegenüber Jahresdurchschnitt 1999: +16,3%), leichtes Heizöl (+53,4%), Zentralheizung und Fernwärme (+20,7%) sowie ohne Kraftstoff (+18,9%) hätte die jahresdurchschnittliche Teuerung nur bei 0,6% gelegen.

Für die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost fiel der jahresdurchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2000 spürbar niedriger aus (+1,7%) als für die westdeutschen Haushalte (+2,0%); dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die ostdeutschen Haushalte wegen des geringeren Gewichtes des Heizöls im ostdeutschen Warenkorb nicht in gleichem Ausmaß von der starken Verteuerung dieses Energieträgers betroffen waren wie die westdeutschen Haushalte.

Dipl.-Volkswirt Johann Szenzenstein

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Die nach zwei Jahren weitgehender Preisstabilität im Jahr 1999 einsetzenden Preisauftriebstendenzen haben sich im Jahr 2000 verstärkt. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag im Jahresdurchschnitt 2000 um 1,9% über dem Stand des Vorjahres, nachdem er von 1998 auf 1999 nur um 0,6% gestiegen war. Dies war der höchste jahresdurchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise seit 1997 (gegenüber 1996 ebenfalls +1,9%). Für die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost fiel dabei die Teuerung spürbar niedriger aus (+1,7%) als für die Haushalte im früheren Bundesgebiet (+2,0%). Angesichts der überraschend günstigen Konjunktorentwicklung – nach den vorläufigen Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt von 1999 auf 2000 um 3,1% (1999 gegenüber 1998: +1,6%) – kann das Preisklima für die privaten Letztverbraucher aber immer noch als relativ günstig bezeichnet werden. Auf den vorgelegerten Wirtschaftsstufen fielen die Preissteigerungsraten deutlich höher aus. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) stieg von 1999 auf 2000 um 3,4% und der Index der Großhandelsverkaufspreise sogar um 5,5% (jeweils Jahresdurchschnitt).

Der erneute Einbruch der Baukonjunktur – die realen Bauinvestitionen gingen 2000 gegenüber 1999 um 2,5% zurück – ließ der Bauwirtschaft im abgelaufenen Jahr nur geringe Preiserhöhungsspielräume. Der Preisindex für die Wohngebäude in konventioneller Bauart lag im Jahresdurchschnitt 2000 nur um 0,3% über dem Stand des Vorjahres.

Die Preisentwicklung im Jahr 2000 war in Deutschland maßgeblich von außenwirtschaftlichen Einflüssen bestimmt. Dabei haben sowohl die Preisentwicklung auf den Weltrohstoffmärkten als auch die Wechselkursentwicklung der gemeinsamen europäischen Währung, des Euro, eine wichtige Rolle gespielt. So setzte sich der rapide Anstieg der Weltmarktpreise für Erdöl aus dem Jahr 1999 auch im vergangenen Jahr fort. Das für den europäischen Wirtschaftsraum maßgebliche Rohöl der Sorte Brent verteuerte sich in den ersten 11 Monaten (Dezember 1999 bis November 2000) des abgelaufenen Jahres auf US-Dollar-Basis um knapp 47%; die preistreibende Wirkung der Verteuerung der Energierohstoffe wurde für die deutsche Wirtschaft noch verstärkt durch spürbare Kursverluste des Euro gegenüber dem US-Dollar (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: –11,2%).

Die starken Preiseinflüsse aus dem Ausland auf das inländische Preisklima werden noch deutlicher, wenn man die Entwicklung des Preisgeschehens im Jahresverlauf betrachtet. Die anhaltende Verteuerung der Energierohstoffe auf den Weltmärkten und der Rückgang des Außenwertes des Euro sorgten dafür, dass die Jahresrate des Index der Einfuhrpreise, die im Januar 2000

	Jahresdurchschnitt 2000 gegenüber 1999 in %
Einfuhrpreise	+ 11,2
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾ .	+ 7,9
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	+ 7,0
Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte ²⁾	- 12,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	+ 3,4
Ausfuhrpreise	+ 3,5
Wohngebäude in konventioneller Bauart	+ 0,3
Großhandelsverkaufspreise	+ 5,5
Einzelhandelspreise	+ 1,1
Lebenshaltungspreise	+ 1,9
Lebenshaltungspreise ³⁾	+ 2,0
Lebenshaltungspreise ⁴⁾	+ 1,7

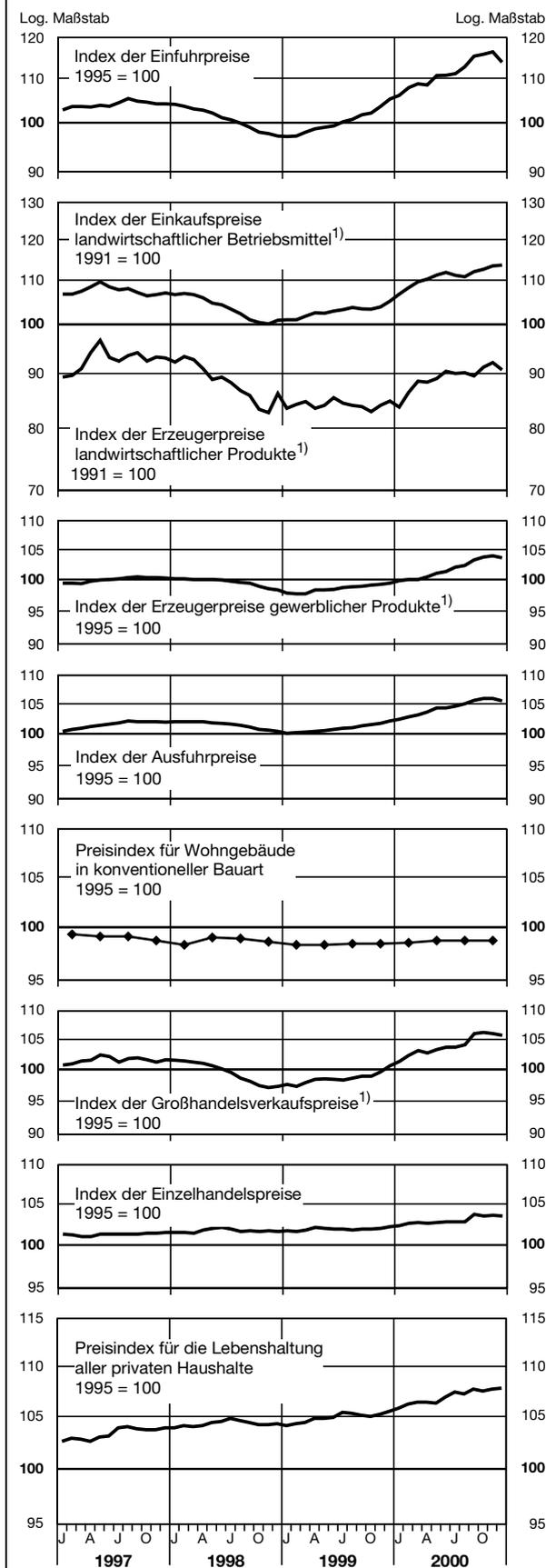
1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Forstwirtschaftsjahr. – 3) Früheres Bundesgebiet. – 4) Neue Länder und Berlin-Ost.

schon bei +9,2% gelegen hatte, bis September 2000 auf +13,4% anstieg. Der kräftige Preisanstieg bei wichtigen Importwaren machte sich auf allen Wirtschaftsstufen bemerkbar. Die Jahresrate des Index der Erzeugerpreise erhöhte sich von +2,0% im Januar 2000 auf +4,2% im Dezember 2000, wobei ein erheblicher Teil des Indexanstieges auf die Ölpreissteigerungen zurückzuführen war. Auch die privaten Letztverbraucher mussten im Jahresverlauf einen Anstieg der Teuerungsrate hinnehmen; die Jahresrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, die im Mai noch bei +1,4% gelegen hatte, überschritt im September die 2%-Marke (+2,5%) und lag im Dezember bei +2,2%.

Weltmarktpreise, Frachtraten in der Seeschifffahrt

Für die Abschätzung der Auswirkungen der Weltmarktpreise für Rohstoffe auf das Kostengefüge der deutschen Wirtschaft ist der vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv berechnete HWWA-Rohstoffpreisindex gut geeignet, da sowohl die Auswahl der in diesem Index vertretenen Güter als auch deren Gewichte repräsentativ für die Rohstoffimporte der Industrieländer sind. Auf der Basis von Preisen in US-Dollar lag der HWWA-Index im Jahresdurchschnitt 2000 um knapp 32% über dem Vorjahresniveau, im Dezember 2000 betrug der Abstand zum Dezember 1999 allerdings nur noch +0,9%. Für die deutsche Wirtschaft fiel die durchschnittliche Verteuerung der Rohstoffe wegen der Wechselkurseffekte noch höher aus; auf DM-Basis stieg der HWWA-Index im Jahresdurchschnitt 2000 um gut 51% gegenüber dem Vorjahr und von Dezember 1999 auf Dezember 2000 um rund 14%. Die Preisentwicklungen für die einzelnen Güterkategorien fielen dabei sehr unterschiedlich aus. Während sich die Energierohstoffe, die mit einem Gewicht von 60% (darunter Rohöl: 55,5%) in die Indexberechnung eingehen, im Jahresdurchschnitt um gut 73% (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +16,6%) und die Industrierohstoffe um rund 24% (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +13,8%) verteuerten, fiel die jahresdurchschnittliche Verteuerung der Nahrungs- und Genussmittel mit +3,1% für die deutsche Wirtschaft recht moderat aus, und für Dezember 2000 ergab sich für diese Güter sogar ein durchschnittlicher Preisrückgang gegenüber Dezember 1999 um 4,2% (alle Veränderungs-raten beziehen sich auf in D-Mark umgerechnete Preise).

Zur Preisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland



1) Ohne Umsatzsteuer.

Statistisches Bundesamt 2001 - 01 - 0132

Schaubild 2

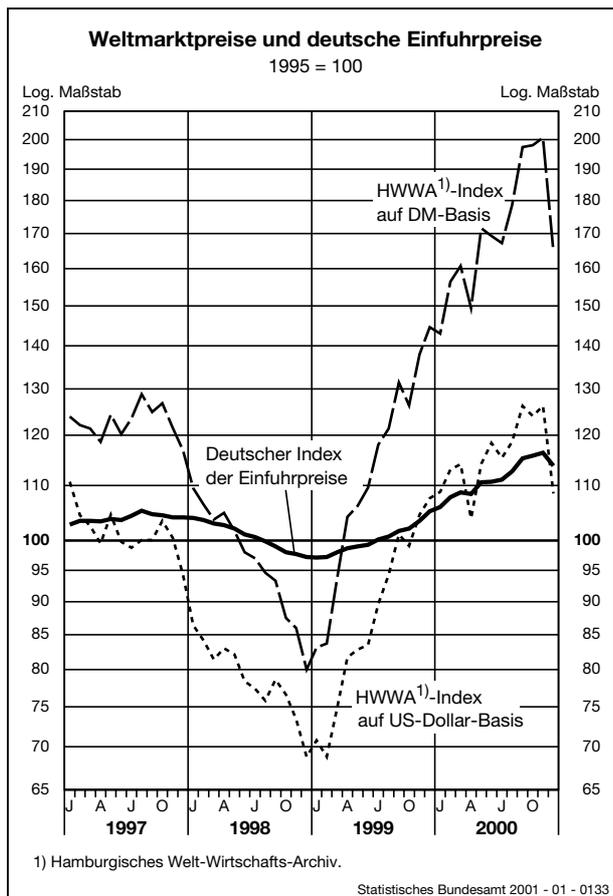
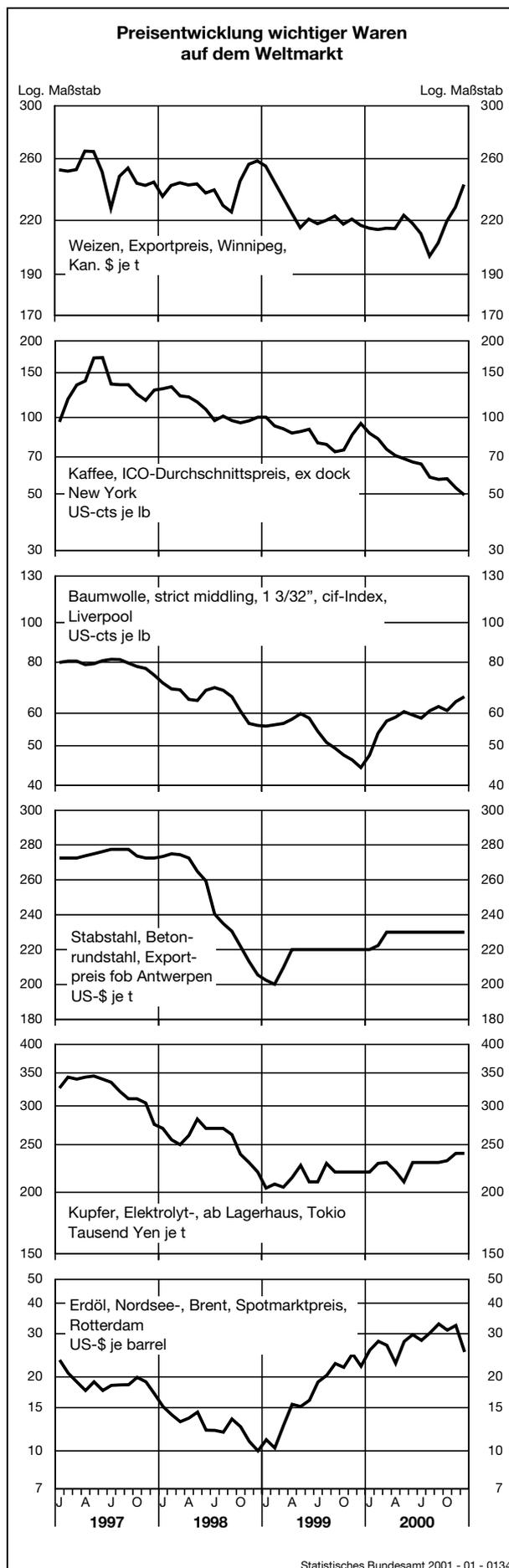


Schaubild 3



Die infolge des weltweiten Konjunkturaufschwungs boomende deutsche Exportwirtschaft und die kräftigen Kursgewinne des US-Dollar gegenüber dem Euro schafften im abgelaufenen Jahr für die in der Linienfahrt tätigen Seeschiffahrtsunternehmen größere Preiserhöhungsspielräume. Der Index der Seefrachtraten in der Linienfahrt lag im Jahresdurchschnitt 2000 um knapp 36% über dem Niveau des Vorjahres. Die Frachtraten zogen im Jahresverlauf teilweise sprunghaft an und waren im Dezember 2000 um durchschnittlich 28% höher als 12 Monate zuvor. Für die einzelnen Fahrtgebiete fielen die Erhöhungen recht unterschiedlich aus. Die stärksten Ratenanhebungen konnten in der Asien/Australienfahrt (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +39,4%) sowie in der Afrikafahrt (+39,1%) durchgesetzt werden. In der Amerikafahrt waren kräftige Ratenerhöhungen nur in der ausgehenden Fahrtrichtung (= deutsche Exporte) möglich (+38,4%), während in der einkommenden Fahrtrichtung die Frachtraten gesenkt werden mussten (-1,9%).

Der anhaltende Aufschwung in der US-Volkswirtschaft und die kräftige Expansion der Volkswirtschaften in Lateinamerika sowie in den ostasiatischen Schwellenländern und die damit verbundene Nachfrage nach Schiffs-laderraum führte auch zu einer kräftigen Anhebung der Charraten in der internationalen Tramp-Trockenfahrt (Zeitcharter), die für die deutsche Wirtschaft noch durch die Höherbewertung des US-Dollars gegenüber dem Euro verstärkt wurde. So lag der Index der Charraten in der Tramp-Trockenfahrt (auf DM-Basis) im Jahresdurchschnitt 2000 um rund 64% höher als im Vorjahr; infolge eines deutlichen Rückgangs der Charraten am

	Linienfahrt	Trampfahrt	
		Trockenfahrt	Tankerfahrt
		- Zeitcharter -	- Reisecharter -
	1995 = 100	Worldscale = 100	
1999 D	86,3	65,6	.1)
2000 D	117,2	107,7	.1)
1999 Dezember	98,1	82,4	103,5
2000 Januar	103,6	86,4	96,9
Februar	102,8	89,2	113,3
März	104,6	101,2	134,7
April	112,6	106,5	137,4
Mai	119,4	108,3	147,0
Juni	115,6	106,4	150,4
Juli	114,4	108,2	191,8
August	121,7	113,1	193,0
September	126,5	122,2	181,7
Oktober	130,3	120,9	226,8
November	129,9	122,5	228,0
Dezember	125,4	107,5	226,9

1) Auf die Berechnung von Jahresdurchschnittswerten muss verzichtet werden, da die Änderungen der Worldscale-Grundfrachten unberücksichtigt bleiben.

Ende des abgelaufenen Jahres (Dezember 2000 gegenüber November 2000: - 12,2%) ergab sich für Dezember 2000 nur noch ein Indexanstieg innerhalb Jahresfrist von 30,5%.

Von der guten Konjunkturlage in den Industrieländern profitierten auch die Vermieter von Tankschiffen. So haben sich die Charraten für Tanker (Reisecharter) von Januar bis Dezember 2000 mehr als verdoppelt (+ 134%; auf DM-Basis), wobei die Ratenanhebungen bei den Großtankern (160 000 tdw und mehr) am kräftigsten (+ 199%) ausfielen.

Ein- und Ausfuhrpreise

Nachdem der Index der Einfuhrpreise von 1998 auf 1999 noch geringfügig (-0,5%) zurückgegangen war, wies dieser Index im Jahr 2000 mit einer Steigerungsrate von +11,2% den höchsten jahresdurchschnittlichen Anstieg seit 1981 (gegenüber 1980: +13,7%) auf. Einen erheblichen Beitrag zu dieser drastischen Verteuerung der deutschen Importrechnung leisteten die anhaltenden Steigerungen der Einfuhrpreise für Erdöl und für Mineralölprodukte; ohne diese Produkte wäre der Einfuhrpreisindex gegenüber 1999 nur um 6,5% gestiegen.

	Dez. 2000 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 1999	Dez. 2000
		Dez. 1998	Dez. 1999
Einfuhrgüter insgesamt	113,8	+ 8,2	+ 8,2
Güter der Ernährungswirtschaft	108,8	+ 0,5	+ 4,1
Güter der gewerblichen Wirtschaft ..	114,5	+ 9,3	+ 8,7
Rohstoffe	180,5	+ 90,7	+ 17,3
Halbwaren	155,7	+ 36,0	+ 32,8
Fertigwaren	104,1	+ 1,3	+ 3,9

Die ab August 1999 einsetzende Beschleunigung des Preisauftriebes bei den Importwaren hat sich bis September 2000 fortgesetzt (gegenüber September 1999: +13,4%). Mit der Entspannung auf den Ölmärkten kam es in den letzten beiden Monaten des Jahres zu einer spürbaren Abschwächung der Zuwachsraten, im Dezember 2000 lag die Jahresrate des Einfuhrpreisindex wieder bei +8,2%. Die stärksten preistreibenden Effekte auf der Einfuhrseite kamen am Jahresende 2000 von den

Halbwaren aus gewerblicher Produktion, die sich von Dezember 1999 auf Dezember 2000 im Durchschnitt um knapp 33% verteuerten; hervorzuheben sind hier neben den Mineralölprodukten (+29,7) vor allem das Erdgas (+81,1%), dessen Preise mit zeitlicher Verzögerung den Mineralölpreisen folgen, sowie die Holz- und Zellstoffe (+35,1%). Ausschlaggebend für die durchschnittliche Verteuerung der importierten industriellen Rohstoffe um gut 17% waren die Preissteigerungen bei rohem Erdöl (Dezember 1999 gegenüber Dezember 2000: +18,0%) sowie bei Eisen- und NE-Metallerzen (+15,8%). Bei den importierten Nahrungsmitteln waren gegenläufige Preisentwicklungen zu beobachten; während zum Beispiel Schweinefleisch im Dezember 2000 um gut 34% teurer war als im Dezember 1999, sanken die Kaffeepreise im gleichen Zeitraum um knapp 31%. Bei den importierten Fertigwaren, die mit einem Gewicht von rund 73% in die Berechnung des Einfuhrpreisindex eingehen, sorgte der scharfe Wettbewerb zwischen den ausländischen und den deutschen Herstellern dafür, dass die Preiserhöhungen im Berichtsjahr vergleichsweise moderat ausfielen (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +3,9%); einen Beitrag zur Preisstabilität in Deutschland leisteten dabei die importierten Pkw (-0,1%) sowie die elektrischen Haushaltsgroßgeräte (-0,7%).

Ein günstiges Konjunkturklima auf wichtigen Exportmärkten sowie die deutliche Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar gestatteten den deutschen Exporteuren im Berichtsjahr zum ersten Mal seit mehreren Jahren wieder stärkere Preisanhebungen; mit +3,5% wurde für das Jahr 2000 der stärkste jahresdurchschnittliche Anstieg des Ausfuhrpreisindex seit 1982 (gegenüber 1981: +4,3%) errechnet, und im Dezember 2000 betrug der Abstand zum Vorjahresmonat +3,3%.

	Dez. 2000 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 1999	Dez. 2000
		Dez. 1998	Dez. 1999
Ausfuhrgüter insgesamt	105,5	+ 1,7	+ 3,3
Güter der Ernährungswirtschaft	106,1	+ 0,2	+ 5,2
Güter der gewerblichen Wirtschaft ..	105,5	+ 1,7	+ 3,3
Rohstoffe	102,1	+ 3,2	+ 10,1
Halbwaren	120,2	+ 2,4	+ 17,6
Fertigwaren	104,6	+ 1,1	+ 2,3

Für die einzelnen Exportbranchen waren die Preiserhöhungsspielräume allerdings recht unterschiedlich. Wie auf der Einfuhrseite fielen auch auf der Ausfuhrseite die Preisanhebungen bei den industriellen Rohstoffen (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +10,1%) und Halbwaren (+17,6%) sehr viel deutlicher aus als bei den Fertigwaren (+2,3%), die allerdings einen Großteil des deutschen Warenexports (im Basisjahr 1995: 87,9%) ausmachen. So konnten wichtige Exportbranchen, wie der Maschinenbau (+1,3%), nur moderate Preiserhöhungen durchsetzen oder mussten sogar Preiszugeständnisse machen, zum Beispiel die Exporteure von nachrichtentechnischen Geräten (-0,6%) sowie von Datenverarbeitungsgeräten (-3,4%), während die deutschen Pkw-Hersteller ihre Mittel- und Oberklassemodelle im Ausland zu deutlich höheren Preisen (+2,4%) verkaufen konnten.

Das reale Austauschverhältnis zwischen exportierten und importierten Waren (Terms of Trade) hat sich für die Bun-

desrepublik Deutschland über das gesamte Berichtsjahr hinweg verschlechtert, da die Einfuhrpreise spürbar stärker anstiegen als die Ausfuhrpreise. Die Terms of Trade, errechnet als Relation aus dem Ausfuhrpreisindex dividiert durch den Einfuhrpreisindex (x 100), lagen im Jahresdurchschnitt 2000 um 7,0% und im Dezember 2000 um 4,5% unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

		Index der		Terms of Trade ¹⁾
		Ausfuhrpreise	Einfuhrpreise 1995 = 100	
1999	September	101,3	101,7	99,6
	Oktober	101,5	102,1	99,4
	November	101,7	103,5	98,3
	Dezember	102,1	105,2	97,1
2000	Januar	102,4	106,0	96,6
	Februar	102,8	107,8	95,4
	März	103,1	108,7	94,8
	April	103,6	108,4	95,6
	Mai	104,3	110,6	94,3
	Juni	104,3	110,7	94,2
	Juli	104,6	111,1	94,1
	August	105,0	112,7	93,2
	September	105,6	115,3	91,6
	Oktober	105,9	115,8	91,5
	November	105,9	116,4	91,0
	Dezember	105,5	113,8	92,7

1) Wegen der Unterschiede zwischen den Außenhandelspreisindizes und den Außenhandels-Durchschnittswertindizes differieren auch die jeweils berechneten Terms of Trade.

Erzeugerpreise

Im Berichtsjahr kam es zu einer aus Sicht der Bauern erfreulichen Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. So stiegen die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf der ersten Vermarktungsstufe von 1999 auf 2000 im Durchschnitt um 7,0%, nachdem sie in den beiden Vorjahren noch deutlich zurückgegangen waren (1999 gegenüber 1998: -5,1%; 1998: -5,8%). Maßgeblichen Anteil hieran hatte der kräftige Anstieg der Schweinepreise (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +41,6%), der nach dem historischen Tiefstand im November 1998 begann und sich über das gesamte Jahr 2000 fortsetzte. Da auch die Preise für andere wichtige tierische Produkte spürbar erhöht werden konnten, hier sind insbesondere die Milch (+9,2%) und die Eier (+17,4%) zu nennen, fiel die durchschnittliche Verteuerung bei den tierischen Produkten (+9,6%) erheblich

	Veränderung in %	
	Dezember 1999 gegenüber Dezember 1998	Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	- 1,6	+ 7,0p
Pflanzliche Produkte	- 8,1	+ 1,1
Getreide	+ 2,3	+ 2,2
Speisekartoffeln	- 46,0	- 28,6
Zuckerrüben	- 1,4	-
Obst	- 18,5	- 4,5
Gemüse	- 7,5	+ 3,4
Weinmost	- 17,4	+ 2,2
Schnittblumen und Topfpflanzen	+ 0,3	+ 8,9
Tierische Produkte	+ 1,6	+ 9,6p
Schlachtvieh	+ 6,1	+ 9,0
darunter:		
Kühe	+ 5,8	- 17,6
Kälber	+ 2,2	- 15,8
Schweine	+ 15,5	+ 41,6
Schlachtgeflügel, lebend	- 5,2	+ 10,3
Nutz- und Zuchtvieh	+ 9,7	+ 10,4
Milch	- 4,4	+ 9,2p
Eier	- 3,1	+ 17,4

höher aus als bei den pflanzlichen Erzeugnissen (+ 1,1%), obwohl die Preise für Schlachtrinder nach dem Bekanntwerden der ersten BSE-Fälle in Deutschland am Jahresende eingebrochen sind (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: -17,3%).

Die Preise für die wichtigsten pflanzlichen Produkte entwickelten sich im Berichtsjahr unterschiedlich. Während sich die Getreidepreise wieder leicht erholen konnten (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +2,2%), gingen die Preise für die Speisekartoffeln im gleichen Zeitraum kräftig zurück (-28,6%).

Auf der Einkaufsseite kam es zu einer für die Landwirte ungünstigen Preisentwicklung; die in der zweiten Jahreshälfte 1999 einsetzenden Preisauftriebendenzen bei den von der Landwirtschaft gekauften Betriebsmitteln setzte sich im Berichtsjahr verstärkt fort. Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel, der sowohl die Preisentwicklung bei den für die laufende Produktion eingekauften Vorleistungsgütern (Waren und Dienstleistungen) als auch die Preisentwicklung der Investitionen (Bauten und Maschinen) misst, wies 2000 einen jahresdurchschnittlichen Anstieg von 7,9% gegenüber dem Vorjahr auf, und im Dezember 2000 lag die durchschnittliche Verteuerung der Betriebsmittel gegenüber Dezember 1999 bei +8,1%. Ausschlaggebend hierfür

	Veränderung in %	
	Dez. 1999 gegenüber Dez. 1998	Dez. 2000 gegenüber Dez. 1999
Landwirtschaftliche Betriebsmittel insgesamt	+ 4,2	+ 8,1
Dünge- und Bodenverbesserungsmittel	- 7,4	+ 18,8
Futtermittel	- 0,8	+ 13,9
Saat- und Pflanzgut	+ 0,9	+ 1,3
Nutz- und Zuchtvieh	+ 8,7	+ 8,7
Pflanzenschutzmittel	+ 0,8	+ 2,3
Brenn- und Treibstoffe	+ 28,6	+ 29,2
Allgemeine Wirtschaftsausgaben	+ 7,1	+ 0,6
Unterhaltung der Gebäude	-	+ 0,9
Unterhaltung der Maschinen und Geräte	+ 2,1	+ 2,6
Neubauten	- 0,1	+ 0,7
Neue Maschinen	+ 1,0	+ 1,4

waren die drastische Verteuerung der Brenn- und Treibstoffe (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +29,2%) sowie der starke Anstieg der Futtermittelpreise (+13,9%). Auch bei den Dünge- und Bodenverbesserungsmitteln (+18,8%) mussten zum Teil hohe Preissteigerungen hingenommen werden, die bei Ammonnitrat-Harnstoff-Lösung (+38,2%), Harnstoff (+47,9%) sowie bei Kalkammonsalpeter (+38,2%) besonders krass ausfielen. Relativ stabil blieben die Preise für die Investitionsgüter; die Preise für neue landwirtschaftliche Maschinen stiegen von Dezember 1999 auf Dezember 2000 lediglich um 1,4% und die Preise für neue landwirtschaftliche Betriebsgebäude erhöhten sich im gleichen Zeitraum sogar nur um 0,7%.

“Terms of Trade“ der Landwirtschaft mit pauschaler Umsatzsteuer

	1991 = 100	Veränderung in % gegenüber Dezember des Vorjahres
1996 Dezember	82,4	- 5,2
1997 Dezember	85,4	+ 3,6
1998 Dezember	83,7	- 2,0
1999 Dezember	78,3	- 6,5
2000 Dezember	77,7p	- 0,8 p

Da im Berichtsjahr die Preise auf der Einkaufsseite etwas stärker gestiegen sind als auf der Absatzseite, hat sich die Preisschere weiter leicht zum Nachteil der Landwirtschaft geöffnet. Die sektoralen Terms of Trade der Landwirtschaft, errechnet als Quotient aus dem Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und dem Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (x100), sind von Dezember 1999 auf Dezember 2000 geringfügig (-0,8%) zurückgegangen.

Der Preisindex für Rohholz (aus Staatsforsten) wies im Jahr 2000 eine völlig aus dem Rahmen fallende Entwicklung auf. Als Folge der schweren Schäden, die der Orkan „Lothar“ am 26. Dezember 1999 in Südwestdeutschland anrichtete, und dem daraus resultierenden Überangebot an Rohholz, kam es im Berichtsjahr zu einem Einbruch der Preise für wichtige einheimische Holzarten. So lagen die Preise für Fichtenstammholz der Güteklasse B – wichtigster Abnehmer dieser Holzart ist die Bauwirtschaft, die im Berichtsjahr einen Konjunkturereinbruch verzeichnete – im November 2000 um 23,1% unter dem Stand vom November 1999, und auch die Preise für Kiefernstammholz der Güteklasse B gingen in diesem Zeitraum deutlich zurück (-17,8%). Erheblich geringere Preiseinbußen musste die Forstwirtschaft für Buchenstammholz (Güteklasse B) hinnehmen (-2,5%), das nach wie vor von der Möbelindustrie sowie für den Innenausbau stark nachgefragt wird.

Vor dem Hintergrund einer guten Binnenkonjunktur und einer aufgrund der Abwertung des Euro stärkeren Wettbewerbsposition gegenüber den Konkurrenten aus Ländern mit starker Währung konnten die deutschen Hersteller von gewerblichen Erzeugnissen im Berichtsjahr stärkere Preiserhöhungen auf den Inlandsmärkten durchsetzen. Nachdem der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in den Jahren 1999 und 1998 noch jeweils einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr (-1,0 bzw. -0,4%) aufgewiesen hatte, stieg er im Berichtsjahr deutlich an; im Jahresdurchschnitt 2000 lag er um 3,4% über dem Vorjahresniveau – das war der höchste jahresdurchschnittliche Anstieg seit 1982 (gegenüber 1981: 5,8%) – und im Dezember 2000 sogar um 4,2% höher als im Dezember 1999. Hinter dieser durchschnittlichen Verteuerung stehen allerdings sehr unterschiedliche Preisentwicklungen für die einzelnen Güterbereiche. So haben die Vorleistungsgüterproduzenten, die mit einem hohen Rohstoffeinsatz arbeiten und mit starken Preisanstiegen auf den Weltrohstoffmärkten konfrontiert waren, die Preise von Dezember 1999 bis Dezember 2000 im Durchschnitt um 7,0% erhöht; hervorzuheben sind hier insbesondere die Preissteigerungen bei Mineralölprodukten (+15,1%; darunter Heizöle +23,3% und Dieselkraftstoff +14,5%), organischen chemischen Grundstoffen (+12,6%), Roh-eisen und Stahl (+12,9%) sowie bei NE-Metallen und -Halbzeug (+11,4%).

Die meisten Investitionsgüterproduzenten konnten dagegen nur geringe Preisanhebungen durchsetzen oder mussten sogar Preiszugeständnisse machen, obwohl die Binnennachfrage nach Ausrüstungsgütern im Berichtsjahr unerwartet stark war; nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind die realen Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland im Jahr 2000 gegenüber 1999 um 9,0% gestiegen. So verteuerten sich zum Beispiel die Maschinen von Dezember

1999 auf Dezember 2000 im Durchschnitt nur um 0,9% und die Preise für Datenverarbeitungsgeräte gingen im gleichen Zeitraum um 2,9% zurück; für alle Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten zusammen ergab sich damit eine durchschnittliche Verteuerung um 0,6%. Bei den Erzeugnissen der Konsumgüterproduzenten gab es ebenfalls unterschiedliche Preisentwicklungen. Während zum Beispiel die Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes von Dezember 1999 bis Dezember 2000 im Durchschnitt um 3,6% teurer wurden (darunter frisches Schweinefleisch: +19,0%), gingen die Preise für Fernsehgeräte in diesem Zeitraum um 2,8% und die für Bekleidung um 0,2% zurück; insgesamt ergab sich damit eine durchschnittliche Verteuerung der Konsumgüter auf der Erzeugerstufe um 1,9%. Auch bei Energie kam es im Berichtsjahr zu gegenläufigen Preisentwicklungen: Die Strompreise wurden von Dezember 1999 bis Dezember 2000 um 9,4% gesenkt – für private Haushalte allerdings nur um 0,9% –, während die Erdgaspreise um 48,9% angehoben wurden.

	Dez. 2000 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 1999 Dez. 1998	Dez. 2000 Dez. 1999
Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt	103,6	+ 1,1	+ 4,2
darunter:			
Erzeugnisse der			
Vorleistungsgüterproduzenten	103,5	+ 2,5	+ 7,0
Investitionsgüterproduzenten	103,7	+ 0,2	+ 0,6
Konsumgüterproduzenten	103,4	- 0,4	+ 1,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	88,3	+ 3,4	+ 17,7
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	104,5	+ 1,8	+ 3,0
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	101,0	- 2,6	+ 10,4

Baupreise

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden Talfahrt der Baukonjunktur – nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gingen die realen Bauinvestitionen im Jahr 2000 um 2,5% (darunter Wohnungsbau: -2,9%) zurück – blieben den Bauunternehmen im Berichtsjahr nur geringe Preiserhöhungsspielräume. Der Preisindex für Wohngebäude (einschl. Umsatzsteuer) lag im November 2000 um 0,3% über dem Stand von November 1999; dabei standen dem durchschnittlichen Preisrückgang bei den Rohbauarbeiten um 0,7% durchschnittliche Preisanhebungen bei den Ausbauarbeiten um 1,2% gegenüber.

	Preisindex für Wohngebäude ¹⁾			
	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Erhebungsmonat in %			
	1997	1998	1999	2000
Februar	- 0,2	- 0,4	- 0,3	-
Mai	- 0,2	+ 0,7	-	+ 0,2
August	-	- 0,1	+ 0,1	-
November	- 0,4	- 0,3	-	-

1) In konventioneller Bauart, einschl. Umsatzsteuer.

Die Anbieter von Fertighäusern waren offensichtlich von der anhaltenden Flaute im Wohnungsbau im gleichen Maße betroffen wie die konventionellen Bauunternehmen. Die Preise für Fertighäuser (ohne Unterkellerung) lagen im Jahresdurchschnitt 2000 nur um 0,5% höher

als im Jahr 1999; damit war der jahresdurchschnittliche Anstieg der Fertighauspreise nur geringfügig höher als der für Wohngebäude in konventioneller Bauart (+0,3%).

Preisindizes für Einfamiliengebäude

Jahr	In vorgefertigter Bauart ¹⁾		In konventioneller Bauart	
	1995 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
1997	101,3	+ 0,1	99,1	- 0,8
1998	103,1	+ 1,8	98,8	- 0,3
1999	103,2	+ 0,1	98,4	- 0,4
2000	103,7	+ 0,5	98,7	+ 0,3

1) Ohne Unterkellerung.

Obwohl sich auch die Unternehmen und der Staat mit Bauinvestitionen zurückhielten – die gewerblichen Bauinvestitionen fielen im Jahr 2000 um 1,8% und die öffentlichen Bauinvestitionen um 2,4% niedriger aus als im Jahr 1999 –, konnten die Bauunternehmen bei den gewerblichen Bauten, vor allem aber im Tiefbau spürbar höhere Preisanhebungen durchsetzen. So stiegen der Preisindex für gewerbliche Betriebsgebäude (ohne Umsatzsteuer) von November 1999 bis November 2000 um 0,8% und im Straßenbau (einschl. Umsatzsteuer) stiegen im gleichen Zeitraum die Preise um 2,8%.

Preisindizes für Nichtwohngebäude Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Erhebungsmonat in %

		Gewerbliche Betriebsgebäude ¹⁾		Straßenbau ²⁾
2000	Februar	+ 0,2	+ 0,8	
	Mai	+ 0,2	+ 0,6	
	August	+ 0,2	+ 0,7	
	November	+ 0,2	+ 0,6	

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer.

Großhandelsverkaufspreise

Die außenwirtschaftlichen Einflüsse im Berichtsjahr auf das inländische Preisklima wurden besonders auf der Großhandelsstufe deutlich. Die Verteuerung der Warenimporte wurde von den Großhandelsunternehmen umgehend an die Kunden weitergegeben. Das führte dazu, dass der Index der Großhandelsverkaufspreise im Jahr 2000 einen jahresdurchschnittlichen Anstieg von +5,5% gegenüber dem Vorjahr aufwies, nachdem für 1999 und 1998 noch jeweils ein Rückgang um 0,9 bzw. 2,0% festgestellt worden war. Vor allem die anhaltende Verteuerung der Mineralölprodukte, die im Index auf neuer Basis 1995 = 100 ein Gewicht von knapp 9% aufweisen, gab den Ausschlag, dass die schon am Anfang des Jahres relativ hohen Jahresraten des Index der Großhandelsverkaufspreise (Januar 2000 gegenüber Januar 1999: +3,8%) im weiteren Jahresverlauf noch einmal kräftig anstiegen (Oktober 2000: +7,4%), bis die Trendwende auf den internationalen Ölmärkten in den beiden letzten Monaten des Berichtsjahres für einen Rückgang der Jahresraten sorgte (Dezember 2000: +5,1%); in der Berechnung ohne Mineralölprodukte hätten sich die Preise auf der Großhandelsstufe im Jahresdurchschnitt 2000 nur um 2,5% und von Dezember 1999 auf Dezember 2000 nur um 3,5% erhöht. Weitere preistreibende Einflüsse kamen von Roheisen und Stahl (Dezember 2000 gegen-

über Dezember 1999: +11,9%) sowie von den NE-Metallen und -Halbzeug (+13,7%), aber auch von wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen; so stiegen zum Beispiel die Preise für Schlachtschweine auf der Großhandelsstufe um knapp 58% und für Äpfel um knapp 32% sowie für Bananen um 12,3%. Die Preise für im Großhandel gehandelte Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör verteuerten sich dagegen im Durchschnitt von Dezember 1999 bis Dezember 2000 nur um 0,7%, wobei hier den moderaten Preisanhebungen bei Werkzeugmaschinen (+2,1%) und bei Baumaschinen (+1,6%) spürbare Preissenkungen bei Datenverarbeitungsgeräten (-2,0%) gegenüberstanden.

	Dez. 2000 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber Dez. 1999	
		Dez. 1999	Dez. 2000
Großhandelsverkaufspreise insgesamt	105,7	+ 3,4	+ 5,1
Großhandel mit:			
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	102,1	+ 3,5	+ 8,0
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	104,6	+ 0,9	+ 3,4
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	101,3	+ 0,3	+ 1,8
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	114,8	+ 9,8	+ 9,1
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	89,4	- 3,0	+ 0,7
Sonstiger Großhandel	105,5	+ 2,1	+ 3,8

Verbraucherpreise

Da die privaten Haushalte trotz der verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beim Kauf von Konsumgütern nach wie vor Zurückhaltung übten – der Anstieg der privaten Konsumausgaben fiel im Jahr 2000 mit +1,9% niedriger aus als in den beiden Vorjahren –, blieben die Preiserhöhungsspielräume für den Einzelhandel auch im Berichtsjahr eng abgesteckt. So war zwar der jahresdurchschnittliche Anstieg des Index der Einzelhandelspreise im Jahr 2000 mit +1,1% deutlich höher als im Vorjahr (gegenüber 1998: 0,2%); dieser Anstieg kann aber angesichts der sehr viel stärkeren Preisauftriebendenzen auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen als sehr moderat angesehen werden. Die kräftigsten Preisanhebungen gab es beim Einzelhandel mit Heizöl (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +32,5%), der die drastische Verteuerung auf der Einkaufsseite an die Verbraucher weitergeben musste. Trotz des nach wie vor harten Wettbewerbs im Lebensmitteleinzelhandel wurden hier die Preise von Dezember 1999 bis Dezember 2000 spürbar erhöht, und zwar um durchschnittlich 1,3% im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sowie um 0,8% im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, dem die großflächigen Einzelhandelsbetriebe mit einem hohen Anteil an Nahrungsmitteln im Sortiment, zum Beispiel die Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser, zuzurechnen sind; im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren hier die Preise noch um 0,3 bzw. 1,1% gesenkt worden. Bei den Einzelhandelsbranchen, die die Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern versorgen, war eine differenzierte Preisentwicklung zu beobachten. Während der Einzelhandel mit Kraftwagen (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +1,2%) und der Einzelhandel mit Wohnmöbeln (+1,1%) Preisan-

hebungen durchsetzen konnten, mussten der Einzelhandel mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten (-1,1%) sowie der Einzelhandel mit Bekleidung (-0,1%) Preiszugeständnisse machen.

geringfügig höher (+2,2% für die neuen Länder und Berlin-Ost und +2,1% für das frühere Bundesgebiet).

	Veränderung in %	
	Dezember 1999	Dezember 2000
	gegenüber	
Einzelhandelspreise	+ 0,6	+ 1,3
Preise für die Lebenshaltung insgesamt ..	+ 1,2	+ 2,2

Die drastische Verteuerung wichtiger Energiegüter gab den Ausschlag, dass im Berichtsjahr der höchste Anstieg der Verbraucherpreise seit drei Jahren verzeichnet wurde. So lag der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt 2000 um 1,9% über dem Niveau des Vorjahres, nachdem für 1999 nur ein Anstieg von 0,6% und für 1998 eine Zuwachsrate von 1,0% verzeichnet worden waren; in der Berechnung ohne Erdgas (Jahresdurchschnitt 2000 gegenüber Jahresdurchschnitt 1999: +16,3%), leichtes Heizöl (+53,4%), Zentralheizung und Fernwärme (+20,7%) sowie ohne Kraftstoff (+18,9%) hätte die jahresdurchschnittliche Teuerung nur bei 0,6% gelegen. Im Jahresverlauf bekamen die Verbraucher die steigenden Energiepreise immer stärker zu spüren; die Jahresrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, die im Januar 2000 noch bei +1,6% gelegen hatte, überschritt im September die 2%-Marke (+2,5%); da am Jahresende die Heizöl- und die Kraftstoffpreise wieder deutlich nachgaben, lag die Teuerungsrate im Dezember 2000 wieder bei +2,2%.

Für die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost fiel der jahresdurchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2000 spürbar niedriger aus (+1,7%) als für die westdeutschen Haushalte (+2,0%); dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Haushalte im Osten wegen des geringen Gewichtes des Heizöls im ostdeutschen Warenkorb nicht in gleichem Ausmaß von der starken Verteuerung dieses Energieträgers betroffen waren wie die westdeutschen Haushalte. Mit dem Rückgang der Heizölpreise ab November 2000 näherte sich die ostdeutsche Teuerungsrate stark an die westdeutsche Teuerungsrate an und lag im Dezember 2000 sogar

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	2000 Januar	+ 1,6	+ 1,7
Februar	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5
März	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,6
April	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3
Mai	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2
Juni	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
Juli	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,7
August	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
September	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,1
Oktober	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0
November	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4
Dezember	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2

Binnenwirtschaftliche Faktoren hatten im Berichtsjahr einen geringen Einfluss auf den Anstieg der Verbraucherpreise. So verteuerten sich die Dienstleistungen (einschließlich Wohnungsmieten) von Dezember 1999 bis Dezember 2000 im Durchschnitt nur um 1,3%; preisdämpfend wirkten sich hier die anhaltenden Preisrückgänge für Telekommunikationsdienstleistungen (Dezember

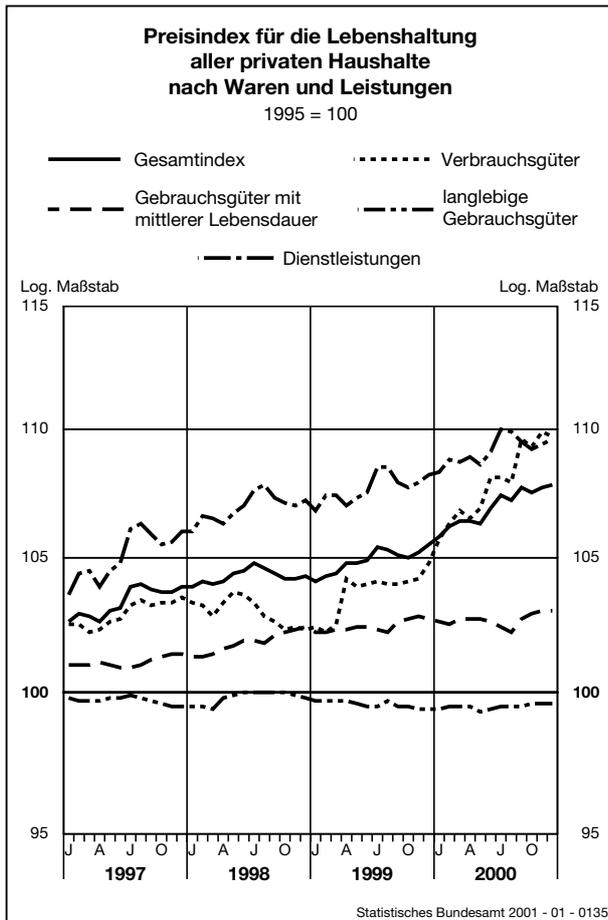
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

	Dez. 2000 1995 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 1999	Dez. 2000
		Dez. 1998	Dez. 1999
Gesamtlebenshaltung	107,8	+ 1,2	+ 2,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,4	- 1,9	+ 1,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	108,2	+ 1,7	+ 0,7
Bekleidung und Schuhe	102,4	+ 0,1	+ 0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	112,9	+ 2,3	+ 4,2
Einrichtungsgegenstände u. Ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,2	+ 0,1	+ 0,1
Gesundheitspflege	111,4	- 3,3	+ 0,5
Verkehr	114,2	+ 5,5	+ 3,4
Nachrichtenübermittlung	83,8	- 9,3	- 4,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur ...	105,0	+ 0,9	+ 0,9
Bildungswesen	120,1	+ 2,1	+ 1,4
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	105,8	+ 1,3	+ 1,1
Andere Waren und Dienstleistungen	107,7	+ 2,1	+ 2,2

Preisindex für die Lebenshaltung nach Waren und Dienstleistungen

Jahr Monat	Gesamt- lebenshaltung	Waren					Dienstleistungen
		zusammen	Verbrauchsgüter	dar.: Energie	Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	langlebige Gebrauchsgüter	
1995 = 100							
1997 D	103,3	101,9	102,9	101,6	101,1	99,7	105,1
1998 D	104,3	102,1	103,0	99,5	101,8	99,8	106,9
1999 D	104,9	102,6	103,7	101,9	102,4	99,6	107,7
2000 D	106,9	105,1	107,9	113,8	102,7	99,5	109,2
2000 Dezember	107,8	106,3	109,7	122,0	103,0	99,6	109,6
Veränderung Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres in %							
1997	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,3	- 0,3	+ 2,9
1998	+ 0,4	- 0,4	- 1,2	- 4,2	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,1
1999	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 7,2	+ 0,3	- 0,4	+ 0,9
2000	+ 2,2	+ 2,9	+ 4,7	+ 16,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,3

Schaubild 4



ber 2000 gegenüber Dezember 1999: - 4,9%) aus, während sich die Kfz-Versicherungen im gleichen Zeitraum um 9,2% verteuerten. Trotz nach wie vor geringer Investitionstätigkeit im Mietwohnungsbau zeigten sich im Berichtsjahr keine Engpässe im Angebot; die Nettokaltmieten stiegen innerhalb Jahresfrist lediglich um 1,1% (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999). Einen erheblichen Beitrag zum insgesamt noch günstigen Preisklima auf der Verbraucherstufe leisteten im Berichtsjahr wiederum die Gebrauchsgüter, die sich von Dezember 1999 bis Dezember 2000 im Durchschnitt nur um 0,3% verteuerten; hier standen den spürbaren Preisrückgängen zum Beispiel bei Rundfunk- und Fernsehgeräten (-1,8%) sowie bei Informationsverarbeitungsgeräten (-5,5%) moderate Preisanhebungen u.a. bei Möbeln und Einrichtungsgegenständen (+0,8%) sowie bei Personenkraftwagen (+1,0%) gegenüber.

Bei der Betrachtung der für West und Ost getrennt berechneten Preisindizes für einzelne eng abgegrenzte Haushaltstypen ergibt sich ein differenziertes Bild. Im früheren Bundesgebiet fiel die Teuerungsrate für die 2-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen (Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +2,2%) spürbar höher aus als für 4-Personen-Haushalte mit mittlerem (+1,9%) bzw. mit höherem Einkommen (+1,7%). Ausschlaggebend hierfür war, dass die drastische Verteuerung des Heizöls bzw. der Umlagen für Zentralheizung und Warmwasser wegen des hohen Verbrauchsanteils bei den 2-Personen-Haushalten stärker zu Buche schlug als bei den anderen beiden Haushaltstypen. In den neuen Län-

dern sind diese Unterschiede in den Verbrauchsanteilen sehr viel geringer, weshalb hier die Teuerungsrate für alle drei Haushaltstypen eng beisammen lagen.

Preisindex für die Lebenshaltung

Veränderung Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999 in %

Alle privaten Haushalte	4-Personen-Haushalte mit höherem Einkommen	4-Personen-Haushalte mit mittlerem Einkommen	2-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen
Früheres Bundesgebiet			
+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2
Neue Länder und Berlin-Ost			
+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0

Auch in den anderen Ländern der Eurozone haben die starken Preissteigerungen auf den internationalen Rohölmärkten sowie die Abwertung des Euro im Berichtsjahr zu einer Beschleunigung des Preisanstieges auf der Verbraucherstufe geführt. Den stärksten Anstieg der Jahresteuerrate – gemessen an den harmonisierten Verbraucherpreisindizes – wiesen neben Luxemburg (Dezember 1999 gegenüber Dezember 1998: +2,3%; Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +4,3%) Spanien (+2,8%; +4,0%) sowie die Niederlande (+1,9%; +2,9%) auf, und am niedrigsten fiel er in Österreich (+1,7%; +1,8%) sowie in Frankreich (+1,4%, +1,7%) aus. Damit haben sich im Berichtsjahr die Unterschiede in den Inflationsraten für die einzelnen Mitgliedstaaten der Eurozone vergrößert. Den stärksten Anstieg der Verbraucherpreise in den letzten zwölf Monaten wies im Dezember 2000 Irland (+4,6%) auf und den niedrigsten Frankreich (+1,7%). In zwei der vier anderen EU-Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehörten, lagen die Jahresteuerraten im Dezember 2000 spürbar niedriger als im Dezember 1999, und zwar in Dänemark (Dezember 1999 gegenüber Dezember 1998: +3,1%; Dezember 2000 gegenüber Dezember 1999: +2,3%) und in Großbritannien und Nordirland (+1,2%; +0,9%); lediglich in Griechenland, das ab dem 1. Januar 2001 zur Euro-

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisindizes¹⁾

	Veränderung in % ²⁾	
	Dezember 1999	Dezember 2000
	gegenüber	
	Dezember 1998	Dezember 1999
Deutschland	+ 1,4 (4)	+ 2,3 (6)
Belgien	+ 2,1 (9)	+ 3,0 (12)
Dänemark	+ 3,1 (17)	+ 2,3 (6)
Finnland	+ 2,2 (11)	+ 2,9 (10)
Frankreich	+ 1,4 (4)	+ 1,7 (4)
Griechenland	+ 2,3 (12)	+ 3,7 (14)
Irland	+ 3,9 (18)	+ 4,6 (18)
Italien	+ 2,1 (9)	+ 2,8 (9)
Luxemburg	+ 2,3 (12)	+ 4,3 (17)
Niederlande	+ 1,9 (8)	+ 2,9 (10)
Österreich	+ 1,7 (6)	+ 1,8 (5)
Portugal	+ 1,7 (6)	+ 3,8 (15)
Schweden	+ 1,2 (2)	+ 1,3 (3)
Spanien	+ 2,8 (16)	+ 4,0 (16)
Großbritannien und Nordirland	+ 1,2 (2)	+ 0,9 (2)
Japan	- 0,3 (1)	- 0,2 (1)
Kanada	+ 2,6 (14)	+ 2,7 (8)
Vereinigte Staaten	+ 2,6 (14)	+ 3,4 (13)

1) Für die Mitgliedstaaten der EU werden nur die Veränderungsrate der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes nachgewiesen. – 2) Zahlen in Klammern = Rangfolge.

zone gehört, war ebenfalls eine Zunahme der Preisauftriebstendenzen bei den Konsumgütern (Dezember 1999: +2,3%; Dezember 2000: +3,7%) zu beobachten.

Entwicklung der Verbraucherpreise im Januar 2001

Für den Anstieg der Jahresrate des für Deutschland berechneten Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von + 2,2% im Dezember 2000 auf + 2,4% im Januar 2001 waren in erster Linie Preissteigerungen bei solchen Gütern verantwortlich, deren Preisentwicklung direkt oder indirekt durch den Staat beeinflusst wird. Die Erhöhung der Kfz-Steuer für Pkw zum 1. Januar 2001 um durchschnittlich 29,8% (gegenüber Dezember 2000) schlug mit gut zwei Zehntelprozentpunkten und die Anhebung der Rundfunk- und Fernsehgebühren um 10,1% (gegenüber Dezember 2000) mit etwa einem Zehntelprozentpunkt bei der Jahresrate des Gesamtindex zu Buche. Die Anhebung der Verbrauchsteuern für wichtige Energiegüter durch die Einführung der dritten Stufe der ökologischen Steuerreform zum 1. Januar 2001 bekamen die privaten Haushalte nur beim elektrischen Strom zu spüren. Die Strompreise wurden im Januar 2001 gegenüber Dezember 2000 im Durchschnitt um 2,7% angehoben, was deutlich über dem rein rechnerischen Ökosteuereffekt liegt. Die Preise für Benzin und Diesel sind dagegen auf der Verbraucherstufe trotz der steuerlichen Mehrbelastung um jeweils knapp 7 Pfennige pro Liter („Ökosteuern“ + Umsatzsteuer) von Dezember 2000 auf Januar 2001 um durchschnittlich 3,1 bzw. 4,3% gesunken. ■

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
Bevölkerung		
Entwicklung der Bevölkerung bis 2050	1	22
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Weinbau in Deutschland 1999	1	30
Produzierendes Gewerbe		
Ergebnisse der Material- und Wareneingangserhebung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 1998	2	87
Bautätigkeit und Wohnungen		
Wohngeld in Deutschland 1999	2	109
Außenhandel		
Meldungen zur Intrahandelsstatistik mit „w3stat“ über Internet	2	102
Spiegelvergleich der deutschen und spanischen Intrahandelsergebnisse	1	46
Entwicklungen im deutschen Außenhandel 2000	2	97
Sozialleistungen		
Wohngeld in Deutschland 1999	2	109
Finanzen und Steuern		
Aufgaben und Entwicklung der Sondervermögen des Bundes	2	116
Wirtschaftsrechnungen und Versorgung		
Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2	2	121
Löhne und Gehälter		
Kurzfristige Lohnstatistik in Deutschland und Frankreich	1	51
Preise		
Preisentwicklung im Jahr 2000	2	138
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2000	1	11
Historische Aufsätze		
100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik	1	64

Veröffentlichungen¹⁾ vom 27. Januar 2001 bis 23. Februar 2001

■ Zusammenfassende Veröffentlichungen		DM	EUR	Fachserie 11: Bildung und Kultur		DM	EUR
Wirtschaft und Statistik, Januar 2001	21,70	11,10	Reihe 4.3.1	Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980 – 1999	36,30	18,56
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, Juli 2000	13,50	6,90	Fachserie 12: Gesundheitswesen			
Tourismus in Zahlen 2000/2001	36,30	18,56	Reihe 4	Todesursachen in Deutschland 1999	15,40	7,87
Verkehr aktuell, Januar 2001	15,40	7,87	Fachserie 13: Sozialleistungen			
■ Fachserien				Fachserie 14: Finanzen und Steuern			
Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				Fachserie 16: Löhne und Gehälter			
Reihe 4.3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Dezember 2000	5,20	2,66	Reihe 2.1	Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe, Januar 2000	31,50	16,11
Reihe 4.3	Januar 2001	5,20	2,66	Reihe 2.2	Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe, April 2000	31,50	16,11
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				Reihe 2.3	Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe, Januar 2000	11,-	5,62
Reihe 2.1.8	Arbeitskräfte 1999	21,-	10,74	Reihe 2.3	April 2000	11,-	5,62
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe				Fachserie 17: Preise			
Reihe 3.1	Produktion im Produzierenden Gewerbe, 3. Vierteljahr 2000	36,30	18,56	Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, Dezember 2000	8,70	4,45
Reihe 4.1.1	Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, November 2000	27,30	13,96	Reihe 2	Preis- und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Dezember 2000	11,-	5,62
Reihe 8.1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), Dezember 2000	11,-	5,62	Reihe 4	Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, November 2000	13,50	6,90
Reihe 8.1	Januar 2001 (Vorbericht)	3,40	1,74	Reihe 6	Index der Großhandelsverkaufspreise, Dezember 2000	8,70	4,45
Fachserie 6: Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus				Reihe 6	Index der Großhandelsverkaufspreise 2000; Neuberechnung auf Basis 1995 = 100	13,50	6,90
Reihe 1.1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Meßzahlen), November 2000	11,-	5,62	Reihe 7	Preisindizes für die Lebenshaltung 2000	21,-	10,74
Reihe 3.1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Meßzahlen), November 2000	8,70	4,45	Reihe 7	Januar 2001 (Eilbericht)	4,30	2,20
Reihe 7.1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, November 2000	13,50	6,90	Reihe 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, Dezember 2000	18,20	9,31
Fachserie 7: Außenhandel				Reihe 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, Dezember 2000	8,70	4,45
Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, November 2000	13,50	6,90	Reihe 11	Preise und Preisindizes im Ausland, Dezember 2000	11,-	5,62
Reihe 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), Oktober 2000	50,20	25,67	Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen			
Reihe 2	November 2000	50,20	25,67	Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.			
Reihe 7	Außenhandel nach Ländern und Güterabteilungen der Produktionsstatistiken (Spezialhandel) 1999	21,-	10,74	Der Kalender kann unter der Internetadresse http://www.statistik-bund.de abgerufen werden.			
Fachserie 8: Verkehr							
Reihe 2	Eisenbahnverkehr, November 2000	8,70	4,45				
Reihe 4	Binnenschifffahrt, September 2000	11,-	5,62				
Reihe 6	Luftverkehr, November 2000	18,20	9,31				
Reihe 7	Verkehrsunfälle, September 2000	11,-	5,62				

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.
Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (07071) 935350, Telefax (07071) 935335. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.